



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



1 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Februar

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht
Februar 2009

www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Redaktionsteam „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“
sdw@bmwi.bund.de

Redaktionsschluss:

23. Januar 2009

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Druck

Silber Druck oHG, Niestetal

Bildnachweis

Corbis (Titel), BMWi (S. 25, 26)

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
10115 Berlin
www.bmwi.de

Bestellservice:

Buero-IA8@bmwi.bund.de

Der Umwelt zuliebe gedruckt
auf 100% Recyclingpapier.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie eGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



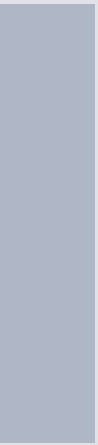
Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht
Februar 2009



Zur Sache

Rasch handeln und die Maßnahmen schnell greifen lassen

Die Unternehmensnachrichten und Wirtschaftskennzahlen der letzten Wochen aus dem In- und Ausland lassen befürchten, dass wir auf den kräftigsten Abschwung in der Geschichte der Bundesrepublik zusteuern. Wir wissen bereits jetzt, dass die Lage außergewöhnlich und die Wirtschaftspolitik deshalb gefordert ist, schnell und wirksam zu handeln. Der Staat muss seine Handlungsspielräume rasch und verantwortungsvoll nutzen, um dem Abschwung entgegenzuwirken.

Am 14. Januar haben wir im Bundeskabinett den „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ verabschiedet. Zusammen mit den schon 2008 beschlossenen Maßnahmen setzt die Politik insgesamt über 80 Mrd. Euro, verteilt auf zwei Jahre, gezielt ein, um die Krise zu überwinden und das Land umfassend zu modernisieren. Ich bin mir dabei im Klaren, dass der Staat eine globale Wirtschaftskrise lediglich abfedern kann. In jedem Fall werde ich daran festhalten, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zu verbessern. Das verstehe ich unter konjunkturgerechter Wachstumspolitik.

Das Maßnahmenpaket ist ein ausgewogener Mix aus Steuer- und Abgabentlastungen, zusätzlichen öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Bildung, Beschäftigungssicherung, gezielten Maßnah-

men für die Autoindustrie und Instrumenten zur Sicherung der Kreditversorgung in der Wirtschaft, insbesondere im Mittelstand. Mit den beschlossenen Steuer- und Abgabentlastungen stärken wir die Kaufkraft der Bürger um etwa 18 Mrd. Euro. Langfristig sinnvolle Nachfrage schaffen wir auch durch eine Steigerung der öffentlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur um gut 17 Mrd. Euro. Damit die Vergabe von Investitionsaufträgen rasch vorankommt, werden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge erleichtern. Mit dem Schutzschirm für Unternehmen stocken wir den Bürgschaftsrahmen für den Mittelstand aus dem ersten Maßnahmenpaket um 100 Mrd. Euro auf und sichern damit die wichtige Kreditversorgung der Wirtschaft.

Aber bei allem beherzten Krisenmanagement dürfen wir die mittelfristige Finanzentwicklung nicht aus den Augen verlieren. Trotz der nun entstehenden Haushaltsbelastungen werden wir am Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten. Diesen Willen unterstreichen wir, indem wir mit dem Maßnahmenpaket eine strikte Regel zur künftigen Schuldenbegrenzung im Grundgesetz verankern wollen.



Michael Glos
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Inhalt

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	6
Aktuelles	7
Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung	8
Warum sollte der Ausstieg aus der Kernenergie überdacht werden? – Pro und Contra Kernkraft	19
Energiesparen und Energieeffizienz im Gebäudebereich	31
II. Wirtschaftliche Lage	37
Überblick	38
Internationale Wirtschaftsentwicklung	40
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	42
III. Übersichten und Grafiken	55
1. Gesamtwirtschaft	56
2. Produzierendes Gewerbe	64
3. Privater Konsum	72
4. Außenwirtschaft	74
5. Arbeitsmarkt	76
6. Preise	82
7. Monetäre Entwicklung	86
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	88
Verzeichnis der Fachartikel zum Monatsbericht von März 2007 bis Januar 2009	90

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Aktuelles

Bund und Länder ziehen an einem Strang

Konjunkturrat für die öffentliche Hand tagte am 15. Januar 2009

Unter Leitung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, diskutierten Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen die gemeinsamen Anstrengungen zur Abmilderung der drohenden Rezession. Zusammen mit den bereits im vorigen Jahr beschlossenen Maßnahmen setzt die öffentliche Hand insgesamt weit mehr als 80 Mrd. Euro ein, um dem Abschwung entgegenzuwirken. Dieses kräftige Signal der Stabilität und des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wurde von den Wirtschaftsministern der Länder ausdrücklich begrüßt. Bundesminister Glos: „Ich appelliere dabei auch an meine Länderkollegen, dazu beizutragen, dass die umfangreichen Investitionsvorhaben nun zügig vorankommen und die Mittel effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Dabei müssen auch die Bedürfnisse der finanzschwachen Kommunen berücksichtigt werden; hier ist der Nachholbedarf besonders groß. Mit den Erleichterungen bei der Vergabe

leisten wir einen wichtigen Beitrag, dass z. B. Kindergärten, Schulen und Universitäten nun schnell saniert werden können, denn schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.“ Dazu sagte stellvertretend für die Wirtschaftsminister der Länder der brandenburgische Minister Junghanns: „Wir brauchen eine enge Abstimmung zwischen Bund und Ländern, denn die zur Verfügung stehenden Instrumente müssen passgenau sein und schnell genutzt werden können. Das gilt insbesondere deshalb, weil die meisten Länder ihrerseits ergänzende Hilfspakete zum Schutz von Unternehmen und Arbeitsplätzen geschnürt haben, vor allem zur Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft. Hier darf es einfach keine Reibungsverluste geben, denn die Lage ist äußerst ernst. Die Unternehmen fragen in erster Linie Hilfen zur Liquiditätssicherung nach. Hier sind die Engpässe teilweise bedrohlich. Deshalb ist schnelles und eng abgestimmtes Handeln gefragt.“

Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine

Arbeitsgruppe Gasversorgungssicherheit bestätigt Vorrang vielfältiger Lieferquellen und Transportwege

Vor dem Hintergrund des aktuellen Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine hat sich am 15. Januar 2009 unter Vorsitz von Staatssekretär Jochen Homann die von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos einberufene Arbeitsgruppe Gaswirtschaft zu einem ersten Gespräch getroffen, um Verbesserungen bei der Sicherung der Gasversorgung zu diskutieren. Einig war man sich, dass die Gasversorgung in Deutschland nicht gefährdet ist, weil die Unternehmen über alternative Transitwege und aus gut gefüllten Speichern den Ausfall russischer Lieferungen kompensieren können. Unabhängig von zeitweisen Liefereinschränkungen müsse aber überlegt werden,

wie die Versorgungssicherheit mittel- und langfristig weiter gestärkt werden kann. Dazu gehört der Einsatz von verflüssigtem Erdgas (LNG), um Ressourcen in Afrika und aus dem Mittleren Osten für Deutschland nutzbar zu machen. Bisher fehlt in Deutschland ein Hafenterminal, um LNG entladen zu können. Um zusätzliche Lieferwege zu erschließen, wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, die geplante Nabucco-Pipeline von der türkischen Ostküste nach Österreich zu realisieren sowie die Ostsee-Pipeline rasch zu bauen. Auch die Diskussion über mögliche zusätzliche Speicherkapazitäten in Deutschland soll fortgesetzt werden.

Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung

Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes

Beschluss des Bundeskabinetts vom 14. Januar 2009

I. Die Herausforderung: Deutschland aus der Konjunkturkrise herausführen

Die globale Wirtschaftskrise stellt Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft vor eine große, neuartige Herausforderung. Zwar wurden die Finanzmärkte vor dem Kollaps bewahrt, aber sie sind weiterhin nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Der Konjunkturereinbruch hat sich zugespitzt und alle Regionen der Welt erfasst.

Als führende Exportnation und offene Gesellschaft ist Deutschland in hohem Maße mitbetroffen. Die Rezession droht viele Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen. Wir befinden uns in der wohl schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit vielen Jahrzehnten. Sie zu meistern, erfordert eine große, gemeinsame Kraftanstrengung von allen, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung tragen.

Wichtig ist es, die Ursachen richtig zu erkennen und zu wissen, auf welche Stärken Deutschland sich verlassen kann. Der Konjunkturabschwung hat sich zu dieser globalen Krise entwickelt, weil die alten Regeln der Finanzmärkte angesichts neuer Risiken nicht ausreichend angepasst wurden. Maß und Mitte im Verhalten von wichtigen Finanzmarktakteuren gingen verloren.

Wir sind aber sicher: Dies ist keine Krise der ökonomischen, sozialen und finanziellen Grundstrukturen Deutschlands. Unsere Wirtschaft ist stark, ihre Produkte sind weltweit wettbewerbsfähig. In den letzten drei Jahren sind über 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Deutschland ist Hightech-Land mit hervorragend ausgebildeten Fachkräften. Die sozialen Sicherungssysteme sind durch die Strukturreformen der vergangenen Jahre krisenfester gemacht worden. Das soziale Netz ist stabil. Die öffentlichen Gesamthaushalte sind ins Lot gebracht worden. Unsere Institutionen sind entscheidungsfähig. Das alles zeigt: Die Soziale Marktwirtschaft bewährt sich auch in der Globalisie-

rung. Deutschland ist im Kern gesund und stark. Wir gehen mit mehr Handlungsspielräumen als viele andere Länder in die vor uns liegende Zeit. Wir haben alle Chancen, mit kluger Politik die Krise zu meistern und gestärkt in einen neuen Aufschwung zu gehen.

II. Die Ziele: Arbeitsplätze sichern, Wachstumskräfte stärken, Zusammen- halt bewahren, Bürger stärken

Die außergewöhnliche Lage erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Die Politik hat gezeigt, dass sie schnell handelt – wenn es sein muss, wie bei der Stabilisierung des Finanzsektors, sogar in kürzester Zeit. Die Koalitionspartner nehmen ihre Verantwortung für Deutschland entschlossen wahr. Bund, Länder und Kommunen werden in einem außergewöhnlichen finanziellen Kraftakt ein Impulspaket auf den Weg bringen, wie es so konzentriert und koordiniert noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik geschehen ist.

Die Koalitionspartner verfolgen dabei ein großes Ziel: Wir wollen die Krise nicht einfach überstehen; wir wollen die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes verbessern. Deutschland soll aus der Krise stärker herauskommen, als es hineingeht. Wir wollen die Substanz des Landes festigen, den sozialen Zusammenhalt bewahren und unsere Potenziale für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung ausbauen. Wir wollen Deutschland moderner und menschlicher machen.

Dazu stehen für uns der Erhalt der Arbeitsplätze und die Investitionsfähigkeit der Betriebe im Mittelpunkt. Wir erhöhen die Investitionen in Zukunftsbereiche, allen voran die Bildung, wir fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmer noch stärker, entlasten nachhaltig Privathaushalte und Betriebe und konzentrieren uns auf die Entwicklung von Zukunftsmärkten.

Dies alles ist nicht nur wichtig, um die Krise zu bestehen. Es ist auch von großer Bedeutung, damit wir die Chancen der Globalisierung, die für Deutschland weiterhin groß sind, auch im kommenden Jahr-

zehnt kraftvoll nutzen können. Und es hilft Deutschland, sich noch besser auf den demografischen Wandel vorzubereiten, der das Leben unserer Gesellschaft im nächsten Jahrzehnt tief verändern wird.

Die ersten Schritte dazu sind bereits seit Oktober vergangenen Jahres erfolgt. Insbesondere war es wichtig, zunächst den Zusammenbruch der Finanzmärkte abzuwenden und die Sparguthaben der Bürger zu sichern. Das war die Grundlage für alle weiteren Maßnahmen. Um die Investitionen der Unternehmen trotz nachlassender Nachfrage zu stützen, wurden die Betriebe steuerlich entlastet und die staatliche Förderung privater Investitionen massiv ausgebaut. Unternehmen und Arbeitnehmer profitieren von der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, Familien von der Erhöhung des Kindergelds.

Aber die Weltwirtschaft steht vor bislang ungekannten Herausforderungen. Für Ablauf und Ausmaß der Krise unter den Bedingungen der modernen Globalisierung gibt es keine belastbaren Erfahrungswerte. Sie sind erst im Verlauf der letzten Monate Bereich für Bereich verlässlich einschätzbar geworden.

In dieser Situation ist die Politik ganz besonders gefordert, Orientierung zu geben und ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, in einer großen Kraftanstrengung die vorbereiteten Initiativen aller staatlichen Ebenen zusammenzuführen und diesen gebündelten Konjunkturimpuls mit großer Dynamik umzusetzen. Wir setzen an den spezifischen Stärken und Herausforderungen für unsere Volkswirtschaft an und investieren in die Zukunft Deutschlands. Dabei sind Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen gefordert. Nur gemeinsam werden wir die wichtigsten Ressourcen für eine gute Entwicklung unseres Landes, Vertrauen und Zuversicht, beleben.

Dazu haben die Koalitionspartner vereinbart, mit einem Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland in fünf zentralen Bereichen die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

III. Die Maßnahmen: Kommunales Investitionsprogramm; Kredit- und Bürgerschaftsprogramm für die Wirtschaft; Qualifikationsoffensive für die Arbeitnehmer; Entlastung der privaten Haushalte; verlässlicher Schuldenabbau

1. Kommunales Investitionsprogramm; Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand

Wir wollen stärker aus der Krise herauskommen als wir hineingehen. Dazu setzen die Koalitionspartner ganz wesentlich auf neue, nachhaltige Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand. Bund, Länder und Kommunen werden ihren Beitrag dazu leisten, dass im Abschwung bereits die Grundlagen für neue Arbeitsplätze, Innovationen und für eine bessere soziale Infrastruktur gelegt werden.

Im Mittelpunkt steht eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, weil die Kreativität der Menschen Deutschlands wichtigste Produktivkraft ist. Dies verbinden wir mit zusätzlichen Impulsen für Klimaschutz und Energieeffizienz. Dazu treten Schwerpunkte bei Infrastruktur, Informations- und Kommunikationstechnologien und im Verkehrsbereich.

Die ausgewählten Investitionen sind schnell umsetzbar, erzielen eine breite wirtschaftliche Wirkung und vermeiden unfinanzierbare Folgekosten, beispielsweise bei Betriebskosten.

Das sichert nicht nur kurzfristig Aufträge für die Wirtschaft und Arbeitsplätze in der konjunkturellen Schwächephase. Es bringt Deutschland auch die Chance auf einen umfassenden Modernisierungsschub, der sonst viele Jahre gebraucht hätte.

Durch Bundesgesetz wird ein Sondervermögen „Tilgungsfonds“ errichtet. In diesem Fonds werden neben den Bundesmitteln für das Kommunale Investitionsprogramm auch die direkten Bundesinvestitionen (rd. 4 Mrd. Euro), die Kfz-Umweltprämie (1,5 Mrd. Euro), das erweiterte ZIM (900 Mio. Euro), der Kinderbonus (1,8 Mrd. Euro) und die Mittel für Forschung und Entwicklung für Mobilität (500 Mio. Euro) zusammengefasst. In das Gesetz werden Tilgungsregelungen aufgenommen.

2. Kredit- und Bürgschaftsprogramm; Förderung von Investitionen, Innovation und Nachfrage in der Wirtschaft

In der Krise geht es ganz wesentlich darum, die Substanz der deutschen Volkswirtschaft zu schützen. Die Betriebe und ihre Arbeitnehmer, insbesondere im Mittelstand, sind der Schlüssel für Wohlstand und Wachstum in Deutschland. In Bereichen wie Energie und Umweltschutz, Medizintechnik, Verkehrstechnik, Maschinenbau und modernen Werkstoffen entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft.

Damit diese Chancen erhalten bleiben, ist vor allem eine sichere Kreditversorgung für die Unternehmen notwendig. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz haben wir dafür die Grundlage gelegt. Wie von Anfang an vorgesehen, werden wir dieses Gesetz evaluieren und an seiner Verbesserung arbeiten. Soweit in Folge der Finanzmarktkrise dennoch die Kreditvergabefähigkeit der Banken begrenzt ist, wird der Staat unterstützend tätig werden, damit die notwendige Finanzierung der Unternehmen sichergestellt werden kann. Ziel ist, dass keine gesunden, wettbewerbsfähigen Betriebe, die häufig mit ausgezeichneten Weltmarktpotenzialen ausgestattet sind, wegen der Verwerfungen im Bankensektor verloren gehen.

Ganz entscheidend für die mittelfristigen Perspektiven ist es, dass die Betriebe jetzt ihre Forschungs- und Innovationsanstrengungen auf hohem Niveau fortsetzen, um nicht im globalen Wettbewerb ihre hervorragenden Ausgangspositionen zu verlieren. Dazu brauchen sie verstärkte Hilfen.

Moderne Netze sind die Lebensadern eines leistungsfähigen Landes. Deshalb ist eine deutsche Gesellschaft für die Stromnetze wünschenswert und ihr Zustandekommen im nationalen Interesse. Hierbei soll die Bundesregierung eine aktive Rolle spielen.

Bei den Netzen der Zukunft hat Deutschland beträchtlichen Investitionsbedarf. Das gilt insbesondere für ein leistungsfähiges Breitbandnetz – das schnelle Internet im jedem Dorf.

Die großen Automobilunternehmen bilden zusammen mit ihrem Netz von Zulieferern ein weltweit einmaliges Technologie- und Innovationscluster.

Diese Struktur soll erhalten werden; zugleich soll die Umstellung auf verbrauchsarme und klimafreundlichere Fahrzeuge beschleunigt werden.

3. Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsoffensive

Die wirtschaftliche Rezession wird die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von gering- wie hochqualifizierten, in Gefahr bringen. Zugleich ist unbestritten, dass unsere Wirtschaft in der globalen Arbeitsteilung immer stärker auf qualifizierte und spezialisierte Fähigkeiten und Fertigkeiten bauen muss. Auch die Alterung der Gesellschaft verstärkt den Fachkräftemangel. Deshalb müssen die beruflichen Qualifikationen für alle Beteiligten am Arbeitsmarkt mit einer besonderen Anstrengung erhalten und für die Märkte der Zukunft ausgebaut werden.

Für die Arbeitsmarktpolitik muss darum der oberste Grundsatz in diesem Jahr lauten, Entlassungen zu vermeiden und Qualifikationen auszubauen. Damit der Brückenschlag am Arbeitsmarkt zum nächsten Aufschwung gelingt, wird die Bundesregierung:

a) Beschäftigung sichern und Beiträge stabilisieren
Das oberste Ziel der Bundesregierung ist es, Beschäftigung zu erhalten und Entlassungen zu vermeiden. Dazu werden wir die Kurzarbeit attraktiver ausgestalten und das Verfahren vereinfachen.

b) Aktivierung und Qualifizierung stärken
Betriebe können die Krise nutzen, um ihre Beschäftigten zu qualifizieren und weiterzubilden. Deshalb fördern wir die Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung und weiten die Förderung von Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit und die Träger der Grundversicherung aus. Das ist auch ein Beitrag, um künftigen Fachkräftemangel zu vermeiden.

4. Stärkung der Bürger, Entlastung der Privathaushalte und des Mittelstandes

Damit die Abfederung des Konjunkturunbruchs und der Brückenschlag zum nächsten Aufschwung gelingt, werden wir die Menschen, insbesondere auch diejenigen, die Sozialabgaben und Steuern zahlen, nachhaltig

entlasten. Die Koalitionspartner sind sich einig, dies durch die Senkung der Einkommensteuer und der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung zu gewährleisten. Die Entlastungen sind keine Einmalmaßnahmen, sondern auf Dauer angelegt. Deshalb fördern sie die Binnennachfrage in der Krise besonders nachhaltig. Auf diese Weise stärken wir die Leistungsbereitschaft und den Grundoptimismus der Menschen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung bereits im Herbst einen besonderen Förderschwerpunkt für Familien gesetzt, indem das Kindergeld und die Kinderfreibeträge spürbar angehoben wurden. Die verbesserte Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen und Kinderbetreuung kommt ebenfalls vor allem den Familien zugute.

Die jetzt vereinbarte Steuersenkung stärkt die Nachfrage insbesondere bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Beamten mit niedrigen und mittleren Einkommen. Sie entlastet auch den von der Konjunkturkrise stark betroffenen Mittelstand.

Mit der Senkung der paritätischen Beiträge zur GKV werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Rentner wirksam entlastet. Die zusätzlich verfügbaren Einkommen stärken die Nachfrage insbesondere bei Haushalten mit niedrigen Einkommen, die zu meist keine Steuern zahlen, und bei Kleinverdienern. Darüber hinaus sichern niedrigere Sozialbeiträge Beschäftigung und verbessern die Einstellungschancen, wenn die Wirtschaft wieder anzieht.

Hinzu treten die Wirkungen der vollen steuerlichen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge ab 2010 und die Geltendmachung der Pendlerpauschale rückwirkend ab 2007.

Auch die deutlich zurückgehenden Preise insbesondere für Kraftstoffe unterstützen die Binnennachfrage und tragen so zu zusätzlichen Impulsen für Produktion und Beschäftigung bei.

5. Nachhaltige Finanzpolitik für die künftigen Generationen

Die Koalitionspartner bleiben bei ihrer langfristig orientierten Finanzpolitik, die die Konsolidierung der Haushalte als Gebot der Generationengerechtigkeit,

als Fundament für dauerhaften Wohlstand und als Voraussetzung leistungsfähiger Sozialversicherungen in der Zukunft ansieht. Das Ziel eines ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushaltes bleibt unverändert gültig. Die frühere Praxis ständig ansteigender Staatsverschuldung, unabhängig von guten oder schlechten Zeiten, muss ausgeschlossen bleiben.

In der außergewöhnlichen Situation des Jahres 2009 mit der vermutlich schärfsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik müssen jedoch vorrangig die wirtschaftliche Substanz des Landes gesichert und die Aufschwungkkräfte gestärkt werden. Ein Nachtragshaushalt für 2009 ist unvermeidlich. Deshalb sind die Koalitionspartner bereit, den für 2011 angestrebten Haushaltsausgleich vorübergehend zurückzustellen. Dies ist auch deswegen verantwortbar, weil in den Jahren zuvor die öffentlichen Haushalte mit großen Anstrengungen wieder auf ein solides Fundament gestellt wurden.

Beständig steigende Zinslasten wären nämlich eine schwere Hypothek für unsere Kinder und Enkel, besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Sobald der nächste Aufschwung einsetzt, müssen deshalb die jetzt aufgenommenen Schulden konsequent wieder abgetragen und der Weg zu ausgeglichenen Haushalten wieder fortgesetzt werden.

IV. Koordiniertes Handeln ist unverzichtbar

Der Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland stellt eine so bisher nicht dagewesene Konzentration aller staatlichen Kräfte mit weitreichender Förder- und Anreizwirkung für die unternehmerische Wertschöpfung dar.

Er beinhaltet neue Maßnahmen in einem Gesamtumfang von 50 Milliarden Euro. Zusammen mit den schon beschlossenen Maßnahmen setzt die Politik insgesamt über 80 Milliarden Euro zielgerichtet für die Überwindung der Krise und die umfassende Modernisierung des Landes ein. Dabei sind die länder eigenen Programme noch nicht berücksichtigt. Das ist ein massiver Wachstumsimpuls und eine starke Antwort auf die Auswirkungen der globalen Rezession.

Zudem darf auch die Wirkung der so genannten automatischen Stabilisatoren nicht außer Acht gelassen werden. Weil wir bewusst nicht der Krise hinterhertreten und dem Wirtschaftskreislauf jetzt keine staatlichen Mittel zusätzlich entziehen, wird die deutsche Volkswirtschaft mit weiteren Impulsen gestützt.

Dabei ist wichtig: Die volle Wirkung der Regierungspolitik entfaltet sich erst im Zusammenwirken aller Maßnahmen – der Förderung privater und öffentlicher Investitionen, der Kreditsicherung für die Unternehmen, der Qualifizierung und der Entlastung der Bürger und der institutionellen Schuldenbremsen für den Staat. Wer nur auf die eine oder die andere Maßnahme setzt, halbiert die Wirkung, wer sie kombiniert, vervielfacht sie. Eindimensionale Antworten sind in der Globalisierung zum Scheitern verurteilt. Gerade deswegen haben sich die Koalitionspartner bewusst für einen breiten und vernetzten Ansatz entschieden.

V. Deutschland: Motor in Europa und Gestalter der Globalisierung

Wir wissen: Wir können diese Krise, die durch globale Vorgänge ausgelöst und verschärft wird, nicht mit nationalen Mitteln ungeschehen machen. Aber im Zusammenwirken mit unseren europäischen und internationalen Partnern leistet Deutschland einen beachtlichen Gegenimpuls, sichert wirksam Arbeitsplätze und stärkt sich für den nachfolgenden Aufschwung.

Wir brauchen dabei den Vergleich mit den Antworten anderer Länder nicht zu scheuen. Deutschland ist sich seiner europäischen Verantwortung sehr bewusst. Deswegen ist es uns wichtig, dass wir hinsichtlich des finanziellen Volumens, der ökonomischen Breiten- und Tiefenwirkung und der Zukunftsausrichtung unserer Investitionen mit an der Spitze der europäischen Maßnahmen stehen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Deutschland sich aktiv an der Gestaltung eines internationalen Ordnungsrahmens beteiligt. Unser Leitbild ist dabei die Soziale Marktwirtschaft. Das beinhaltet Initiativen für eine neue Finanzmarktordnung,

für einen fairen Freihandel, für die Verbesserung von Investitionsbedingungen in Drittländern, die bessere Beachtung von sozialen Mindeststandards und ein internationales Klimaschutzregime. Die Bundesregierung wird der Weltbank 100 Millionen Euro für einen Infrastrukturfonds zur Abfederung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die ärmsten Länder der Welt zur Verfügung stellen. Diese Initiativen wird die Bundesregierung mit Entschiedenheit weiter vorantreiben und so mithelfen, dafür zu sorgen, dass sich die augenblickliche Krise in Zukunft nicht mehr wiederholen kann.

VI. Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland: Für ein zukunftsfähiges Deutschland

Es gibt guten Grund zur Zuversicht. Denn Deutschland ist in seinen Grundstrukturen stark und zukunftsfähig. Gerade der Föderalismus in Deutschland kann jetzt seine Stärken beweisen. Bund, Länder und Kommunen können jeweils in ihren Bereichen flexibel und kreativ zusätzliche Potenziale in einem großen Umfang wecken.

Die Krise wird nicht spurlos an uns vorübergehen, sie wird uns vieles abverlangen. Es kommt jetzt auf den Gemeinsinn und den Zusammenhalt aller Kräfte in der Gesellschaft an, um Deutschlands Stärken gerade in der Krise voll zur Geltung zu bringen. Wenn wir überlegt und strategisch richtig handeln, können wir gemeinsam aus der Krise eine Chance machen. Betriebe und Behörden, Banken und Sparkassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verbände und Bürgerinitiativen sind aufgerufen, ihren Teil beizutragen.

Die Politik gibt mit dem Pakt für Beschäftigung und Stabilisierung in Deutschland wichtige Impulse zur Stützung der Binnenkonjunktur und zur langfristigen Stärkung des Landes. Gerade jetzt sind Mut zur Verantwortung und klare Ziele gefragt. So wird es gelingen, dass unser Land modern bleibt und menschlicher und sicherer wird. Nur gemeinsam werden wir alle unsere Kräfte mobilisieren können. Nur miteinander werden wir es schaffen!

1. Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand

Wir wollen stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingehen. Dazu setzen die Koalitionspartner auf neue, nachhaltige Zukunftsinvestitionen der Öffentlichen Hand. Für diese Maßnahmen stellt der Bund insgesamt rund 14 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon werden rund vier Mrd. Euro für zusätzliche Bundesinvestitionen eingesetzt. Mit zehn Milliarden Euro unterstützt der Bund mit einem kommunalen Investitionsprogramm zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Länder. Der Bund erwartet, dass mindestens die Hälfte des Volumens in 2009 wirksam wird und die Mittel überwiegend für Investitionen der Kommunen eingesetzt werden. Die Länder übernehmen einen Kofinanzierungsanteil von 25 Prozent (d.h. dreieindrittel Milliarden Euro).

a) Investitionsschwerpunkt Bildung (insbes. Kindergärten, Schulen, Hochschulen)

Der Bund wird Investitionen der Länder und Kommunen in Kindergärten, Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung), Hochschulen (insbesondere energetische Sanierung) sowie Forschung fördern. Auf den Investitionsschwerpunkt Bildung werden 65 Prozent der Finanzhilfen des Bundes, also 6,5 Milliarden Euro, entfallen.

b) Investitionsschwerpunkt Infrastruktur (insbesondere Verkehr, Krankenhäuser, Städtebau, Informationstechnologie)

Weitere 35 Prozent der Finanzhilfen, also 3,5 Milliarden Euro, können für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere für Krankenhäuser (trägerneutral), Städtebau, ländliche Infrastruktur und die Lärmsanierung an kommunalen Straßen. Der Bund wird außerdem die Hälfte der zusätzlichen Bundesinvestitionen (zwei Milliarden Euro) für Ausbau und Erneuerung von Bundesverkehrswegen einsetzen (Straßen, Schienen, Wasserstraßen) und darüber hinaus rund zwei Milliarden Euro in Bauten, Ausrüstungen und die Ressortforschung des Bundes investieren.

c) Leitlinie Klimaschutz/Energieeffizienz

Die Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind so ausgerichtet, dass zugleich deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt werden. Deshalb liegt ein Schwerpunkt der geplanten Maßnahmen auf der Verringerung der CO₂-Emissionen und der Steigerung der Energieeffizienz.

d) Beschleunigung von Investitionen

Die Finanzhilfen des Bundes werden den Ländern auf unkompliziertem Weg unter einem „Gesamtdach“ des Kommunalen Investitionsprogramms (Gesetz mit konkretisierender Verwaltungsvereinbarung) zur Verfügung gestellt. Damit schaffen wir ein Instrument, mit dem die Länder schnell und entsprechend den Problemlagen vor Ort investieren und über Investitionsvorhaben eigenverantwortlich entscheiden können. Die Länder werden dafür Sorge tragen, dass die Mittel genutzt werden, um zusätzliche Investitionen auf den Weg zu bringen, die gerade auch in den finanzschwachen Kommunen wirksam werden sollen. Hierüber wird mit den Ländern eine Vereinbarung getroffen. Die Abstimmung von Gesetz und Verwaltungsvereinbarung wird in der bestehenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Chefs des Bundeskanzleramtes vorgenommen.

2. Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts

Zur beschleunigten Umsetzung von Investitionen wird eine erleichterte Vergabe nach folgenden Kriterien beschlossen:

Befristet auf zwei Jahre werden Schwellenwerte für Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben (jeweils ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb) mit folgender Höhe eingeführt.

Für Bauleistungen:

- ▶ Beschränkte Ausschreibung: 1 Million Euro
- ▶ Freihändige Vergabe: 100.000 Euro

Für Dienst- und Lieferleistungen:

- ▶ Freihändige Vergabe und Beschränkte Ausschreibung: 100.000 Euro

Unterhalb dieser Schwellenwerte kann die Vergabestelle ohne Nachweis eines Ausnahmetatbestandes Beschränkte Ausschreibungen oder Freihändige Vergaben durchführen. Die Länder und Kommunen sind aufgefordert, ihre Vergabeverfahren ebenfalls durch Anhebung der Schwellenwerte zu erleichtern.

BMWi und BMVBS werden aufgefordert, befristet auf zwei Jahre für die VOL und die VOB klarzustellen, dass entsprechend der Mitteilung der Europäischen Kommission angesichts der drohenden konjunkturellen Lage von einer Dringlichkeit auszugehen ist, die es rechtfertigt, die Vergabefristen nach den Vorschriften der VOL und VOB zu verkürzen.

Die Kostengrenzen für „kleine Baumaßnahmen“ des Bundes sowie Zuwendungsbaumaßnahmen, unterhalb derer ein vereinfachtes Verfahren möglich ist, werden für zwei Jahre von einer Million Euro auf fünf Millionen angehoben.

BMVBS und BMF werden aufgefordert, durch geeignete haushalterische Maßnahmen Engpässe bei Planungs-kapazitäten im Bundesbereich zu beseitigen.

3. Kredit- und Bürgschaftsprogramm

Der eingeschlagene Weg zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, wird durch neue Maßnahmen und eine Erweiterung des bestehenden Instrumentariums, z. B. durch die Programme der KfW, fortgesetzt:

- ▶ Die Bedingungen des **mittelstandorientierten KfW-Sonderprogramms** 2009 werden flexibilisiert, um eine zieladäquate Inanspruchnahme sicherzustellen. Hiermit wird z. B. die Finanzierung von Projekten und von Betriebsmitteln verbessert.
- ▶ Analog zum KfW-Sonderprogramm 2009 wird ein **Kreditprogramm für größere Unternehmen** aufgelegt.
- ▶ Das bestehende **inländische Bürgschaftsinstrumentarium** zur Sicherung der Kreditversorgung von Unternehmen wird besser genutzt und ausgeweitet.
- ▶ Zusätzlich werden **neue Bürgschaftsinstrumente** zur Stützung der Unternehmensfremdfinanzierung geprüft, mit dem Ziel, insbesondere die Finanzierungssituation von z. B. Kreditversicherern, Leasing-Gesellschaften und Factoring-Gesellschaften zu verbessern.

Über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm (15 Milliarden Euro) für den Mittelstand hinaus wird mit diesen Maßnahmen ein Bürgschaftsvolumen in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

4. Ausweitung der bundesgedeckten Exportfinanzierung

Die Bundesregierung prüft die Erweiterung der Möglichkeiten zur bundesgedeckten Exportfinanzierung.

5. Innovationsförderung des Bundes (ZIM)

Aufstockung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM)

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) fördert Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes bis 250 Beschäftigte. Es werden FuE-Kooperationsvorhaben in ganz Deutschland und einzelbetriebliche FuE-Vorhaben in Ostdeutschland in Form von Zuschüssen unterstützt.

Um den in der Wirtschaftskrise gewachsenen Finanzierungsbedarf für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes zu decken, werden in den Jahren 2009 und 2010 auch

- ▶ einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen und
- ▶ größere Unternehmen bis 1.000 Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland

gefördert. Ostdeutsche Unternehmen erhalten dabei höhere Fördersätze. Hierfür wird ein zusätzliches Haushaltsvolumen von 450 Millionen Euro p.a. (davon 100 Millionen Euro p.a. für ostdeutsche Unternehmen) zur Verfügung gestellt.

Die Ausweitung der Förderung auf ganz Deutschland kann nach Anpassung der Programmrichtlinien sofort starten. Eine gesetzliche Regelung oder eine Zustimmung der Länder ist nicht erforderlich. Die Einbeziehung der größeren Unternehmen bedarf einer beihilferechtlichen Prüfung durch die EU-Kommission, die bei zügigem Verfahren bis Mitte 2009 abgeschlossen sein kann.

6. Breitbandstrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung wird den Breitbandausbau in Deutschland massiv vorantreiben, kurzfristig Versorgungslücken in der Fläche schließen und den Aufbau von leitungsgebundenen und funkgestützten Hochleistungsnetzen forcieren.

Konkret:

- ▶ Bis spätestens Ende 2010 sollen die bislang nicht versorgten Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abgedeckt sein.
- ▶ Bis spätestens 2014 sollen für 75 Prozent der Haushalte, bis 2018 für alle Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung wird zur Umsetzung dieser Zielsetzungen bis Mitte Februar eine umfassende Breitbandstrategie vorlegen. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen zur Senkung von Investitionskosten, Förderaspekte sowie eine investitions- und wachstumsorientierte Regulierung. Über die Frage schnell greifender finanzieller Fördermaßnahmen für den Ausbau von Breitbandnetzen in der Fläche wird die Bundesregierung im Rahmen der Breitbandstrategie entscheiden.

7. Stärkung Pkw-Nachfrage

Private Autohalter können ab Kabinettsbeschluss eine Umweltprämie beantragen, wenn ein mindestens neun Jahre altes Altfahrzeug, das für mindestens ein Jahr auf den Halter zugelassen war, verschrottet und gleichzeitig ein umweltfreundlicher Neu- oder Jahreswagen ab Euro 4 gekauft und zugelassen wird. Die Umweltprämie beträgt 2.500 Euro und wird für Zulassungen bis zum 31.12.2009 gewährt.

Die Bundesregierung sieht als Gesamtvolumen des konjunktur- und umweltpolitischen Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage hierfür **1,5 Milliarden Euro** vor.

8. Neuregelung Kfz-Steuer

Um die Kaufzurückhaltung abzumildern, hat die Bundesregierung in einem ersten Schritt mit dem Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung vom 05.11.2008 eine befristete Kfz-Steuerbefreiung eingeführt. In einem zweiten Schritt wird sie so schnell wie technisch umsetzbar die gegenwärtige Kfz-Steuer auf eine emissionsbezogene Kfz-Steuer umstellen. Die Umstellung soll möglichst zum 01.07.2009 erfolgen. Damit wird Rechtsklarheit geschaffen, so dass Käufer rasch Planungssicherheit erlangen.

Eckpunkte:

- ▶ Linearer, an der CO₂-Emission orientierter Tarif (Steuersatz 2 Euro je g/km)
- ▶ CO₂-Freibetrag: Eine Basismenge von CO₂-Ausstoß soll steuerfrei sein (2010 und 2011: 120 g/km, 2012 und 2013: 110 g/km, ab 2014: 95 g/km)
- ▶ Steuer-Sockelbetrag als Mindestbesteuerung
- ▶ Altbestand: Der Altbestand (Zulassung vor dem 05.11.2008) wird nach einer Übergangszeit ab 2013 schonend in die CO₂-Besteuerung überführt. Über den Umfang der Besteuerung des Altbestands ab 2013 wird später entschieden.

Zeitgleich mit der Umstellung auf eine CO₂-basierte Kfz-Steuer soll der Bund die Ertragskompetenz erhalten. Die Länder erhalten hierfür verfassungsrechtlich abgesichert als Kompensation einen jährlichen Festbetrag in Höhe des tatsächlichen Aufkommens des vergangenen Jahres. Der Bund übernimmt die Verwaltungskosten für die nächsten fünf Jahre in Höhe von 170 Millionen Euro p.a.

9. Förderung anwendungsorientierter Forschung im Bereich Mobilität

Für die Jahre 2009 und 2010 werden insgesamt zusätzlich 500 Millionen Euro über Förderprogramme bzw. KfW-Kredite eingesetzt, die z. B. für Hybridantrieb, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien verwendet werden können. Die Förderprogramme sind auf das vom Europäischen Rat beschlossene EIB-Programm abzustimmen.

10. Beschäftigungssicherung

a) Beschäftigung sichern, Beiträge stabilisieren

Der Koalitionsausschuss beschließt folgende Maßnahmen, um den Vorrang von Kurzarbeit vor Entlassungen zu unterstützen:

- ▶ Den Arbeitgebern werden in den Jahren 2009 und 2010 bei Kurzarbeit die von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge hälftig durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet. Für Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit können den Arbeitgebern auf Antrag die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden.
- ▶ Die Antragstellung und das Verfahren werden vereinfacht.
- ▶ Der gesetzliche Beitragssatz zur Arbeitsförderung wird bei 2,8 Prozent stabilisiert. Dafür wird eine Ausgleichsverpflichtung des Bundeshaushalts durch ein Gesetz festgelegt.

b) Aktivierung und Qualifizierung stärken

Der Koalitionsausschuss beschließt, die Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung auszubauen, um das Prinzip von Qualifizieren statt Entlassen zu unterstützen. Zu diesem Zweck werden:

- ▶ Für die Jahre 2009 und 2010 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,2 Milliarden Euro im Bundeshaushalt für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Verfügung gestellt und 770 Millionen Euro bei der Bundesagentur für Arbeit, insbesondere für Arbeitnehmer über 25, die über keinen Berufsabschluss verfügen, Jugendliche, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen und den Ausbau von Betreuung und Pflege.

- ▶ Zur Qualifizierung von Beschäftigten das Programm WeGebAU geöffnet und um 200 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.
- ▶ Die für Deutschland zur Verfügung stehenden Mittel des Europäischen Sozialfonds für die Förderung von Qualifizierung während Kurzarbeit und zur Förderung von Projekten zur Beratung von Unternehmen zur Beschäftigungssicherung für die Jahre 2009 und 2010 um insgesamt 200 Millionen Euro aufgestockt.
- ▶ Für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern in der Leiharbeit werden Zuschüsse zur Qualifizierung in den Jahren 2009 und 2010 aus dem Haushalt der BA zur Verfügung gestellt. Wir wollen bis Ende Januar ein Gesetzgebungsverfahren einleiten, das für die Zeitarbeit im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) eine Lohnuntergrenze etabliert, die die Tarifautonomie wahrt.

c) Sonstiges

Die Arbeitsagenturen und Argen erhalten 5.000 zusätzliche Stellen für die Vermittlung, Betreuung und Leistungsgewährung (je 2.500 im SGB III und SGB II). Dadurch wird der Bestand an Personal durch die Übernahme befristeter Beschäftigter stabilisiert und durch die Wiederbesetzung der befristeten Stellen verstärkt (vorbehaltlich Haushaltsbeschluss BA). Des Weiteren soll die BA durch Amtshilfepersonal unterstützt werden.

Zu den genannten Punkten gibt es eine konsentrierte Langfassung.

11. Senkung der Einkommensteuer

Im Rahmen des vorliegenden Maßnahmenpakets erfolgt 2009 eine weitere Entlastung in Höhe von 2,9 Milliarden Euro und ab 2010 in Höhe von 6,05 Milliarden Euro durch Senkung der Einkommensteuer, von der auch mittelständische Unternehmen (Personengesellschaften) profitieren werden:

- ▶ Hierzu erfolgt eine Anhebung des Grundfreibetrages um 170 Euro auf 7.834 Euro, rückwirkend ab dem 01.01.2009; als Einstieg in einen Abbau der kalten Progression werden die übrigen Tarifeckwerte ebenfalls ab 01.01.2009 um 400 Euro nach rechts verschoben.
- ▶ Zur gezielten Entlastung der untersten Einkommen wird ab dem 01.01.2009 neben der Anhebung des Grundfreibetrages auf 7.834 Euro noch der Eingangsteuersatz von 15 Prozent auf 14 Prozent gesenkt.
- ▶ Zusätzlich erfolgt ab 2010 eine weitere Anhebung des Grundfreibetrages auf dann 8.004 Euro und eine weitere Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um 330 Euro.

Familien und Arbeitnehmer werden ab 2009 bereits durch Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie durch die Wiedergewährung der so genannten Pendlerpauschale, ab 2010 durch die Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung entlastet.

12. Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung

Der Bundeszuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung wird mit Wirkung zum 01.07.2009 für das Jahr 2009 um drei Milliarden Euro und für das Jahr 2010 um sechs Milliarden Euro erhöht.

Die paritätisch finanzierten Beitragssätze werden dementsprechend um 0,6 Prozentpunkte gesenkt.

13. Familien-/kinderbezogene Leistungen

- ▶ Über die Familienkassen wird an alle Kindergeldbezieher eine Einmalzahlung (Kinderbonus) von 100 Euro je Kind ausgezahlt. Sie wird nicht mit den Bedarfssätzen der Bezieher von Sozialleistungen verrechnet. Die Einmalzahlung wird bei der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 2009 mit den Kinderfreibeträgen verrechnet.
- ▶ Die abgeleiteten Regelsätze für Kinder im SGB II und SGB XII werden stärker differenziert. Für Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren soll die Förderung auf 70 Prozent des Eckregelsatzes mit Wirkung zum 01.07.2009 erhöht werden. Damit ist dem Anliegen u. a. des Bundesrates, die Regelsätze für Kinder nach einer Überprüfung anhand des realen Bedarfes anzupassen, Rechnung getragen.

14. Beschluss zur Einführung einer neuen Schuldenbegrenzungsregel

Auch wenn die jetzt notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise eine vorübergehende Erhöhung der Staatsverschuldung unumgänglich machen, halten wir am Ziel einer langfristig soliden und tragfähigen Finanzpolitik fest. Dazu wollen wir zumindest für den Bund im Rahmen der Föderalismusreform II eine Neuregelung zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme vereinbaren und im Grundgesetz verankern, die folgende wesentliche Elemente beinhaltet:

- ▶ In Orientierung am „Close-to-Balance“-Grundsatz des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sollen in einer konjunkturellen Normallage die öffentlichen Haushalte nahezu ausgeglichen sein. In Einklang mit dem für Deutschland festgelegten Mittelfristziel soll eine strukturelle Verschuldung – bereinigt um finanzielle Transaktionen – gesamtstaatlich künftig nur noch in Höhe von maximal 0,5 Prozent des BIP zulässig sein.
- ▶ Durch eine Konjunkturkomponente soll eine symmetrische Berücksichtigung konjunkturbedingter Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben des Bundes gewährleistet werden. Die Verschuldungsspielräume werden in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert, in guten Zeiten dagegen verengt bzw. in eine Verpflichtung zu Überschüssen umgekehrt. So vermeiden wir eine prozyklische Finanzpolitik.
- ▶ Die Einhaltung der Verschuldungsregeln im Haushaltsvollzug wird über ein Kontrollkonto sichergestellt. Auf diesem werden Über- oder Unterschreitungen der zulässigen strukturellen Verschuldungsspielräume in den einzelnen Haushaltsjahren saldiert. Überschreitet ein möglicher negativer Kontostand eine bestimmte Schwelle, setzt eine Verpflichtung zum Ausgleich des Kontrollkontos ein.
- ▶ Zur Sicherung der staatlichen Handlungsfähigkeit in Notsituationen, wie z. B. bei Naturkatastrophen oder sonstigen unerwarteten und außergewöhnlichen Sondersituationen (z. B. globale Finanzkrise) wird eine Ausnahmeregelung vorgesehen, um einen besonderen Finanzbedarf mit zusätzlichen Krediten decken zu können. Die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung soll nur auf der Grundlage eines Parlamentsbeschlusses mit qualifizierter Mehrheit zulässig sein.

Die neue Schuldenregel soll in dieser Legislaturperiode beschlossen werden und zu einem in der Föderalismuskommission noch festzulegenden Zeitpunkt, spätestens aber 2015 – gegebenenfalls mit einem zu definierenden Übergangspfad – in Kraft treten. Dazu sind – wie auch vom Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegeben – nach Bewältigung der globalen Finanz- und Konjunkturkrise gegebenenfalls zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen zu ergreifen.

Die Länder sind aufgerufen, sich an der Umsetzung einer in den Grundzügen für Bund und Länder verbindlichen Schuldenregel zu beteiligen.

Warum sollte der Ausstieg aus der Kernenergie überdacht werden? – Pro und Contra Kernkraft

Die Kernenergie als Brückentechnologie kann das notwendige Zeitfenster zur Verfügung stellen, bis erneuerbare Energien so weit sind, die Kernenergie sicher, kostengünstig und klimaschonend zu ersetzen. Sie wird – unabhängig vom Vollzug des Kernenergieausstiegs – mindestens noch ein Jahrzehnt wesentlicher Bestandteil des deutschen Strommixes bleiben und in dieser Zeit einen wichtigen Beitrag für eine versorgungssichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Stromversorgung Deutschlands leisten. In der Öffentlichkeit findet seit vielen Jahren eine kontroverse Debatte über die Nutzung der Kernenergie statt. Gegenwärtig rücken wieder die Vorteile der Kernkraft für einen günstigen Strompreis, die Versorgungssicherheit und für den Klimaschutz in den Vordergrund. Jedoch werden in der kontroversen Diskussion oft Argumente vorgebracht, die sachlich unrichtig und sogar irreführend sind.

Deutschland ist gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise als hoch entwickeltes Industrieland auf eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Stromversorgung als Grundlage für Wohlstand, Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum angewiesen. Heute beruht die deutsche Stromversorgung auf einem breit angelegten Energieträgermix, bestehend aus

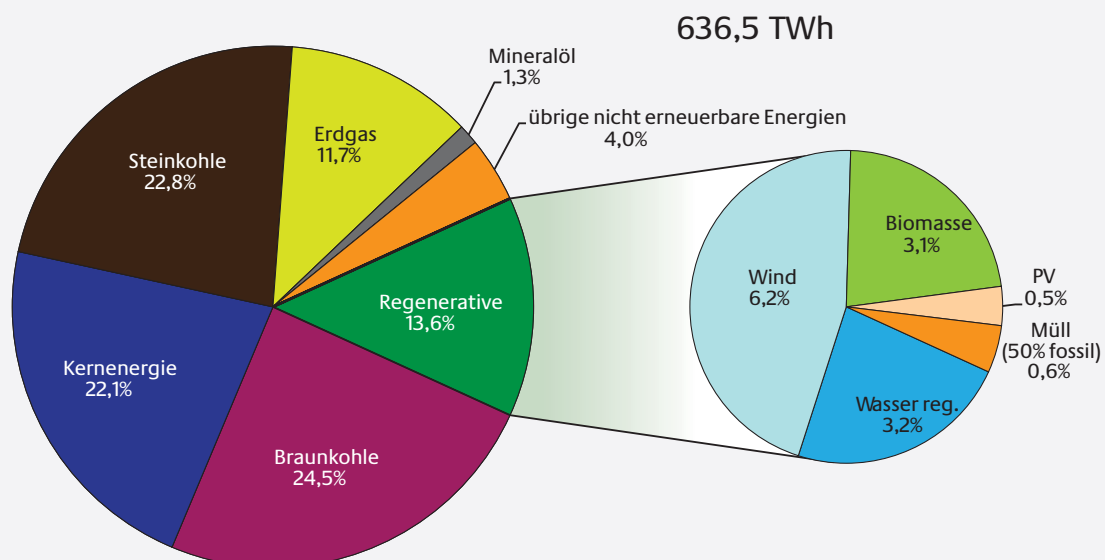
Stein- und Braunkohle, Kernenergie, Erdgas und aus erneuerbaren Energieträgern wie Wasser, Wind, Sonne und Biomasse (Abb. 1).

Kein Energieträger kann derzeit alleine alle Anforderungen an eine wirtschaftliche, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung erfüllen. Deshalb müssen die Möglichkeiten und Vorteile jedes Energieträgers genutzt werden. Auch in Zukunft muss die Stromversorgung auf einem breiten Energieträgermix aufbauen, um eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung zu gewährleisten (Abb. 2).

Welche Rolle spielen die erneuerbaren Energien im deutschen Strommix der Zukunft?

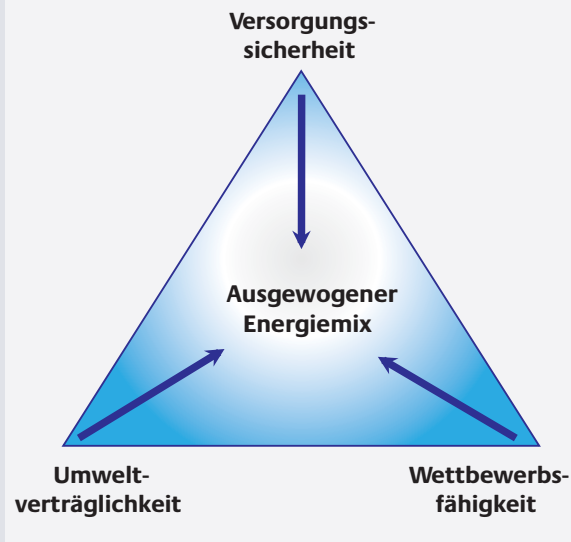
Mit dem Ende 2007 beschlossenen „Integrierten Energie- und Klimaprogramm“ (IEKP) bekennt sich die Bundesregierung zum ambitionierten Ziel, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von heute rund 14 Prozent auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Hierdurch soll die Abhängigkeit von Energieimporten verringert, die Versorgungssicherheit gestärkt und ein wichtiger Beitrag zur Senkung klimaschädlicher CO₂-Emissionen geleistet werden.

Abbildung 1: Bruttostromerzeugung in Deutschland 2007



Quellen: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat)

Abbildung 2: Dreieck der Energiepolitik



Schon heute tragen die erneuerbaren Energien zu einer positiven Bilanz bei der CO₂-freien Stromerzeugung bei. Allerdings sind sie derzeit im Vergleich zu den konventionellen Energieträgern noch nicht wirtschaftlich. Sie sind deshalb auf eine Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angewiesen, um sich am Markt behaupten zu können. Die durch die Förderung bedingten Mehrkosten werden auf den Strompreis umgelegt und sind von den Stromverbrauchern zu tragen.

Wind- und Solarstrom sind außerdem jahres- und tageszeitlich stark schwankend und können deshalb praktisch keinen oder nur einen sehr geringen Beitrag zur Grundlaststromversorgung leisten, d. h. zur Stromversorgung rund um die Uhr. Da es technisch derzeit noch nicht möglich ist, im großen Maßstab Strom zu speichern, muss die stark schwankende Stromeinspeisung der erneuerbaren Energien durch konventionelle Reservekraftwerke (insbesondere Kohle- und Erdgaskraftwerke) ausgeglichen werden. Denn um die Netzstabilität aufrechtzuerhalten und Stromausfälle zu vermeiden, müssen Stromverbrauch und Stromerzeugung einander jederzeit entsprechen.

Wenn im Jahr 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion mindestens 30 Prozent betragen soll, stellen sich heute folgende Fragen:

- ▶ Auf Basis welcher Energieträger sollen die restlichen 70 Prozent der Stromerzeugung im Jahr 2020 erfolgen?
- ▶ Wie kann die Grundlaststromversorgung sichergestellt werden?
- ▶ Wie entwickelt sich der Gesamtstrombedarf?
- ▶ Und wie kann sichergestellt werden, dass die gesamte Stromversorgung auch in der Zukunft sicher, kostengünstig und umweltverträglich erfolgt?

Was bringen Energieeinsparung und eine Verbesserung der Energieeffizienz?

Mit Blick auf den Gesamtstrombedarf sind zunächst Möglichkeiten zum Energieeinsparen und zu Energieeffizienzsteigerungen zu nutzen, so dass weniger Strom erzeugt werden muss. Hierfür müssen insbesondere neue Technologien entwickelt und eingesetzt werden. Sowohl die Europäische Union als auch die Bundesregierung haben ehrgeizige Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz beschlossen.

Mit sehr ambitionierten Maßnahmen könnte nach verschiedenen Studien der Stromverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2020 um elf Prozent sinken. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der im Jahr 2000 schon vorhergesagte Rückgang des Gesamtstromverbrauchs bislang nicht eingetreten ist. Trotz höherer Energieeffizienz und schlechter Wirtschaftskonjunktur Anfang dieses Jahrtausends stieg der Stromverbrauch tatsächlich bis heute von 580 auf 640 TWh, also um mehr als neun Prozent. Manche Energieeffizienz-Maßnahmen, wie z. B. der Einsatz von Wärmepumpen beim Heizen von Gebäuden, können sogar zu einem höheren Stromverbrauch führen, obwohl der Gesamtenergieverbrauch dadurch sinkt.

Wie entwickeln sich die übrigen Energieträger neben den erneuerbaren Energien?

Rahmenbedingungen

Für die im Jahr 2020 verbleibenden rund 70 Prozent der Stromerzeugung, die nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden, stehen grundsätzlich nur die heute bekannten Energieträger wie Braun- und Steinkohle, Erdgas und Kernenergie zur Verfügung.

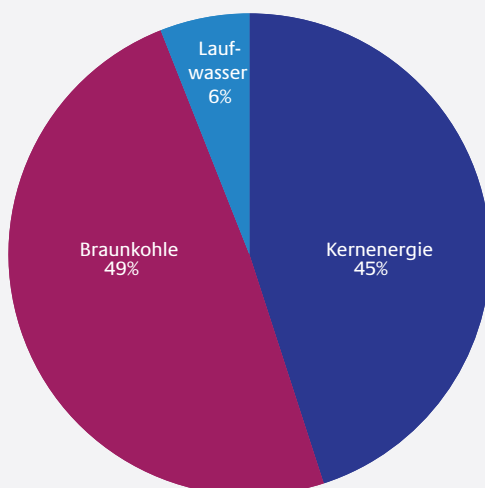
Seit der Entscheidung im Jahr 2000 zum Ausstieg aus der Kernenergie beeinflussen stark veränderte energiepolitische Rahmenbedingungen den Einsatz der übrigen Energieträger und den Strompreis:

- ▶ Der Klimaschutz hat in der Energiepolitik eine zentrale Rolle eingenommen.
- ▶ Beim Öl-, Gas- und Importsteinkohlepreis gab es insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 große Preisausschläge.
- ▶ Gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, aber auch von Windkraftanlagen formiert sich immer stärker der Widerstand der örtlichen Bevölkerung.
- ▶ Der Stromnetzausbau kommt nicht so schnell voran wie erforderlich.
- ▶ Einspar- und Effizienzsteigerungsmöglichkeiten haben sich gut entwickelt, zeigen aber beim Gesamtstromverbrauch noch nicht die erwarteten Resultate.

Kernkraftwerke

Derzeit sind noch rund 20.000 Megawatt (MW) Kernkraftwerksleistung aus 17 Reaktoren an zwölf Standorten am Netz. Die Kernenergie hat an der Gesamtstromproduktion einen Anteil von rund 22,1 Prozent sowie rund 45 Prozent an der Grundlaststromversorgung (Abb. 3). Kernenergie ist eine weitgehend CO₂-

Abbildung 3: Grundlaststromversorgung in Deutschland



freie Stromerzeugungstechnologie, die eine hohe Versorgungssicherheit bei sehr niedrigen Stromgestehungskosten gewährleistet (zu Pro und Contra siehe Kasten).

Braunkohle-, Steinkohle- und Gaskraftwerke

Braunkohlekraftwerke sind ähnlich versorgungssicher, kostengünstig und grundlastfähig wie Kernkraftwerke. Die heimische Braunkohle ist ausreichend vorhanden und mindestens noch über 230 Jahre verfügbar (Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2006). Nachteilig sind die hohen CO₂-Emissionen, die bei ihrer Verstromung entstehen. Technologien zur CO₂-Abscheidung und Speicherung („Carbon Capture and Storage“, CCS) sind in der Erforschung und Entwicklung, aber frühestens ab 2020 großtechnisch einsetzbar. Allerdings werden diese Technologien nicht ohne erhebliche Einbußen bei Wirkungsgrad und Wirtschaftlichkeit einsetzbar sein.

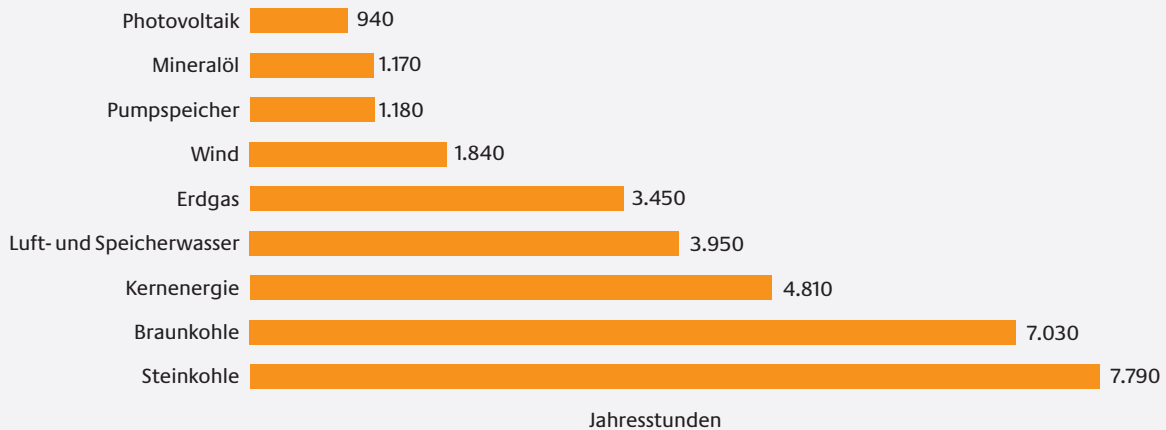
Zur Stromerzeugung eingesetzte Steinkohle muss im Vergleich zur einheimischen Braunkohle weitestgehend importiert werden. Sie hat mindestens eine ähnliche Reichweite wie Braunkohle. Steinkohlekraftwerke sind ähnlich kostengünstig und versorgungssicher wie Braunkohlekraftwerke. Nachteilig sind ebenfalls die hohen CO₂-Emissionen.

Das Erdgas zur Verstromung in Gaskraftwerken muss überwiegend importiert werden. Wegen der Gaspreise sind Gaskraftwerke nicht so kostengünstig wie Kern- und Kohlekraftwerke. Die CO₂-Emissionen sind etwa halb so groß wie bei Kohlekraftwerken. Insbesondere Gaskraftwerke sind aufgrund ihrer schnellen Einsatzfähigkeit erforderlich, um die schwankende Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien auszugleichen (wie z. B. Wind- und Photovoltaikstrom). Allerdings steht der Einsatz des importierten Erdgases in Kraftwerken zum Beispiel in Konkurrenz zum Einsatz beim Heizen und Kochen in Wohngebäuden.

Insgesamt besteht ein Erneuerungsbedarf bei fossilbefeuerten Kraftwerken von bis zu 20.000 Megawatt (MW) bis zum Jahr 2020. Dies entspricht zum Beispiel rund 25 neuen, modernen Kohlekraftwerken. Mit einem Neubauprogramm könnte man Effizienzpotenziale erschließen und durch den Einsatz emissionsreduzierender Technologien Klimaschutzeffekte erzielen. Allerdings zeigt die jüngste Vergangenheit,

Abbildung 4: Jahresvolllaststunden der deutschen Kraftwerke 2007

Das Jahr hat insgesamt 8.768 Stunden



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

dass durch Widerstand der örtlichen Bevölkerung eine Reihe von Kraftwerksneubauprojekten verhindert wurde. Sollten die Akzeptanzprobleme beim Bau von Kohlekraftwerken noch größer und dauerhaft wirksam werden, so könnte das dazu führen, dass beim Festhalten am Ausstieg aus der Kernenergie eine „Stromversorgungslücke“ bis 2020 entsteht. Dies könnte auch zu Strompreisanstiegen führen (siehe „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ Oktober 2008).

Welche Strategie sollte eingeschlagen werden, um Probleme bei der zukünftigen Stromversorgung zu verhindern?

Kernenergie sorgt heute gemeinsam mit Braunkohle dafür, dass die Grundlast der Stromversorgung in Deutschland zu günstigen Erzeugungskosten abgedeckt wird. Das ist nicht nur wichtig, um eine Belieferung der deutschen Industrie zu wettbewerbsfähigen Konditionen zu ermöglichen. Um den Strombedarf zeitgenau zu decken, werden Kraftwerke nach Verfügbarkeits-, Kosten- und Effizienzaspekten eingesetzt. Aufgrund ihrer Kostenstruktur (relativ hoher Investitionsanteil, aber relativ niedrige Betriebs- und Brennstoffkosten) werden Kernkraft-, Braunkohle- und Wasserkraftwerke mit ihrer Volllast über einen möglichst langen Zeitraum pro Jahr eingesetzt und erzeugen damit die so genannte Grundlast. Die

Erzeugung von Windkraftstrom erreicht wegen des schwankenden Windangebots nur selten die volle Leistung. Ähnliches gilt für die Photovoltaik, die von der Sonnenscheindauer abhängig ist. Die durchschnittlichen Jahresvolllaststunden der deutschen Kraftwerke 2007 zeigt Abbildung 4.

Im Hinblick auf CO₂-arme Stromerzeugung, hohe Verfügbarkeit und Grundlastfähigkeit sowie geringe Erzeugungskosten sind gleichwertige Alternativen zur Kernenergie auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

Einerseits weisen CO₂-arme Stromerzeugungstechniken – wie die meisten regenerativen Technologien – schwankende Verfügbarkeiten bei hohen Stromgestehungskosten auf. Andererseits führt die Priorität von günstigen Erzeugungskosten und hoher Versorgungssicherheit zu einem Rückgriff auf konventionelle Technologien (Kohle, Erdgas), die aber auch bei weiter verbesserten Technologien relativ hohe CO₂-Emissionen verursachen und daher Emissionszertifikate benötigen. Dies hat letztendlich Auswirkungen auf den Strompreis.

Alle Argumente sprechen dafür, den beschlossenen Kernenergieausstieg zu überprüfen und die Rolle der Kernenergie noch einmal sachlich zu diskutieren und neu zu bewerten.

Welche Punkte spielen bei der Bewertung der Kernenergienutzung eine Rolle?

Klimaschutz

Betrachtet man den gesamten Produktionszyklus von der Förderung des Brennstoffes über den Kraftwerksbau bis hin zur Entsorgung der entstehenden Abfälle bei der Stromerzeugung, so ergeben sich für die einzelnen Energieträger – auch bei erneuerbaren Energien – folgende spezifische CO₂-Emissionen:¹

- ▶ Braunkohlenkraftwerke: 838 – 1.231 g CO₂/kWh
- ▶ Steinkohlenkraftwerke: 750 – 1.080 g CO₂/kWh
- ▶ Erdgaskraftwerke: 399 – 644 g CO₂/kWh
- ▶ Photovoltaikanlagen: 78 – 217 g CO₂/kWh
- ▶ Windkraftanlagen: 10 – 38 g CO₂/kWh
- ▶ Wasserkraftwerke: 4 – 36 g CO₂/kWh
- ▶ Kernkraftwerke: 5 – 33 g CO₂/kWh

Im Jahr 2006 hat jede verbrauchte Kilowattstunde Strom in Deutschland durchschnittlich etwa 600 g CO₂ freigesetzt.

Es zeigt sich, dass neben der Stromproduktion aus Wasserkraft der Kernenergiestrom die geringsten CO₂-Emissionen aufweist. Gegenüber einem Mix aus Kohle- und Erdgasstrom spart deshalb heute die CO₂-arme Kernenergie rund 150 Millionen t CO₂ im Jahr ein. Dies entspricht nahezu den gesamten jährlichen CO₂-Emissionen des deutschen Straßenverkehrs.

Kosten der Stromerzeugung

Die Stromerzeugungskosten sind abhängig von den Investitions-, Betriebs- und Brennstoffkosten. Diese Kostenbestandteile wirken bei verschiedenen Stromerzeugungstechnologien unterschiedlich und führen zu folgenden Stromgestehungskosten:²

- ▶ Braunkohlestrom rund 2,40 Cent/kWh
- ▶ Kernenergiestrom rund 2,65 Cent/kWh
- ▶ Steinkohlestrom rund 3,35 Cent/kWh
- ▶ Wasserkraftstrom rund 4,3 Cent/kWh
- ▶ Erdgasstrom rund 4,90 Cent/kWh
- ▶ Windenergiestrom rund 9 Cent/kWh
- ▶ Photovoltaikstrom rund 54 Cent/kWh

Auch beim Vergleich von Stromgestehungskosten für neu gebaute Kraftwerke ergibt sich ein ähnliches Bild. Das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieverwendung (IER) der Universität Stuttgart hat im März 2008 einen Arbeitsbericht vorgelegt, in dem auf Basis aktueller Erhebungen von Herstellern, Betreibern und wissenschaftlichen Einrichtungen die Stromgestehungskosten für neue Kraftwerke ermittelt wurden, die ab 2010 in Betrieb gehen. Für die untersuchten Erzeugungsanlagen werden alle während des gesamten Lebenszyklus anfallenden Kosten für Kapital, Betrieb, Brennstoffe sowie Stilllegung und Rückbau angesetzt. Hinzu kommen Kostenelemente, die zukünftig eine wichtige Rolle spielen werden. Fossil befeuerte Kraftwerke werden zusätzlich durch die in der Zukunft anfallenden Kosten für Emissionszertifikate belastet. Das IER hat für eine Untersuchung eine Spannweite von 8 bis 38 Euro/t CO₂ zugrunde gelegt. Bei Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kommen Kosten für die Vorhaltung von Reserveleistung in konventionellen Kraftwerken (Back-up) hinzu (Abb. 5).

Sicherheit der Uranversorgung

Eine sachliche Betrachtung zeigt, dass die Reichweite von Uran einen dauerhaften, weltweiten Einsatz der Kernenergie für mindestens noch 200 Jahre ermöglicht. Laufende und künftige Explorationsarbeiten können den Zeitraum weiter erhöhen. Die Uran-Versorgungssicherheit ist damit im Vergleich zu Gas und Öl sehr hoch, da die Uranreserven in überwiegend politisch stabilen Regionen (z. B. Kanada, Australien, Südafrika) liegen. Deutschland importiert fast 50 Prozent des Natururans aus Kanada.

Der Kernbrennstoff kann wegen seiner sehr hohen Energiedichte und der geringen Menge, die für die einzelnen Reaktoren benötigt wird, für viele Jahre gelagert werden. Berücksichtigt man außerdem, dass die Urananreicherung und die Brennelementfertigung inländische Wertschöpfungsstufen sind, kann die Kernenergie praktisch als heimische Energieform angesehen werden. Da der Uranpreis mit nur circa fünf Prozent in den Strompreis einfließt, wird dieser durch Uranpreissteigerungen kaum beeinflusst.

1 Quellen: Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung IER, 2000; Paul Scherrer Institut (Schweiz), 2007; Ökoinstitut Darmstadt, 2007;

2 CO₂-Zertifikatskosten sind in den Kosten nicht enthalten. Die Angaben zu Wind- und Photovoltaikstrom sind die Kosten gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Der Energieinhalt von einem Kilogramm Natururan entspricht circa

- ▶ dem von 12,6 Tonnen Erdöl oder
- ▶ 14.000 Kubikmetern Erdgas oder
- ▶ 18,9 Tonnen Steinkohle oder
- ▶ 56,7 Tonnen Braunkohle.

Bei dieser Betrachtung ist noch nicht berücksichtigt, dass z. B. durch die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und die Entwicklung neuer Reaktorgenerationen in der Zukunft die Reichweite des Urans wesentlich, schätzungsweise auf mehrere Jahrtausende, verlängert werden könnte (zu Pro und Contra siehe Kasten).

Sicherheit der Kernenergienutzung

Die deutschen Kernkraftwerke zählen zu den weltweit sichersten Anlagen. Nach dem Grundsatz der bestmöglichen Gefahrenabwehr und Risikovorsorge muss praktisch ausgeschlossen sein, dass Schäden an Leben, Gesundheit und Sachgütern durch den Betrieb von Kernkraftwerken eintreten. Die vom Bundesumweltministerium veröffentlichte Statistik zu so genannten „Meldepflichtigen Ereignissen“ für 2007 (insgesamt 118, davon 54 im Leistungsbetrieb der Kernkraftwerke) bestätigt das international anerkannte hohe Sicher-

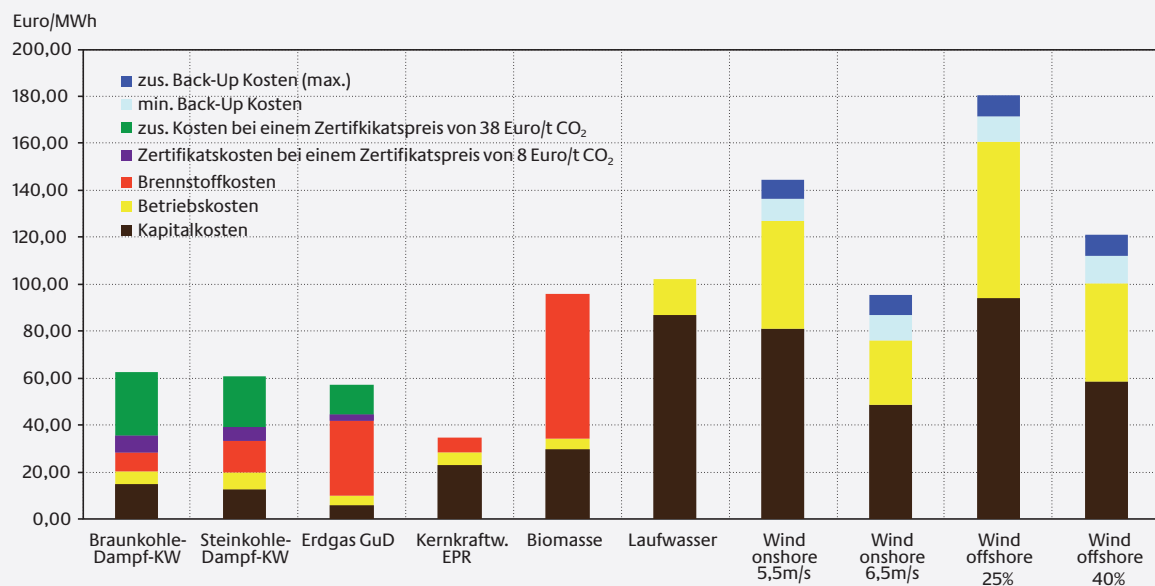
heitsniveau deutscher Kernkraftwerke. Gemäß der international üblichen Bewertungsskala (von 0–7) wurden im Jahr 2007 lediglich zwei Ereignisse in Stufe 1 (betriebliche Störung, keine radiologische Bedeutung) und alle anderen Ereignisse in Stufe 0 (keine oder sehr geringe sicherheitstechnische bzw. radiologische Bedeutung) eingeordnet. Somit war 2007 kein einziger Störfall im eigentlichen Sinne zu verzeichnen. Allerdings wird in öffentlichen Meinungsäußerungen die hervorragende Bilanz der deutschen Kernkraftwerke nur höchst unzureichend wiedergegeben.

Das deutsche Sicherheitskonzept hat sich in über 35 Jahren Kernenergienutzung bewährt, in denen für die Bevölkerung keine radiologischen Belastungen auftraten, die über die für den Normalbetrieb zulässigen Werte hinausgingen. Alle Kernkraftwerke werden ständig den sich weiterentwickelnden wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen durch Nachrüstungen angepasst. Dafür haben die Betreiber bisher mehrere Milliarden Euro aufgewandt.

Die Voraussetzungen für einen sicheren Betrieb der deutschen Kernkraftwerke sind damit auch in Zukunft gegeben.

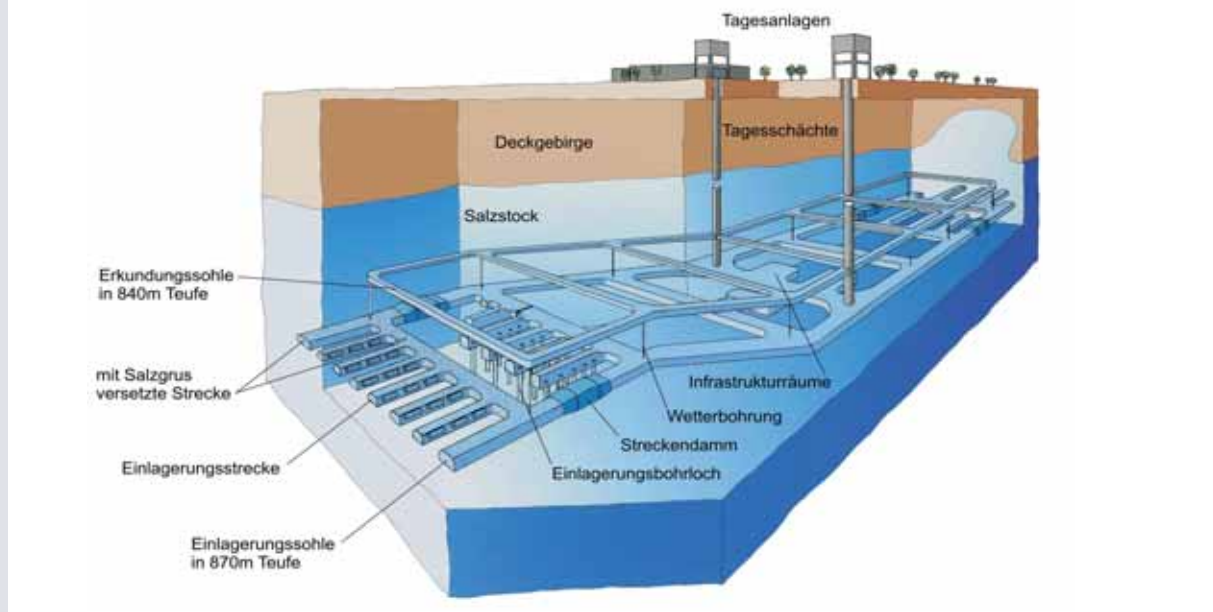
Abbildung 5: Stromerzeugungskosten für neue Kraftwerke ab dem Jahr 2010

Unter Berücksichtigung unterschiedlicher CO₂-Zertifikatskosten (neue Kraftwerke, Inbetriebnahme ab 2010)



Quelle: Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER)

Abbildung 6: Schematische Darstellung eines Endlagersystems in einer tiefengeologischen Formation



Endlagerung radioaktiver Abfälle

Bei der Nutzung der Kernenergie fallen radioaktive Abfälle an, die über lange Zeiträume sicher von der Biosphäre isoliert werden müssen. Seit fast 50 Jahren werden für die Realisierung der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland umfangreiche Forschungsarbeiten betrieben. Ihr Ergebnis ist, dass die Endlagerung auch in Deutschland in tiefengeologischen Formationen sicher realisiert werden kann (Abb. 6).

Der im Jahr 2002 gefasste Planfeststellungsbeschluss für die Einrichtung des ehemaligen Eisenerzbergwerkes Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wurde im Jahr 2007 gerichtlich endgültig bestätigt (Abb. 7). Das Endlager wird über 90 Prozent des gesamten Abfallvolumens aufnehmen können. Seit Ende 2007 läuft die Umrüstung zu einem Endlager mit dem Ziel der Inbetriebnahme 2013.

Der Salzstock Gorleben wird als mögliches Endlager insbesondere für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle bereits seit mehr als 20 Jahren über- und untertägig erkundet (Abb. 8). Im Zusammenhang mit dem Kernenergieausstieg wurde jedoch im Oktober 2000 ein Erkundungsmoratorium für mindestens drei, jedoch längstens zehn Jahre verfügt, obwohl die bisherigen Erkundungsergebnisse nicht

gegen eine Eignung als Endlager sprachen. Begründet wurde dies mit der Klärung von Grundsatzfragen zur Endlagerung. Diese Grundsatzfragen wurden Ende 2005 durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beantwortet. Es haben sich keine Argumente gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlager ergeben. Deshalb bedarf es nunmehr einer unverzüglichen Fortführung der ergebnisoffenen Erkundung, um eine endgültige Bewertung der Eignung des Salzstocks Gorleben auch im Interesse der Standortgemeinden zu ermöglichen. Solange der Salzstock Gorleben nicht abschließend erkundet ist

Abbildung 7: Schachtanlage Konrad



Abbildung 8: Luftbild Standort Gorleben

und sich als nicht geeignet erwiesen hat, ist die Suche neuer Endlagerstandorte nicht erforderlich.

Zusammenfassung

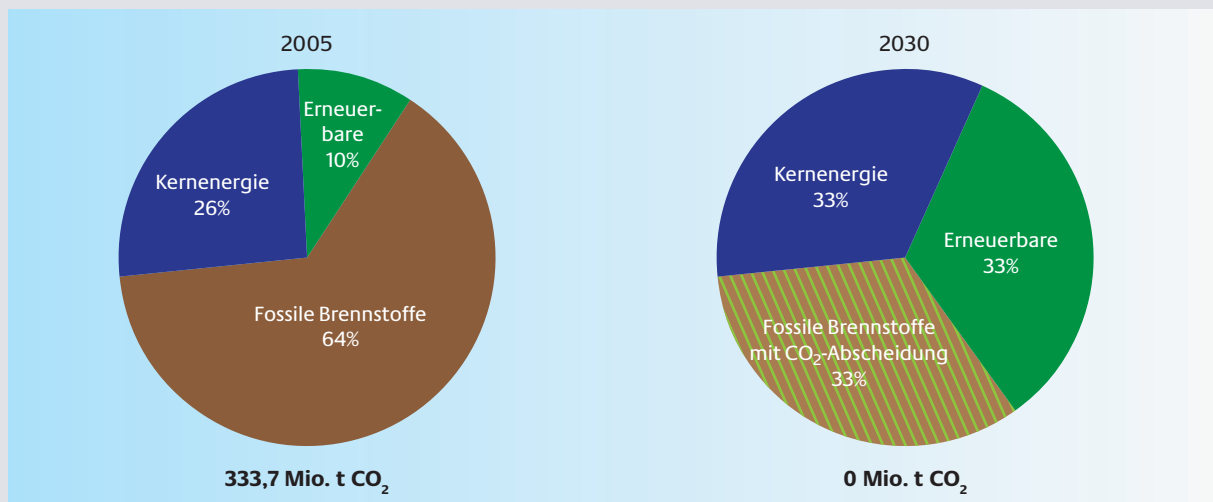
Eine Energiepolitik, die auf Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz setzt, kann auch in Zukunft auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichten.

Ein notwendiger Schritt wäre die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke, die derzeit auf rund 32 Jahre begrenzt ist. International werden weltweit Laufzeiten von 50 bis 60 Jahren praktiziert.

Eine Laufzeitverlängerung hätte auch einen preisdämpfenden Effekt für den Stromverbraucher. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie würde hierdurch positiv beeinflusst werden.

Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke sind auch deshalb notwendig, weil gegenwärtig nicht zuverlässig beurteilt werden kann, wie sich einerseits die Kraftwerkskapazität und andererseits die Stromnachfrage in Deutschland entwickeln werden. Eine Laufzeitverlängerung ist auch verantwortbar, da alle deutschen Kernkraftwerke auf einem international gesehen sehr hohen Sicherheitsniveau betrieben werden.

Eine „Vision 2030“ für einen weitestgehend CO₂-freien Strommix in Deutschland könnte sein: ein Drittel erneuerbare Energie, ein Drittel Kernenergie und ein Drittel Verstromung von Kohle und Gas mit CO₂-Abscheidung und Lagerung (Abb. 9). Wie die Brückentechnologie Kernenergie nach 2030 klimafreundlich, versorgungssicher und kostengünstig ersetzt werden kann, wird dann anhand der verfügbaren Stromerzeugungstechnologien zu entscheiden sein.

Abbildung 9: Optionen für eine CO₂-freie Stromerzeugung in Deutschland bis 2030

Pro und Contra zur Kernenergie

In der Presse werden oft nur tendenziöse Argumente gegen die Kernenergie publiziert. Nachfolgend werden diese Argumente aus Sicht des BMWi kommentiert:

Kernkraft ist eine Risikotechnologie/Kernkraft ist nicht sicher/Keine Verlängerung der Laufzeiten der (ältesten) Kernkraftwerke (KKW)

Meist Bezug nehmend auf Tschernobyl wird Kernenergie generell als Risikotechnologie dargestellt. Die Vorfälle in den KKW Krümmel und Brunsbüttel im Jahre 2007 sollen belegen, dass „ältere“ Anlagen unsicher sind und früher vom Netz gehen sollen.

Gegenargumente:

- ▶ Die deutschen Kernkraftwerke werden auf einem international gesehen hohen Sicherheitsstand betrieben.
- ▶ Das Sicherheitsniveau aller deutschen KKW unterscheidet sich grundsätzlich von Reaktoren des Typs „Tschernobyl“.
- ▶ In den letzten 20 Jahren seit Tschernobyl wurden alle deutschen Anlagen stetig und grundsätzlich nachgerüstet, so dass sie heute weltweit die sichersten Anlagen sind.
- ▶ Eine generelle sicherheitstechnische Unterscheidung zwischen älteren und neueren Anlagen ist sehr oberflächlich und unwissenschaftlich, weil diese hochkomplexen Anlagen nicht vergleichbar sind.
- ▶ Eine Differenzierung der Sicherheitsanforderungen nach älteren und jüngeren Anlagen ist auch dem Atomgesetz fremd.
- ▶ International sind Laufzeitverlängerungen bis zu 50–60 Jahren Standard. In Deutschland liegen die Laufzeiten gemäß Atomgesetz durchschnittlich bei nur 32 Jahren pro Reaktorblock.

Kernkraftwerke sichern keine Arbeitsplätze/Kernkraft schafft keine neuen Arbeitsplätze

Die seit Jahren relativ konstante Zahl der Beschäftigten in der Kernenergiebranche in Deutschland wird mit den stetig steigenden Beschäftigungszahlen im Bereich der erneuerbaren Energien verglichen.

Gegenargumente:

- ▶ Die steigenden Beschäftigungszahlen im Bereich der erneuerbaren Energien werden maßgeblich beeinflusst durch die öffentlichen Fördermaßnahmen.
- ▶ Volkswirtschaftlich gesehen beeinflussen die niedrigen Stromerzeugungskosten der Kernenergie maßgeblich die Strompreise und damit die Beschäftigungsbilanz in der gesamten Wirtschaft. Studien (z. B. BDI-Studie, Oktober 2005) weisen bei längeren KKW-Laufzeiten steigende Beschäftigungszahlen in der gesamten Volkswirtschaft aus.
- ▶ Auch die international zu beobachtende Renaissance der Kernenergie führt jetzt schon zu neuen Arbeitsplätzen in Deutschland. AREVA NP (34 Prozent gehören SIEMENS) baut schon seit Jahren seine Ingenieurkapazitäten in Deutschland stark aus.

Kernkraft behindert die Weiterentwicklung und den Ausbau der erneuerbaren Energien

Insbesondere eine Verlängerung der Laufzeiten der KKW würde sich negativ auf den Ausbau einer effizienten und klimafreundlichen Energiewirtschaft auswirken.

Gegenargumente:

- ▶ So wie die erneuerbaren Energien auch, produzieren Kernkraftwerke praktisch CO₂-freien Strom.
- ▶ Darüber hinaus ist Kernenergiestrom zu 100 Prozent grundlastfähig und wesentlich kostengünstiger als Wind- und Solarstrom.
- ▶ Die heute noch sehr teuren erneuerbaren Energien brauchen, damit sie wirtschaftlich werden, noch Entwicklungszeit.
- ▶ Die Kernenergie als Brückentechnologie kann hierbei das notwendige Zeitfenster zur Verfügung stellen, bis erneuerbare Energien so weit sind, die Kernenergie sicher, kostengünstig und klimaschonend zu ersetzen.
- ▶ Internationale und nationale aktuelle Studien zeigen, dass mit der Nutzung der Kernenergie die anspruchsvollen Klimaschutzziele kostengünstiger und schneller erreicht werden können.

Kernkraft macht uns abhängig von Uranimporten

Deutschland ist zu 100 Prozent importabhängig von Uran, die Uranreichweite weltweit beträgt nur 65 Jahre.

Gegenargumente:

- ▶ Aufgrund der hohen Energiedichte und der sehr guten Lagerfähigkeit kann Uran de facto als einheimischer Energierohstoff betrachtet werden.
- ▶ Uran wird derzeit überwiegend aus politisch stabilen Ländern importiert, so dass Lieferengpässe ausgeschlossen werden können.
- ▶ Entgegen anderer, stets wiederholter Behauptungen beträgt die Reichweite von Uran unter Berücksichtigung der Uranreserven (bekannte Vorkommen, die heute wirtschaftlich förderbar sind) und Uranressourcen (vermutete Uranreserven) für einen weltweiten dauerhaften Einsatz der Kernenergie mindestens die nächsten 200 Jahre. Das geht aus einer Studie der Internationalen Atomenergieagentur und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervor.³

Kernkraft schafft keine Versorgungssicherheit

Der Anteil der Kernenergie am weltweiten Primärenergieverbrauch beträgt nur drei Prozent. Daraus wird abgeleitet, dass mit Kernenergie eine zukunftsfähige Energieversorgung nicht machbar sei.

Gegenargumente:

- ▶ Es wird verschwiegen, dass der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung heute in Deutschland rund 22 Prozent, in der EU 27 rund 32 Prozent und weltweit rund 14 Prozent beträgt.
- ▶ Ein Ersatz der Kernenergie im Grundlastbereich kann heute nur mit Kohle- und/oder Gaskraftwerken mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Importabhängigkeit und auch auf den Klimaschutz erfolgen. Erneuerbare Energien sind weder in Deutschland noch weltweit dazu in der Lage, die Kernenergie in der Grundlast adäquat zu ersetzen.

Kernkraft ist teuer und unrentabel

Kernenergie ist nur für den Betreiber profitabel und die Gesellschaft trägt die Kosten.

Gegenargumente:

- ▶ Kernenergiestrom ist in Deutschland kostengünstig mit 2,65 Cent/kWh (Braunkohle 2,40 Cent/kWh, Steinkohle 3,35 Cent/kWh und Erdgas 4,90 Cent/kWh). Ohne Kernenergiestrom wären die Strompreise in Deutschland auf einem viel höheren Niveau. Im Vergleich dazu liegen die Preise für eine Kilowattstunde Strom aus Windenergie bei 9 Cent, aus Wasserkraft bei 2,5 bis 9,5 Cent und aus Photovoltaik bei 50 Cent.
- ▶ Studien belegen, dass auch neue Kernkraftwerke sehr kostengünstig Strom produzieren können, weil sie keiner teureren Emissionszertifikate bedürfen.
- ▶ Eine Subventionierung findet weder für den Betrieb der Kernkraftwerke noch für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle statt: Alle Kosten werden ausschließlich von den Betreibern/Abfallverursachern getragen. Eine staatliche Förderung findet lediglich im Bereich der nuklearen Forschung statt, um die Unabhängigkeit der Forschung zu gewährleisten.

Kernkraft leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz

Kernkraft ist nicht CO₂-frei, wenn man den gesamten Produktionszyklus betrachtet.

Gegenargumente:

- ▶ Kernkraft vermeidet jährlich zwischen 100 und 150 Millionen t CO₂ in Deutschland. Dies entspricht nahezu den gesamten CO₂-Emissionen des jährlichen Straßenverkehrs in Deutschland. Diese Annahme beruht darauf, dass Kernenergiestrom durch den aktuellen Strommix ersetzt werden müsste, d.h. insbesondere durch Gas- und Kohlekraftwerke.
- ▶ Betrachtet man den gesamten Produktionszyklus verschiedener Energieträger hinsichtlich ihrer CO₂-Emissionen, ergibt sich folgendes Bild: Kernenergie 5 bis 33 g/kWh, Wind 10 bis 38 g/kWh, Photovoltaik 78 bis 217 g/kWh, Erdgas 399 bis 644 g/kWh, Steinkohle 750 bis 1080 g/kWh, Braunkohle 838 bis 1231 g/kWh.

- ▶ Zudem wird behauptet, dass Kernkraftwerke nur Strom bereitstellen und damit den Kohlendioxidausstoß von Verkehr und Heizung nicht mindern. Kernkraftwerke können neben Strom auch Wärme für die Heizung von Wohnungen und Industrieanlagen bereitstellen. In Deutschland hat das Kernkraftwerk Stade bis zu seiner Abschaltung im Jahr 2003 neben Strom auch Heizwärme geliefert. Weltweit gibt es hierfür viele Beispiele, insbesondere bei Kernkraftwerken der nördlichen Hemisphäre.

Kernkraft erzeugt radioaktive Abfälle

Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist in Deutschland ungelöst und belastet damit zukünftige Generationen.

Gegenargumente:

- ▶ Die Endlagerung aller Arten von radioaktiven Abfällen ist technisch sicher realisierbar. Dies belegen insbesondere die letzten 40 Jahre Endlagerforschung in Deutschland.
- ▶ Für die Endlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen (über 90 Prozent der Gesamtabfälle) ist mit dem planfestgestellten Endlager Schacht Konrad eine Lösung vorhanden. Derzeit läuft die Umrüstung und die Errichtung des Endlagers mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Jahr 2013.
- ▶ Auch die bisherigen Erkundungsergebnisse des Salzstocks Gorleben – möglicher Endlagerstandort insbesondere für hochradioaktive Abfälle – sprechen für seine Eignung als Endlager. Der Salzstock Gorleben ist der weltweit am besten erkundete Standort. Aber für eine abschließende Beurteilung des Salzstockes muss die Erkundung fortgeführt und abgeschlossen werden. Hierfür sind noch rund fünf Jahre notwendig. Solange der Salzstock nicht vollständig erkundet ist und hierbei nicht festgestellt wird, dass er ungeeignet ist, sind die Suche und der Vergleich neuer Endlagerstandorte überflüssig. Weder das Atomgesetz noch die internationale Praxis geben hierfür einen Anlass.
- ▶ Die Vorkommnisse in der Schachtanlage ASSE II sind nicht auf ein potenzielles Endlagerbergwerk im Salzstock Gorleben übertragbar. Im Salzstock Gorleben ist kein altes Salzbergwerk vorhanden. Vielmehr wird dort nur zur Eignungsuntersuchung für die Endlagerung ein neues Bergwerk aufgeföhren. Das deutsche Endlagerkonzept im Steinsalz wird deshalb nicht infrage gestellt.
- ▶ Zur Lösung der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle fehlen also nur die politischen Entscheidungen, dann würden auch zukünftige Generationen nicht belastet werden.

Die Kernkraft lässt sich für Nuklearwaffen missbrauchen

Die Kernenergienutzung birgt auch immer die Möglichkeit des Baus einer Atombombe.

Gegenargumente:

- ▶ Der Bau von Atomwaffen ist technologisch höchst anspruchsvoll und aufwändig, so dass dies nur unter staatlicher Regie erfolgen kann.
- ▶ Deutschland unterliegt umfassenden und tiefgreifenden Inspektionen durch die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) und zusätzlich durch die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Das Proliferationsrisiko ist in Deutschland angesichts der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen, der Art des Brennstoffkreislaufes und internationaler Überwachung praktisch ausgeschlossen.
- ▶ Die zivile Kernenergienutzung kann einen Beitrag zur Abrüstung leisten. So hat z. B. Russland im Rahmen internationaler Verträge 1.000 t hoch angereichertes Waffennuran zu Reaktorbrennstoff abgereichert, das in Kernkraftwerken genutzt und somit einer militärischen Verwendung entzogen wird.

Es gibt keine Renaissance der Atomenergie

Weltweit sinkt trotz einzelner Neubauten die Zahl der Kernkraftwerke. Viele Projekte sind seit Langem angekündigt, aber noch nicht realisiert. Neubauten sind nur mit staatlicher Subventionierung möglich.

Gegenargumente:

- ▶ Weltweit ist die Kernenergie im Aufwind. Ende 2007 waren weltweit 439 Kernkraftwerke in 31 Ländern in Betrieb. In zehn Ländern befanden sich 32 Anlagen in Bau und 68 in Planung.

- ▶ In der Europäischen Union gibt es 146 Kernkraftwerke in 15 der 27 Mitgliedstaaten, die mit rund 32 Prozent zur EU-Stromversorgung beitragen.
- ▶ In Finnland, Frankreich, Bulgarien und Rumänien werden derzeit neue Kernkraftwerksblöcke errichtet. Großbritannien beabsichtigt, die Kernenergie stark auszubauen. Die italienische Regierung hat vor Kurzem beschlossen, den bereits vollzogenen Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen und den Bau neuer Kernkraftwerke zu beginnen.
- ▶ In einer mit breiter Mehrheit verabschiedeten Entschließung vom 24. Oktober 2007 bekräftigt das Europäische Parlament, „dass die Kernenergie für die Gewährleistung der Grundlast mittelfristig in Europa unverzichtbar ist“, und „dass Kernenergie die derzeit größte CO₂-arme Energiequelle in Europa ist“. Zugleich betont es den potenziellen Beitrag der Kernenergie zur Bekämpfung des Klimawandels.

Energiesparen und Energieeffizienz im Gebäudebereich

Deutschland ist bei der effizienten Nutzung von Energie bereits Weltspitze. Dennoch bleibt die Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen, Haushalten und beim Staat ein Eckpfeiler der sicheren, bezahlbaren und klimaverträglichen Versorgung mit Energie. Energieeffizienz ist unabdingbar, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit auch bei knapper werdenden fossilen Energieträgern und in Zeiten höherer Energiepreise zu gewährleisten. Besonders im Gebäudebereich sind die wirtschaftlichen Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz beträchtlich. Die Bundesregierung und das BMWi unterstützen die Energieeffizienz im Gebäudebereich durch einen effektiven Baukasten ineinandergreifender Maßnahmen, die von Informationen für Verbraucher über fiskalische Anreize bis hin zur effektiven Nutzung des Ordnungsrechts reichen.

Verdopplung des jährlichen Effizienzfortschritts notwendig

Kaum ein energiepolitisches Thema bewegt die nationale wie internationale Diskussion in den letzten Jahren so intensiv wie die Frage nach einer dauerhaften Steigerung der Energieeffizienz. Viele Staaten haben sich gerade in letzter Zeit ehrgeizige Energieeinsparziele gesetzt. China will zwischen 2005 und 2010 die Energieeffizienz um 20 Prozent steigern. Zahlreiche US-Bundesstaaten diskutieren Energieeinsparziele oder haben diese bereits eingeführt. Der Europäische Rat hat auf seinem Frühjahrsgipfel 2007 beschlossen, 20 Prozent des bis 2020 prognostizierten Energieverbrauchs einzusparen. Innerhalb der Europäischen Union haben sich u.a. Frankreich und Italien anspruchsvolle Einsparziele verordnet. Für diese Länder gilt wie auch für Deutschland die Verpflichtung der EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, durch gezielte Maßnahmen in neun Jahren neun Prozent Endenergie gegenüber einer Referenzperiode einzusparen.

Auch Deutschland hat sich ein überaus ehrgeiziges Effizienzziel gesetzt: Bis 2020 soll sich die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Nachdem mehr als die Hälfte dieses Zeitraums bereits zurückgelegt ist, bedeutet dies im Klartext: In den nächsten zwölf Jahren müsste der Energieaufwand zur Erzeugung einer Einheit des Bruttoinlandsprodukts Jahr

für Jahr um 3,0 Prozent sinken. Wie schwer diese Aufgabe umzusetzen ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass dies gegenüber dem Trend seit 2000 mehr als eine Verdopplung des jährlichen Effizienzfortschritts erforderte.

Warum stehen die Themen Energieeffizienz und Energiesparen gerade zum jetzigen Zeitpunkt an vorderer Stelle der energiepolitischen Diskussionen? Die Antwort ist vielschichtig: Gerade mit Blick auf den erwarteten weltweit starken Anstieg der Nachfrage nach Energie in den nächsten Jahrzehnten kann der rationelle Energieeinsatz auf der Erzeugungsseite und die rationelle Energienutzung auf der Verbrauchsseite zu einer Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen. Weiterhin bieten die in Deutschland entwickelten Technologien zur Energieeinsparung erhebliche Wettbewerbsvorteile im globalisierten Weltmarkt. Damit hat das Thema Energieeffizienz das Potenzial zum Allround-Talent der Energiepolitik – oder anders formuliert:

- ▶ Energieeffizienz ist zentraler Wettbewerbsfaktor und damit Standortpolitik.
- ▶ Energieeffizienz trägt zu größerer Versorgungssicherheit und Reichweite der erschöpfbaren Energieträger bei.
- ▶ Energieeffizienz ist angewandte Umweltschutzpolitik – und in diesem Sinne wohlverstanden mehr als reine Klimaschutzpolitik.

Deutschland ist gut positioniert im internationalen Vergleich

Deutschland geht mit Energie effizienter um, als dies in den meisten anderen Ländern in und außerhalb Europas geschieht. Erste vorläufige Berechnungen zum Energieverbrauch des Jahres 2008 bestätigen das erneut. Der Primärenergieverbrauch lag danach 2008 um fünf Prozent unter dem Niveau von 1990, obwohl das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel zugenommen hat.

Damit schneidet Deutschland im internationalen Vergleich relativ günstig ab. Bezogen auf die wirtschaftliche Leistung (BIP) liegt der spezifische Energieverbrauch in Deutschland mit 0,16 t Rohöleinheiten

(toe)/US-Dollar unter dem Durchschnitt der Internationalen Energieagentur (IEA) (0,19), der EU 27 (0,19) und der Welt (0,31).

In diesen Entwicklungen spiegelt sich der technologische Fortschritt bei der Energieumwandlung (z. B. höhere Wirkungsgrade in modernen Kraftwerken) ebenso wie Effizienzverbesserungen bei der Energienutzung (z. B. sparsamere Geräte und effizientere Produktionsverfahren). Aber auch der Wandel der Wirtschaftsstrukturen kommt hier zum Ausdruck. Energieintensive Industrien haben sich in den letzten Jahrzehnten vielfach in Schwellen- und Entwicklungsländern verlagert. In den hochentwickelten Industrieländern gewann dagegen der weniger energieintensive Dienstleistungssektor immer mehr an Boden.

Dabei hat der spezifische Energieverbrauch in Deutschland im Zeitablauf deutlich abgenommen, d. h. zur Erwirtschaftung eines Dollars BIP ist immer weniger Energieeinsatz erforderlich. Für den Zeitraum 1990 bis 2006 ergibt sich auf der Basis nationaler Werte eine durchschnittliche Verbesserung um 1,7 Prozent pro Jahr. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit unter den Industrienationen in der Spitzengruppe. Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum sind somit in Deutschland schon seit Jahren eindeutig entkoppelt. Wäre dies nicht der Fall, müsste Deutschland heute viele Milliarden Euro mehr für Energieimporte bezahlen, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Diese so gelungene Verringerung des spezifischen Energieaufwandes hat nicht unerheblich dazu beigetragen, dass Deutschland auch hinsichtlich der Senkung der CO₂-Emissionen im internationalen Vergleich Spitzenwerte erzielt hat. Die geringere Belastung mit Energiekosten hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland seine Position als Exportweltmeister behaupten konnte.

Die größten Potenziale liegen im Gebäudebereich

Beim Blick auf Deutschland gilt noch immer: Die größten Potenziale zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz auf der Nachfrageseite liegen im Gebäudebereich. In Deutschland gibt es knapp 19 Millionen Gebäude. Davon sind ungefähr 17,3 Mil-

lionen Wohngebäude und rund 1,5 Millionen Nichtwohngebäude. Rund drei Viertel der Gebäude wurden bis 1978, also vor dem Wirksamwerden der ersten Wärmeschutzverordnung, errichtet.

Dieser Gebäudebestand hat in Deutschland über die Heizwärme und die Warmwasserbereitung einen Anteil von rund 40 Prozent am gesamten Endenergieverbrauch. Im Bereich privater Haushalte werden sogar rund 85 Prozent des gesamten Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser verbraucht.

Zwar stieg die Quote der jährlich energetisch vollständig sanierten Gebäude, die zwischen 1900 und 1978 erbaut wurden, von 1,6 Prozent im Jahr 1994 auf 2,2 Prozent im Jahr 2006 an, was pro Jahr circa 230.000 Gebäuden entspricht. Allerdings ist das vorhandene Potenzial zur Reduzierung des Energieverbrauchs von Gebäuden nach wie vor erheblich.

Durch Modernisierung der Heizungsanlage, Erneuerung der Fenster, Wärmedämmung von Außenwänden, Kellerdecken und Dächern lassen sich nicht unerhebliche Mengen an Energie und damit auch an Wohnnebenkosten einsparen. In vielen Fällen liefert dabei die Wärmedämmung den höchsten Teilbetrag: Schon die Dämmung der Außenflächen kann den Energiebedarf eines Gebäudes um ein Drittel bis zur Hälfte senken. So ist es nicht verwunderlich, dass Experten zu dem Ergebnis kommen, dass in Deutschland bis zum Jahr 2020 Heizkosteneinsparungen von insgesamt bis zu 50 Milliarden Euro erreicht werden könnten.

BMWi ergreift Maßnahmen zur Förderung von Energieeinsparung und Energieeffizienz im Gebäudebereich

Seit fast 40 Jahren hat Deutschland Erfahrung mit Energieeinspar- und -effizienzpolitik. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat daran maßgeblichen Anteil. Hier wurden wirkungsvolle Maßnahmen entwickelt, um Energiesparen und eine effizientere Energienutzung zielgruppengerecht voranzubringen. Die Palette reicht von zahlreichen Informationsangeboten über fiskalische Anreize bis hin zu fortlaufenden Anpassungen des Ordnungsrechts.

Bestes Beispiel für das Zusammenspiel dieser Maßnahmen ist der Gebäudesektor. Schon seit fast 30 Jahren haben Programme und Verordnungen den Wärmeschutz von Gebäuden und die Effizienz von Heizungs- und Warmwasseranlagen zielstrebig verbessert. So konnte die Energieeffizienz des Gebäudebestands durch energetische Modernisierungsmaßnahmen allein von 1990 bis 2006 um circa 15 Prozent gesteigert werden. Im internationalen Vergleich weist der Gebäudebestand in Deutschland daher gute Energiebedarfswerte auf.

Der steigende Anteil kleinerer Haushalte und der zunehmende Wohnflächenkonsum werden jedoch auch in Zukunft die Nachfrage nach Raumwärme tendenziell erhöhen. Deshalb sind verstärkte Anstrengungen zum Energiesparen und die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich auch Schwerpunkte des geltenden Koalitionsvertrags der Bundesregierung. Durch den Einsatz innovativer Technologien kann ein großes wirtschaftliches Energieeinsparpotenzial erschlossen werden. Bis zu 500 Euro Energiekosten kann ein durchschnittlicher Haushalt im Jahr durch energetische Sanierungsmaßnahmen einsparen und dabei gleichzeitig die Wohnqualität und die Werthaltigkeit der Gebäude steigern. Ein geringerer Energieverbrauch der Gebäude schont damit mittelfristig den Geldbeutel der Endverbraucher.

Um diese Energieeinspar- und Effizienzpotenziale im Gebäudebereich umzusetzen, greift auch weiterhin eine Kombination aus Ordnungsrecht, umfassenden Informationen und detaillierter Energieberatung für private Verbraucher und Unternehmen sowie finanziellen Anreizen.

Ein wesentliches Element der Energieeinsparpolitik in Deutschland ist die Energieeinsparverordnung. Mit ihr hat die Bundesregierung in den letzten 30 Jahren kontinuierlich einen am Stand der Technik und der Wirtschaftlichkeit orientierten, zuverlässigen rechtlichen Rahmen für den Gebäudebereich entwickelt. Durch die jüngste Novellierung der Energieeinsparverordnung wurden insbesondere die energetischen Anforderungen an Neubauten und an wesentliche Änderungen im Gebäudebestand um durchschnittlich 30 Prozent angehoben, einzelne Nachrüstpflichten bei Anlagen und Gebäuden ausgeweitet, die langfristige und stufenweise Außer-

betriebnahme von Nachtstromspeicherheizungen in bestimmten Gebäuden beschlossen und der Vollzug der Energieeinsparverordnung durch ein Maßnahmenbündel privater Nachweispflichten gestärkt. Bei allen Neuregelungen muss jedoch immer beachtet werden, dass sie den Grundsatz der wirtschaftlichen Vertretbarkeit berücksichtigen, und den Bürgerinnen und Bürgern keine unzumutbaren Maßnahmen auferlegen.

Für eine wirksame Umsetzung der Maßnahmen im Gebäudebestand bedarf es weiterhin zusätzlich einer beratenden und finanziellen Flankierung. So fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie seit nunmehr 30 Jahren in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen die Energieberatung privater Verbraucher. Für einen Eigenbeitrag in Höhe von fünf Euro können sich die Verbraucher in bundesweit ungefähr 480 Beratungsstellen zu Fragen der sparsamen Energieverwendung im Haushalt und an Gebäuden von kompetenten und unabhängigen Fachleuten beraten lassen. Weitere Informationen gibt es auf der Webseite des Programms: www.verbraucherzentrale-energieberatung.de



Darüber hinaus fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für Gebäudeeigentümer die so genannte Vor-Ort-Beratung als eine vertiefte Individualberatung am Objekt (Gebäude/Heizung). Die Nachfrage nach qualifizierter und unabhängiger Energieberatung ist drastisch angestiegen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hatte im Mai 2008 nicht nur die Zuschüsse für

Energieberatungen in Wohngebäuden deutlich angehoben, sondern auch das Beratungsangebot um zwei Komponenten erweitert. Jetzt werden auch die Stromberatung und Thermografiegutachten gefördert. Eine Vor-Ort-Beratung wird nun mit bis zu 350 Euro einschließlich Stromeinsparberatung unterstützt. Der ausführliche Beratungsbericht im Rahmen der Vor-Ort-Beratung zeigt Hausbesitzern detailliert die in ihrem Fall sinnvollen energieeinsparenden Investitionen und beinhaltet Maßnahmenvorschläge sowie Aussagen zu deren Wirtschaftlichkeit. Die Gutachten werden von einem qualifizierten und anbieterunabhängigen Ingenieur oder einem Gebäudeenergieberater erstellt. Weitere Informationen zu den Fördermöglichkeiten finden sich unter www.bafa.de



Auch bei Nichtwohngebäuden bestehen noch erhebliche Potenziale für mehr Energieeinsparung und Energieeffizienz. Wie mehrere Studien belegt haben, fehlt es jedoch insbesondere in vielen kleinen und mittleren Unternehmen sowohl am Wissen um die bestehenden Potenziale – die neben dem Gebäudereich auch in den Produktionsprozessen der Unternehmen liegen können – als auch an den notwendigen Mitteln zur Finanzierung entsprechender Energieeinsparmaßnahmen. Hier setzt der im Februar 2008 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gemeinsam mit der KfW gestartete „Sonderfonds Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen“ an. Das Förderprogramm besteht aus zwei Bausteinen: Erstens werden mit Zuschüssen von bis zu 80 Prozent fachkundige und unabhängige Energieberatungen gefördert. Zu dieser Energie-

effizienzberatung stehen interessierten Unternehmen weitere Hinweise unter www.energieeffizienzberatung.de zur Verfügung.



Zweitens werden den Unternehmen zur Realisierung der so ermittelten Einsparpotenziale durch die KfW im Zins verbilligte Kredite zur Verfügung gestellt (ERP-Energieeffizienzprogramm). Zusätzliche Informationen zu diesem Programmteil finden sich unter www.kfw-foerderbank.de. Ziel des „Sonderfonds Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen“ ist es, kleine und mittlere Unternehmen durch niedrigere Energiekosten zu entlasten und damit ihre Wettbewerbsposition zu stärken. Das Förderprogramm ist im Jahr 2008 gut angelaufen.

Der fortlaufende Ausbau der Energieberatungsprogramme und ihre weitere finanzielle Aufstockung ist ein Eckpfeiler zur Stärkung der Verbraucher im Energiemarkt. Eine qualitativ hochwertige und anbieterunabhängig durchgeführte Energieberatung unterstützt die Endverbraucher dabei, wirtschaftlich effiziente und sinnvolle Maßnahmen zur Energie- und Kosteneinsparung umzusetzen, mit denen sie sich dauerhaft unabhängiger von hohen Energiepreisen machen. Energieberatung ist damit im besten Sinne Hilfe zur Selbsthilfe, die sich auch nachhaltig im Geldbeutel der Verbraucher bemerkbar macht.

Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW wird über Zinsverbilligungen und Tilgungszuschüsse die energetische Sanierung von Wohngebäuden sowie von Gebäuden der kommunalen

Infrastruktur gefördert. Das Programm wurde bereits in den letzten Jahren fortlaufend vereinfacht, von den Programmbedingungen her deutlich verbessert und an aktuelle Entwicklungen und Anforderungen angepasst, was auch für die Zukunft fortlaufend vorgesehen ist. So wird das Programm z. B. mit dem Inkrafttreten der Änderungen der Energieeinsparverordnung an die erhöhten energetischen Anforderungen für Gebäudesanierungen angepasst. Des Weiteren hat die Bundesregierung das Programm im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaprogramms auch über 2009 hinaus bis 2011 auf dem bisherigen finanziellen Niveau in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr finanziell verstetigt. Mit diesen Mitteln konnten allein in den Jahren 2006 und 2007 mehr als 260.000 Darlehen über rund 15 Milliarden Euro zugesagt werden, mit denen über 400.000 Wohnungen energetisch saniert werden konnten. Auch in 2008 lief das Programm äußerst erfolgreich weiter und wurde aufgrund der überaus starken Nachfrage mit Mitteln in Höhe von 500 Millionen Euro verstärkt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung auch im Rahmen ihres Maßnahmenpakets zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anstoßen. Aus diesem Grund stockt sie die Mittel insbesondere für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, aber auch für andere Maßnahmen, für die Jahre 2009 bis 2011 um insgesamt drei Milliarden Euro auf. Weitere Informationen zum CO₂-Gebäudesanierungsprogramm können Interessierte unter www.kfw-foerderbank.de abrufen.

Um insbesondere auch Kommunen in schwieriger Haushaltslage dabei zu unterstützen, dringend erforderliche energetische Sanierungsmaßnahmen bei der sozialen Infrastruktur – insbesondere in Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und Turnhallen – vorzunehmen, haben Bund, Länder und Kommunen zum 01. Januar 2008 zusätzlich zu den dafür vorgesehenen Fördermöglichkeiten im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms einen gemeinsamen Investitionspakt zur Modernisierung der sozialen Infrastruktur gestartet. Der Bund hat sich daran im Jahr 2008 mit zusätzlich 200 Millionen Euro beteiligt. Zusammen mit den Anteilen von Ländern und Kommunen in jeweils gleicher Höhe (Drittelfinanzierung) standen damit in 2008 insgesamt 600 Millionen Euro für Investitionszuschüsse bereit.

Mit diesem Gesamtvolumen des Investitionspakts kann z. B. in circa 600 Schulen oder in 1.200 Kindergärten energetisch investiert werden. Für das Jahr 2008 lagen wesentlich mehr Anträge für eine Förderung vor, als bewilligt werden konnten. Daher wird der Investitionspakt auch im Jahr 2009 fortgeführt und ebenfalls im Rahmen des Maßnahmenpakets der Bundesregierung zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung finanziell verstärkt.

Mit der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geführten Förderdatenbank des Bundes im Internet (abrufbar unter www.foerderdatenbank.de) wird u. a. auch für Energiesparen im Gebäudebereich ein vollständiger und aktueller Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union angeboten. Daneben baut die Bundesregierung auch die Öffentlichkeitsarbeit zum energiesparenden Bauen und zur energetischen Sanierung von Gebäuden kontinuierlich über die Deutsche Energie-Agentur (dena) aus.

Um Gebäude auch bei steigenden Energiepreisen effizient und wirtschaftlich nutzen zu können, unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie darüber hinaus im Rahmen seiner Energieforschung auch den Fachbereich „EnOB – Energieoptimiertes Bauen“, eine Plattform für forschungsinensive Projekte zur Energieeinsparung im Bauwesen. Ziel ist das „Gebäude der Zukunft“ mit minimalem Primärenergiebedarf und hohem Nutzerkomfort – und das bei moderaten Investitions- und deutlich reduzierten Betriebskosten. Konkret bedeutet dies für Neubauten eine Halbierung des Primärenergiebedarfs gegenüber dem heutigen Stand der Technik, aber auch grundlegende Verbesserungen bei der konsequenten energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden. Gefördert werden die Entwicklung innovativer Konzepte, Technologien und Materialien sowie ihre Erprobung in Modellprojekten. Besonders herausragende Beispiele im EnOB-Programm zeigen bereits heute den Weg zu so genannten „Nullenergie-Gebäuden“ auf. Nähere Informationen stehen unter www.enob.info zur Verfügung.

Im Mittelpunkt der aufgeführten Maßnahmen steht die gezielte Rahmensetzung und Unterstützung überall dort, wo Energieeffizienzsteigerungen wirt-

schaftlich sind, sich aber nicht von selbst über Preise und bestehende Märkte durchsetzen. Diese Strategie ist auch gesamtwirtschaftlich am effizientesten.

Beim Thema Energieeinsparung und Energieeffizienz hat Deutschland in den vergangenen Jahren bereits viel erreicht. Allerdings muss auch noch weiterhin viel getan werden, um die beträchtlichen wirtschaftlichen Potenziale für mehr Energieeinsparung und Energieeffizienz in Unternehmen, privaten Haushalten und beim Staat zu realisieren. Das entlastet die Endverbraucher durch niedrigere Energiekosten, verringert die Abhängigkeit von Importen insbesondere fossiler Energie aus dem Ausland und schon das Klima und die Umwelt. Mehr Energie-

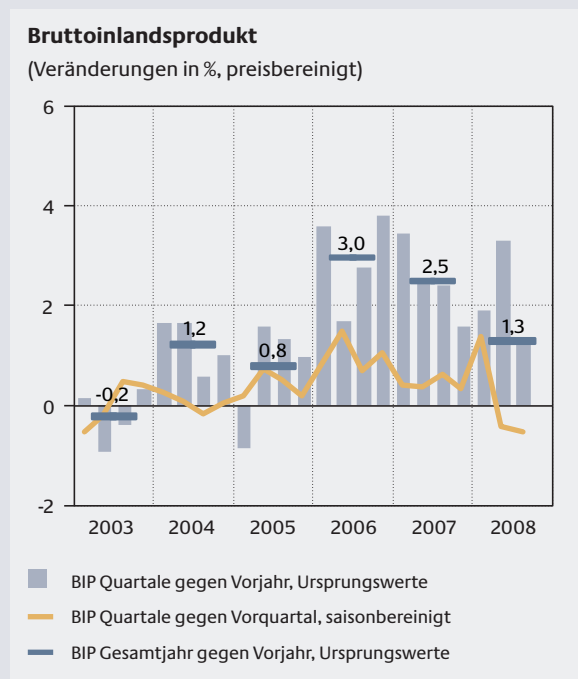
einsparung und Energieeffizienz sind somit ein Eckpfeiler zur zukünftigen Gewährleistung einer sicheren, bezahlbaren und klimaverträglichen Versorgung mit Energie. Und sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wohlstand und Wachstum in Deutschland und Europa.

Die Realisierung von Energieeinsparungen und die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich sind dabei von großer Bedeutung. Die Bundesregierung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie werden ihrer Verantwortung hier auch in Zukunft gerecht werden und die vorhandenen effektiven Instrumente fortlaufend weiterentwickeln und ausbauen.

II. Wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Der weltweite Konjunkturabschwung hat sich verstärkt. Wichtige Wirtschaftsräume wie die USA, das Vereinigte Königreich, Japan und einige Länder der Eurozone befinden sich in einer Rezession. Auch solche Schwellenländer, die sich der Abwärtsbewegung zunächst entziehen konnten, sehen sich spürbar gedämpften Wachstumsperspektiven gegenüber. Dies alles hat deutliche Spuren in der deutschen Wirtschaft hinterlassen. Insbesondere die stark exportabhängige deutsche Industrie ist in Mitleidenschaft gezogen. Die Konjunkturindikatoren deuten an, dass sich der wirtschaftliche Abschwung im vierten Quartal – nach einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um preis-, kalender- und saisonbereinigt² von 0,5% im dritten Quartal – noch einmal beschleunigt fortgesetzt hat und nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes in einer Spanne zwischen -1,5% und -2,0% liegen dürfte. Im abgelaufenen Jahr insgesamt legte die Wirtschaftsleistung daher – preisbereinigt um 1,3%³ bzw. kalenderbereinigt um 1,0% zu. Gleichzeitig erreichte die Beschäftigung mit jahresdurchschnittlich 40,35 Mio. Personen 2008 den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.



Für das aktuelle Jahr bleiben die Perspektiven zunächst stark eingetrübt. Dafür sprechen die Tiefstände wichtiger Stimmungsindikatoren. Zudem bestehen die Risiken aus den Finanzmarktverwerfungen, trotz vermehrter Anzeichen einer Stabilisierung, nach wie vor fort. Weltweit stemmen sich aber Regierungen und Zentralbanken gegen den Wirtschaftseinbruch und die Finanzmarktkrise. Die Bundesregierung hat mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ ein zweites umfangreiches Maßnahmenpaket aufgelegt. Zusammen mit dem ersten Maßnahmenpaket vom November 2008 ergibt sich ein Volumen von rund 80 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010. Verstärkt um die Wirkungen der automatischen Stabilisatoren wird dieser Impuls dazu beitragen, die negativen Folgen des globalen Konjunkturabschwungs für die deutsche Wirtschaft abzumildern und Wachstum und Beschäftigung zu stabilisieren. Darüber hinaus wirken auch die Geldpolitik und die rückläufigen Rohstoff- und Energiepreise stützend. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen ist aber kaum mit einer schnellen wirtschaftlichen Erholung zu rechnen.

Der starke Produktionsrückgang im Produzierenden Gewerbe setzt sich ungebremst fort. Die Erzeugung wurde im November preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,1% eingeschränkt, nach -1,8% im Oktober. Die Produktionsschwäche geht vor allem auf kräftige Ausfälle in der Industrie zurück. Die Industrieerzeugung büßte im November gegenüber Oktober um 3,5% und im Dreimonatsvergleich um 4,6% ein. Die Produktion im Bauhauptgewerbe schwächte sich in der Tendenz, bei einer Stabilisierung im November (+0,0%), hingegen deutlich weniger kräftig ab (Dreimonatsvergleich: -0,6%). Binnen Jahresfrist gab die Produktion arbeitstäglich bereinigt im Dreimonatsdurchschnitt in der Industrie um 4,1% und im Bauhauptgewerbe um 2,0% nach. Ein Ende der rückläufigen Entwicklung ist noch nicht in Sicht. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hat seit einem Jahr abgenommen und die vorhandenen Auftragspolster dürften stark abgeschmolzen sein. Im November gab es erneut ein kräftiges Auftragsminus von preis- und saisonbereinigt 6,0%. Im Dreimonatsver-

¹ In diesem Bericht werden statistische Daten verwendet, die bis zum 15. Januar 2009 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

³ Jahresmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2009. Die Ergebnisse für das vierte Quartal 2008 werden als Schnellmeldung am 13. Februar 2009 veröffentlicht.

gleich war eine Abnahme um 12,4% zu verzeichnen. Die Talfahrt erfolgt auf breiter Front sowohl bei den Auftragseingängen aus dem In- als auch aus dem Ausland und nahezu gleichermaßen stark bei Vorleistungs- und Investitionsgüterherstellern. Auch im Bauhauptgewerbe zeigt sich die Bestelltätigkeit schwach (Dreimonatsvergleich: -4,9%). In der Bauwirtschaft ist daher ebenfalls zunächst mit einer gebremsten Produktionstätigkeit zu rechnen. Impulse werden aber von den im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets beschlossenen Maßnahmen ausgehen. Die weiter gefallenen Stimmungsindikatoren bestätigen das insgesamt deutlich eingetrübte Bild.

Der private Konsum zeigte sich angesichts der Konjunkturschwäche in der zweiten Jahreshälfte 2008 noch vergleichsweise robust. Neben der weiterhin günstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung trug dazu die anhaltende Beruhigung des Preisauftriebs bei. Zwar gingen die Einzelhandelsumsätze im engeren Sinne (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen) im November preis- und saisonbereinigt um 0,4% zurück, nach bereits -1,3% im Oktober, ein zufriedenstellendes Weihnachtsgeschäft dürfte sich im Dezember aber positiv auf die Umsätze ausgewirkt haben. Insgesamt dürfte von den privaten Konsumausgaben vor dem Hintergrund der positiven Rahmenbedingungen im vierten Quartal noch ein leicht positiver Wachstumsimpuls ausgegangen sein.

Der Außenhandel dürfte im vierten Quartal das Wirtschaftsgeschehen deutlich negativ belastet haben. Dafür spricht die Entwicklung der Warenexporte, die im November saisonbereinigt um 10,6% einbrachen. Sie sind nunmehr auch in der Tendenz deutlich abwärts gerichtet (Dreimonatsvergleich: -3,8%). Das Niveau des Vorjahres wurde – gemessen an den Ursprungswerten – im Dreimonatsdurchschnitt erstmals um 1,3% unterschritten. Die Wareneinfuhren in jeweiligen Preisen gingen im November ebenfalls deutlich um saisonbereinigt 5,6% zurück, nach -3,7% im Oktober. Im Dreimonatsvergleich schwächten sie sich um 3,0% ab. Der Vorjahresstand wurde im Dreimonatsvergleich allerdings weiterhin mit 6,0% (Ursprungszahl) übertroffen. Die Indikatoren deuten auch ab-

sehbar auf eine schwache Entwicklung des Außenhandels hin. Mit nennenswerten Impulsen für die Gesamtwirtschaft ist erst einmal kaum zu rechnen.

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt geht zu Ende. Zwar erhöhte sich die Beschäftigung im Inland im November noch saisonbereinigt um 23.000 Personen, die Dynamik des Beschäftigungszuwachses hat sich aber spürbar abgeschwächt. Insgesamt gab es im November 40,89 Mio. Erwerbstätige (Ursprungszahl), 483.000 mehr als vor einem Jahr. Der Aufbau beruht auf dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die im Oktober binnen Jahresfrist um 511.000 zunahmen. Bei der Arbeitslosigkeit ist die negative Trendwende im Dezember erfolgt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in saisonbereinigter Rechnung erstmals seit knapp drei Jahren wieder um 18.000 Personen an. Insgesamt waren im Dezember 3,102 Mio. Personen als arbeitslos registriert, 304.000 Personen weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 7,4%. Auch deutlich gestiegene Anträge auf Kurzarbeit und eine spürbar abnehmende Einstellungsbereitschaft der Unternehmen signalisieren, dass die schwache Konjunktur immer stärker auf den Arbeitsmarkt durchschlägt.

Das Preisklima hat sich im Dezember weiter entspannt. Die Jahresteuerrate der Verbraucherpreise ging auf 1,1% zurück, nach 1,4% im November. Ursache für die Entspannung ist vor allem die Entwicklung der Energiepreise. Der Rohölpreis der Sorte Brent lag zur Monatsmitte im Januar bei rund 43 US-Dollar je Barrel, nachdem er um Weihnachten sogar auf bis zu 32 Dollar je Barrel gesunken war. Die Kernrate – also die Preissteigerungen ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel – betrug im Dezember 1,3%. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Preisindex um 0,3%. Dies war aber saisonbedingten Preisanstiegen insbesondere bei Pauschalreisen und Ferienunterkünften sowie bei Nahrungsmitteln geschuldet. Saisonbereinigt gingen die Verbraucherpreise dagegen im Dezember weiter um 0,3% zurück.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

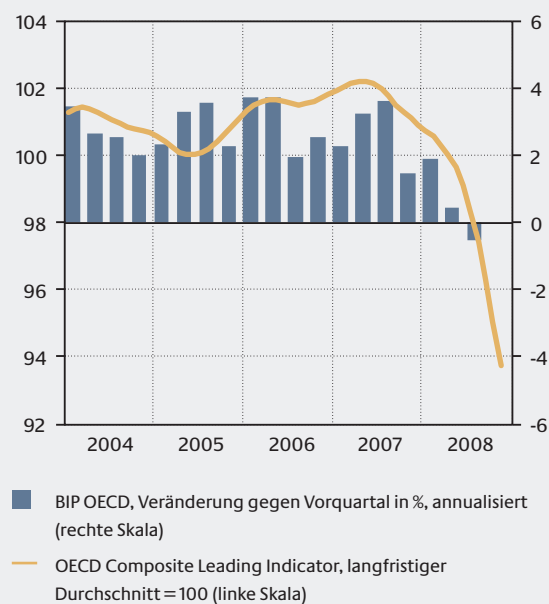
Der konjunkturelle Abschwung der Weltwirtschaft hat sich weiter fortgesetzt. Realwirtschaft und Finanzsektor sind gleichermaßen von der Krise betroffen. Die vorlaufenden Indikatoren wie z. B. der Composite Leading Indicator der OECD weisen auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Abschwächung im Jahr 2009 hin. Im November setzte dieser Indikator seinen Negativtrend fort und fiel von 95,1 Punkten im Oktober auf nun 93,7 Punkte. Dies ist sein niedrigster Stand seit April 1975. In den Schwellenländern schwächt sich die wirtschaftliche Dynamik weiter ab. Bisherige Wachstumsprognosen für China und andere Schwellenländer unterliegen erheblichen Negativrisiken. Zurzeit rechnet die OECD mit einem BIP-Wachstum von 8,0% für China und 7,3% für Indien nach zum Teil zweistelligen Raten in den Jahren zuvor. Schwellenländer sind von den Nachfrageeinbrüchen in Industriestaaten betroffen und leiden teilweise unter starken Abflüssen ausländischen Kapitals. Die Inflation ist weltweit auf dem Rückmarsch. Mit der generellen konjunkturellen Abkühlung sind vor allem die Rohstoffpreise gesunken. Der Preis für ein Barrel Rohöl der Marke Brent liegt Mitte Januar bei gut 42 US-Dollar und damit in etwa auf dem Niveau des Vormonats. Der Euro hat nach einem Zwischenhoch zum Jahresende 2008 wieder deutlicher gegenüber dem US-Dollar eingebüßt und notiert Mitte Januar bei 1,31 US-

Dollar. Der Yen hat sich nach leichten Verlusten im Dezember wieder etwas erholt und gegenüber dem US-Dollar erneute Zugewinne verzeichnet.

In den vergangenen Wochen wurden verstärkt Maßnahmenpakete zur Stützung der Realwirtschaft diskutiert und beschlossen. Die umfangreichen fiskalpolitischen Maßnahmen sollen einer lang anhaltenden Rezession entgegenwirken und Konsum und Investitionen ankurbeln. In den letzten Wochen gab es erneut teils deutliche Zinssenkungen der Zentralbanken. Das Federal Open Market Committee hatte den US-Leitzins bereits Mitte Dezember auf die historisch niedrige Spanne von 0 bis 0,25% gesenkt. Auch die Bank of Japan senkte ihre Leitzinsen um 20 Basispunkte auf 0,1%. Die Bank of England hat in einem einmaligen Schritt Zinsen auf das Rekordniveau von 1,5% gesenkt, den niedrigsten Wert in ihrer 315-jährigen Geschichte. Die Europäische Zentralbank entschied am 15. Januar, den Leitzins in der Eurozone um 50 Basispunkte auf 2,0% zu senken.

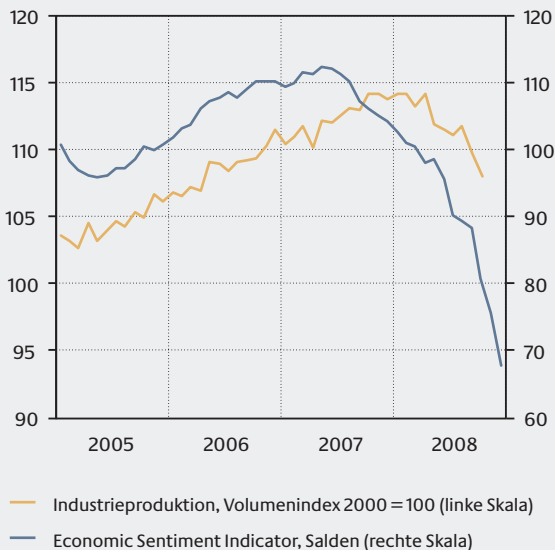
Das Bruttoinlandsprodukt in den USA ist im dritten Quartal um 0,5% zurückgegangen, nachdem es im vorangegangenen Quartal noch um 2,8% gewachsen war (jeweils auf Jahresrate hochgerechnet). Die privaten Konsumausgaben sanken im dritten Quartal um real 3,7% und trugen hierzu entscheidend bei. Die Industrieproduktion ging im November leicht zurück und lag 0,6% unter dem Vormonatswert. Die Zahl der Auftragseingänge ist im November mit -4,6% gegenüber dem Vormonat nach -5,1% im Oktober weiterhin rückläufig, ebenso wie der Geschäftsklimaindex, der im Dezember erneut zurückging und bei nur noch 32,4 Punkten lag. Die Arbeitslosenquote spiegelt diese Entwicklung wider. Sie stieg im Dezember auf 7,2% und erreicht damit einen deutlichen Jahreshöchststand und liegt mehr als 2 Prozentpunkte über der Quote vom Jahresbeginn. Das bereits sehr niedrige Verbrauchervertrauen konnte sich im Dezember nicht erholen und sank weiter von 44,7 auf 38,0 Punkte. Auch die Preise auf dem Immobilienmarkt sinken nach wie vor. Neueste Zahlen des Case Shiller Home Price Index von Oktober 2008 zeigen einen weiteren Rückgang der Immobilienpreise um 2,1% gegenüber dem Vormonat. Die Inflationsrate ist inzwischen deutlich zurückgegangen und lag im November bei nur noch 1,1%, nach noch 3,7% im Oktober.

Wachstum der OECD-Länder



Eurozone: Industrieproduktion und Economic Sentiment

(saisonbereinigt)



Japan ist inzwischen in vollem Ausmaß von der Krise betroffen. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um -0,5% im dritten Quartal weisen der japanische Frühindikator für wirtschaftliche Entwicklung (ESRI Leading Index) und der Consumer Confidence Index auf eine weiterhin schwache Aktivität hin. Sie verharren auch im November auf ihren historischen Tiefstwerten und stagnieren bei 0,0 be-

ziehungsweise bei 28,4 Punkten. Die Industrieproduktion erlebte einen deutlichen Einbruch und fiel im November gegenüber dem Vormonat um 8,1%. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich leicht eingetrübt. Im November waren 3,9% der Erwerbsbevölkerung arbeitslos, 0,2 Prozentpunkte mehr als noch im Vormonat. Die jährliche Inflation sank im gleichen Zeitraum auf 1,0%.

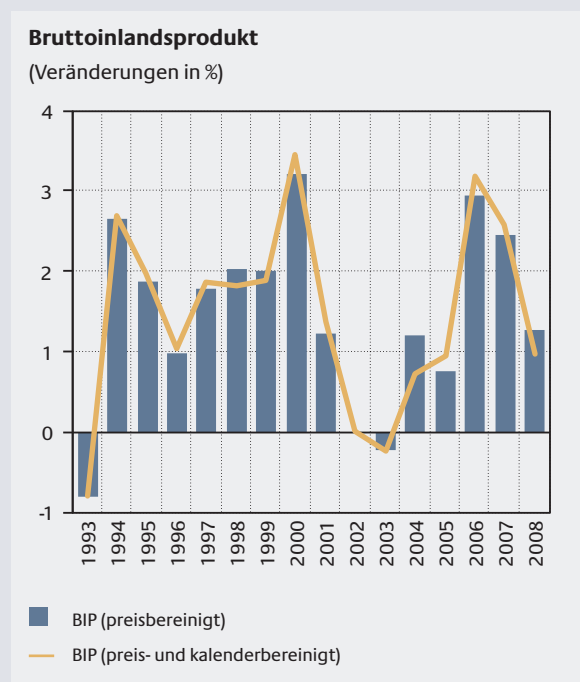
Auch der Euroraum leidet weiterhin unter einer deutlichen konjunkturellen Abkühlung. Sowohl der Economic Sentiment Indicator (ESI) als auch der Business Climate Index (BCI) der EU-Kommission sind im Dezember auf den tiefsten Stand seit ihrer Einführung 1985 gefallen. Der ESI lag im Dezember bei 67,1 Punkten und damit 7,8 Punkte unter dem Wert des Vormonats, der BCI notierte bei -3,17 Punkten nach -2,14 Punkten im November. Die Auftragseingänge im Oktober schwächten sich gegenüber dem Vormonat um 4,7% ab und lagen damit 15,1% unter dem Niveau vor einem Jahr. Die Industrieproduktion ging im November um 1,6% gegenüber dem Vormonat zurück und lag 7,7% unter Vorjahresniveau. Die Inflation in der Eurozone ist weiter rückläufig. Im Dezember ist sie erstmals seit August 2007 wieder unter das Mittelfristziel der EZB von „nahe bei, aber unter 2%“ gefallen und liegt nach einer Vorabschätzung von Eurostat bei 1,6%. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg im gleichen Zeitraum leicht auf 7,8%.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Seit dem Herbst haben sich wichtige Rahmenbedingungen für die exportabhängige deutsche Volkswirtschaft weiter eingetrübt und die Realwirtschaft merklich beeinträchtigt. Die Einschätzung der Lage der Weltwirtschaft wurde weiter nach unten korrigiert. Wichtige Staaten und Wirtschaftsräume wie die USA, Japan, der Euroraum sowie das Vereinigte Königreich sind bereits in eine Rezession geglitten. In großen Schwellenländern haben sich die Aussichten ebenfalls erheblich eingetrübt. Die Finanzmarktkrise stellt, trotz tendenzieller Beruhigung nach den weltweit umfangreichen staatlichen Eingriffen, weiterhin ein beachtliches Abwärtsrisiko dar.

Seit dem zweiten Quartal des vergangenen Jahres schwächt sich die Wirtschaftsleistung der deutschen Volkswirtschaft spürbar ab. Dieser Rückgang dürfte sich im vierten Quartal sogar noch beschleunigt fortgesetzt haben. Das Statistische Bundesamt geht in einer Einschätzung von einem preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang in einer Spanne zwischen 1,5% und 2,0% gegenüber dem Vorquartal aus.⁴



Dennoch nahm die gesamtwirtschaftliche Leistung im abgelaufenen Jahr, nicht zuletzt aufgrund des wachstumsstarken ersten Quartals, noch einmal um real 1,3% und kalenderbereinigt um 1,0%⁵ zu. Zuvor war sie im Jahr 2007 um 2,5% und im Jahr 2006 um 3,0% (Ursprungszahlen) gewachsen. Die Wachstumsimpulse kamen im abgelaufenen Jahr ausschließlich aus dem Inland. Das Wachstum wurde von den Investitionen der Unternehmen mit einem Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen einschließlich Vorratsveränderungen von 1,1 Prozentpunkten und dem Staatskonsum mit einem Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten, getragen. Die privaten Konsumausgaben stagnierten hingegen. Angesichts eines in etwa ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts, des nochmals kräftigen Aufbaus der Beschäftigung um 582.000 auf 40,35 Mio. Erwerbstätige sowie des Abbaus der Arbeitslosigkeit um 508.000 auf durchschnittlich 3,268 Mio. Arbeitslose im Jahr 2008 befindet sich die deutsche Wirtschaft aber in einer vergleichsweise soliden Ausgangslage.

Die weiteren Aussichten bleiben allerdings zunächst einmal sehr eingetrübt. Eine positive Trendwende zeichnet sich, soweit die konjunkturellen Indikatoren tragen, vorerst nicht ab. Angesichts des massiven Wirtschaftseinbruchs ist die Politik weltweit mehr denn je bestrebt, dem Abschwung entgegenzuwirken. In Deutschland war bereits ein erstes Maßnahmenpaket im November zur „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ mit einem Volumen von insgesamt rund 31 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010 beschlossen worden. Im Einklang mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom 11. und 12. Dezember 2008 hat sich die Bundesregierung Mitte Januar darauf verständigt, ein weiteres umfangreiches Konjunkturpaket als „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ mit einem Volumen von insgesamt rund 50 Mrd. Euro ebenfalls für die Jahre 2009 und 2010 zusätzlich auf den Weg zu bringen. Dies wird zusammen mit den automatischen Stabilisatoren auf der Ein- und Ausgabenseite dazu beitragen, den Abschwung zu dämpfen und die negativen Folgen für Deutschland einzudämmen. Darüber hinaus wirken auch die Geldpolitik und die rückläufigen

⁴ Die Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zum Ergebnis der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2008 ist für den 13. Februar 2009 angekündigt.

⁵ Jahresmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2009.

Rohstoff- und Energiepreise stützend. Angesichts des Ausmaßes des Abschwungs ist aber kaum mit einer schnellen wirtschaftlichen Erholung zu rechnen.

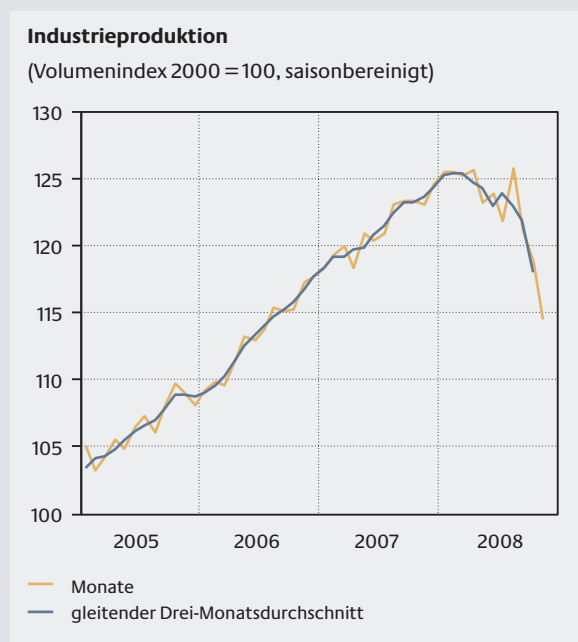
2. Produzierendes Gewerbe

Der kräftige Rückgang der Gesamterzeugung im Produzierenden Gewerbe setzt sich ungebremst fort. Dies ist nahezu ausschließlich auf die ausgesprochen schwache Entwicklung in der Industrie zurückzuführen. Von der gedämpften Produktionstätigkeit im Baugewerbe gehen allerdings ebenfalls keine stützenden Impulse aus. Die Perspektiven für die weitere Produktionstätigkeit haben sich ebenfalls stark eingetrübt. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen ist steil abwärts gerichtet und ein Ende des Abschwungs ist derzeit noch nicht in Sicht. Da angesichts der nun nahezu einjährigen Einschränkung der Bestellfähigkeit die Auftragspolster inzwischen stark abgeschmolzen sein dürften, ist in den kommenden Monaten von einer weiteren Abnahme der Industrieproduktion auszugehen. Der Rückgang der Bestellfähigkeit aus dem Ausland ist zwar tendenziell auch weiterhin stärker ausgeprägt, die Inlandsbestellungen sind aber ebenfalls stark rückläufig und ein deutliches Indiz für eine schwache Binnenkonjunktur. Auch im Bauhauptgewerbe ist die Bestellfähigkeit sehr schwach. In diesem Wirtschaftsbereich ist daher ebenfalls mit einer schwächeren Produktionsentwicklung zu rech-

nen. Die Stimmungsindikatoren unterstreichen diese derzeit stark gedrückten Einschätzungen. Die bereits deutlich unterkühlte Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im Dezember erneut kräftig eingetrübt und auch bei den Unternehmen im Bauhauptgewerbe verschlechterte sich das Geschäftsklima weiter.

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist im November vorläufigen Angaben zufolge preis-, kalender- und saisonbereinigt erneut deutlich um 3,1% zurückgegangen. Im Vormonat hatte sie aufwärts revidiert um 1,8% abgenommen. Das Produktionsniveau vor einem Jahr wurde im November mittlerweile preis- und kalenderbereinigt um 6,4% unterschritten.

Die Produktionsschwäche geht vor allem auf die anhaltend kräftige Abnahme der Industrieproduktion zurück. Diese ist den dritten Monat in Folge stark rückläufig. Im November nahm die industrielle Erzeugung saisonbereinigt um 3,5% ab, nach -2,1% im Oktober. Die vorliegenden Ergebnisse für Oktober und November weisen auf einen deutlich negativen Beitrag der Industrieproduktion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im vierten Quartal 2008 hin. Im Vergleich zum Vorjahr notierte die Industrieproduktion arbeitstäglich bereinigt zuletzt sogar um 7,0% niedriger. Der Umsatzentwicklung zufolge schwächt sich das Inlandsgeschäft inzwischen ebenso stark ab (Dreimonatsvergleich: -3,9%) wie das Auslandsgeschäft (-3,7%). Die Konjunkturschwäche macht sich innerhalb der Industrie erfahrungsgemäß zuerst in den vorgelagerten Bereichen, also bei den Herstellern von Vorleistungsgütern bemerkbar. Diese verzeichneten im November den saisonbereinigt kräftigsten Produktionsrückgang um 6,0%. Auch im Zwei- bzw. Dreimonatsvergleich zeigt die Entwicklung hier inzwischen steil nach unten (-7,6% bzw. -6,4%). Aber auch in den weiterverarbeitenden Bereichen der Industrie werden die Folgen der konjunkturellen Abschwächung mehr und mehr spürbar. Dies gilt vor allem für die Hersteller von Investitionsgütern. Sie mussten im November saisonbereinigt ein Produktionsminus von 2,2% hinnehmen, auch hier sind die Verlaufsdaten im Zwei- und Dreimonatsvergleich deutlich negativ (-5,3% bzw. -4,4%). Die Vorjahresabstände der Erzeugung bei diesen beiden wichtigsten industriellen Produzentengruppen liegen arbeitstäglich bereinigt mit zuletzt -9,0% bei den Vorleistungsgüterproduzenten und -6,7% bei den Investitionsgüterproduzenten

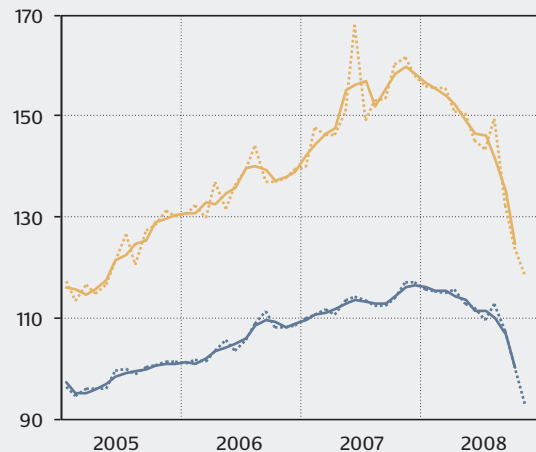


inzwischen ebenfalls deutlich im negativen Bereich. Dagegen nimmt sich die Entwicklung der Konsumgüterproduktion noch vergleichsweise stabil aus (-1,1%). Auch im Zwei- und Dreimonatsvergleich sind die Produktionsrückgänge mit -1,8% und -1,1% noch vergleichsweise moderat. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe geht angesichts der anhaltenden Produktionsschwäche beschleunigt zurück. Für das vierte Quartal 2008 ermittelte das ifo-Institut eine Auslastung von 84,5%, nach 87,0% im zweiten Quartal und 86,1% im dritten Quartal. Die Kapazitätsauslastung nähert sich damit dem langjährigen Durchschnitt von 84,1%.

Die Perspektiven für die Entwicklung der Industrieproduktion haben sich weiter stark eingetrübt. Die Industrieaufträge sind im November nochmals kräftig um saisonbereinigt 6,0% zurückgegangen und verzeichnen mit -13,1% im Zweimonats- und -12,4% im Dreimonatsvergleich derzeit zweistellige Minusraten. Die Nachfrage ist dabei auf breiter Front sowohl aus dem Inland (Dreimonatsvergleich: -10,0%) wie auch aus dem Ausland (-14,6%) eingebrochen. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen geht vor allem die Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern weiter stark zurück (Dreimonatsvergleich: -15,1% bzw. -11,0%). Dabei hat sich tendenziell auch der Abschwung der Auftragseingänge bei Konsumgütern auf -3,3%

Auftragseingang in der Industrie – Inland/Ausland

(Volumenindex 2000 = 100, saisonbereinigt)



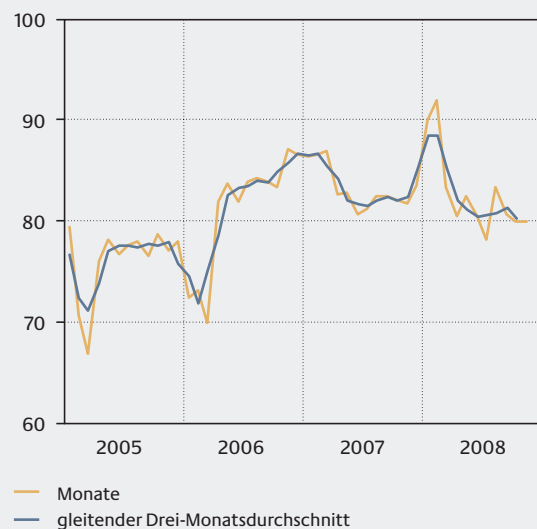
- - - - - Ausland, Monate
 - - - - - Ausland, gleitender Drei-Monatsdurchschnitt
 - - - - - Inland, Monate
 - - - - - Inland, gleitender Drei-Monatsdurchschnitt

verstärkt. Die Vorjahresstände des Ordervolumens wurden im November – gemessen an den Ursprungszahlen – bei allen Produzentengruppen in der Industrie äußerst stark unterschritten (Vorleistungsgüterproduzenten: -24,4%; Investitionsgüterproduzenten: -31,9%; Konsumgüterproduzenten: -11,0%).

Die weitere Abschwächung wichtiger Klimaindikatoren deutet ebenfalls auf eine sich fortsetzende ausgeprägte konjunkturelle Schwächephase hin. Das ifo-Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe ging im Dezember weiter sprunghaft auf -40,2 Saldenpunkte zurück, nach -29,5 Saldenpunkten im November. Vor allem die Lageeinschätzung, aber auch die Erwartungen wurden zurückgenommen. Angesichts der belastenden Faktoren aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld schwächten sich dabei insbesondere auch die Exporterwartungen der Unternehmen weiter deutlich ab. Auch der seit April 2008 in ununterbrochener Folge rückläufige Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe setzte im Dezember seine Talfahrt fort.

Produktion im Bauhauptgewerbe

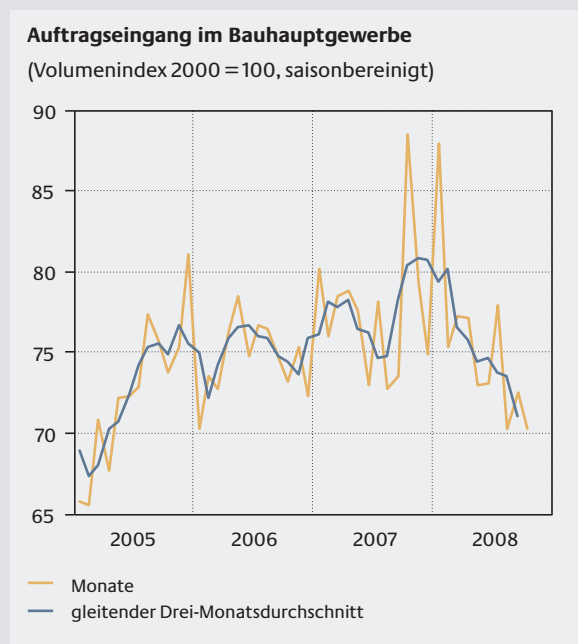
(Volumenindex 2000 = 100, saisonbereinigt)



Im Bauhauptgewerbe ist die Erzeugung im saisonbereinigten Verlauf – bei zum Teil deutlichen Schwankungen – derzeit allenfalls leicht abwärts gerichtet. So stagnierte die Bauproduktion im November saisonbereinigt (0,0%), ging im Zweimonatsvergleich um 2,4% zurück und schwächte sich im Dreimonats-

vergleich leicht um -0,6% ab. Die Vorjahresstände werden aktuell spürbar unterschritten; im November fielen sie arbeitstäglich bereinigt um -1,9%.

Die Nachfrage nach Bauleistungen schwächte sich weiter ab. Im Oktober gingen die in den Einzelmonaten mitunter stark schwankenden Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe saisonbereinigt um 3,0% zurück. Auch im Zwei- und Dreimonatsvergleich zeigt sich die Nachfrage mit -3,6% bzw. -4,9% inzwischen deutlich abwärts gerichtet. Eine stark rückläufige Tendenz hatte das Ordervolumen vor allem im Tiefbau, während die Bestelltätigkeit im Hochbau noch zunahm. Angesichts der ungünstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen hat sich an der stark



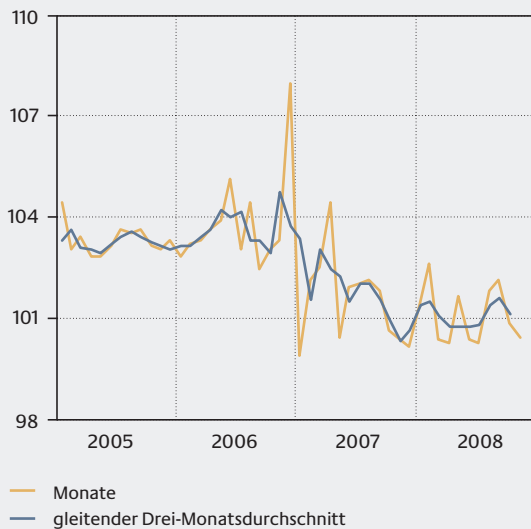
unterkühlten Stimmung im Baugewerbe im Dezember wenig geändert. Die Urteile zur aktuellen Geschäftslage nahmen die Unternehmen im Bauhauptgewerbe zuletzt weiter leicht zurück und die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate konnten sich kaum nennenswert von ihrem Tiefstand im November erholen. Die Aussichten für den Bau bleiben damit weiter sehr gedämpft. Impulse dürfte der Bau von den im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets beschlossenen Maßnahmen erhalten.

3. Privater Konsum

Der private Konsum zeigt sich angesichts der zunehmenden Konjunkturschwäche in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bislang vergleichsweise robust. Eine günstige Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung und ein spürbarer Kaufkraftgewinn durch deutlich rückläufige Energiepreise sorgten im dritten Quartal wieder für einen leichten Anstieg der privaten Konsumausgaben um preis- und saisonbereinigt 0,3%. Der private Konsum stützte damit die ansonsten bereits schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Auch im vierten Quartal dieses Jahres dürften vom privaten Konsum leicht positive Impulse ausgegangen sein. Die Einzelhandelsumsätze tendierten bis November zwar wieder schwächer. Die Umsätze im engeren Sinne, also ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen, die für knapp ein Drittel der privaten Konsumausgaben als Indikatoren dienen, schwächten sich im Zweimonatsvergleich (Oktober/November gegenüber August/September) um 1,3% ab. Angesichts eines vermutlich insgesamt recht zufriedenstellenden Weihnachtsgeschäfts dürften die Umsätze im Dezember aber günstiger ausgefallen sein. Auch der Absatz von Personenkraftwagen, gemessen an der Zahl der privaten Neuzulassungen, ist im Dezember saisonbereinigt deutlich angestiegen. Der Regierungsbeschluss zur befristeten Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer beim Kauf eines Neuwagens dürfte hierzu beigetragen haben. Im gesamten vierten Quartal blieben die privaten Neuzulassungen gegenüber dem Vorquartal dennoch rückläufig. Die noch bis in das vierte Quartal des vergangenen Jahres günstigen Rahmenbedingungen für den privaten Konsum, wie der bis November noch anhaltende Beschäftigungsaufbau und die positive Einkommensentwicklung, sprechen für eine zumindest stabile Konsumententwicklung.

Die weiteren Perspektiven für den privaten Konsum bleiben angesichts der sich zunehmend eintrübenden Konjunktur verhalten. Der Beschäftigungsaufbau klingt aus und bei der Arbeitslosigkeit ist im Dezember die Trendwende eingetreten. Das Geschäftsklima im Einzelhandel hatte sich zuletzt wieder spürbar abgekühlt. Dies war insbesondere auf die kräftig zurückgenommenen Geschäftserwartungen für die

Einzelhandelsumsatz (ohne KFZ und Tankstellen)
(Volumenindex 2000 = 100, saisonbereinigt)



kommenden sechs Monate zurückzuführen. Das Konsumklima der Verbraucher für den Januar hatte sich laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vom Dezember auf leicht überdurchschnittlichem Niveau stabilisiert. Bei geringfügig sinkenden Einkommenserwartungen war eine etwas höhere Anschaffungsneigung zu verzeichnen. Die Konjunkturerwartungen der Verbraucher fielen dabei allerdings auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen werden sich dagegen positiv auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auswirken und den privaten Konsum stützen.

4. Außenwirtschaft

Der Abschwung der Weltwirtschaft schlägt sich im deutschen Außenhandel deutlich nieder. Im November brachen die Ausfuhren regelrecht ein. Auch die Einfuhren gehen angesichts der gedämpften Binnennachfrage sowie rückläufiger Einfuhrpreise zurück. Die Indikatoren deuten auf eine fortgesetzt schwache Entwicklung des Außenhandels hin. Mit positiven Impulsen ist absehbar kaum zu rechnen.

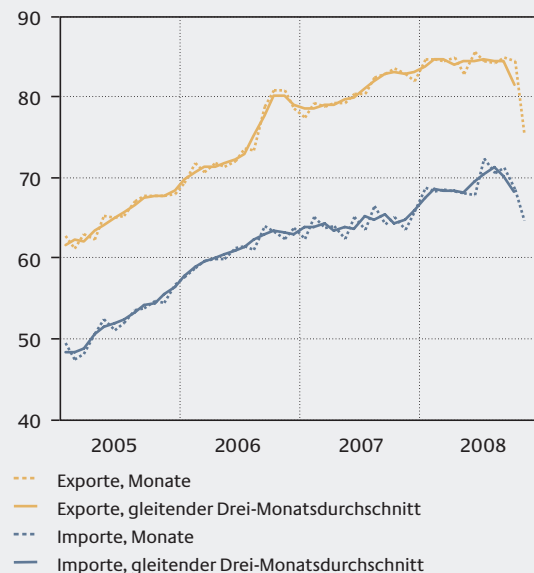
Die Warenausfuhren gingen im saisonbereinigten Verlauf im November um 10,6% zurück, nach einer leichten Abschwächung von -0,6% im Vormonat. In der Tendenz sind die Exporte nach zuvor stabiler

Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf nun deutlich abwärts gerichtet. Sie gingen im Zwei- bzw. Drei-monatsvergleich zuletzt um 5,5% bzw. um 3,8% zurück. Die preisbereinigten Ausfuhren, für die nur um einen Monat verzögerte Daten vorliegen, schwächten sich zuletzt im Oktober um 0,8% ab. Sie werden aber der Entwicklung der nominalen Ausfuhren folgen. Ihren Vorjahresstand unterschritten die Ausfuhren in jeweiligen Preisen im Oktober/November erstmals um 5,2% (Ursprungswerte). Nach regionaler Untergliederung entwickelten sich die Exporte in die EU-Länder mit einem Rückgang im November um 14,0% gegenüber dem Vorjahresmonat weiterhin deutlich schwächer als die in Ausfuhren in Drittländer, die um 7,8% abnahmen.

Die weiteren Aussichten bleiben sehr gedämpft. Die konjunkturellen Perspektiven der Industrie-, aber auch der Schwellen- und Entwicklungsländer haben sich weiter eingetrübt. Der IWF schätzt in seiner Prognose das Weltwirtschaftswachstum im Jahr 2009 nur noch auf +2,2%. Die Weltbank rechnet sogar nur mit einem Wachstum von 0,9%. Die OECD geht für 2009 von einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts der OECD-Länder von 0,4% aus. Wichtige aktuelle Indikatoren für die Entwicklung der Weltwirtschaft, wie der OECD Composite Leading Indicator und der Indikator des ifo World Economic Survey

Außenhandel mit Waren

(Werte in Milliarden Euro, saisonbereinigt)



sind bis zuletzt weiter deutlich abwärts gerichtet. Insgesamt dürfte damit das außenwirtschaftliche Umfeld zusehends schwieriger werden. Zwar notiert der Euro wieder niedriger als seit Mitte des Jahres. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – gemessen am realen effektiven Wechselkurs des Euro gegenüber den 22 wichtigsten Handelspartnern – hat sich im November weiter verbessert und liegt gegenüber dem Höchststand Mitte des Jahres 2008 um rund 5 % günstiger. Der Zugewinn an Wettbewerbsfähigkeit geht jedoch einher mit trüberen Konjunkturaussichten der wichtigen Handelspartner. Das Volumen der Industriaufträge aus dem Ausland ist angesichts dessen in den letzten beiden Monaten saisonbereinigt eingebrochen und ging saisonbereinigt im Zweimonatsvergleich zuletzt um 14,0 % zurück. Vor diesem Hintergrund haben sich auch die ifo-Exportenerwartungen für das Verarbeitende Gewerbe im Dezember noch einmal kräftig auf -29,8 Saldenpunkte verschlechtert (November: -20,2). Die deutschen Warenexporte dürften in den nächsten Monaten daher weiter schrumpfen.

Die Wareneinfuhren in jeweiligen Preisen nahmen im November saisonbereinigt um 5,6 % ab, nachdem sie im Monat zuvor bereits um 3,7 % zurückgegangen waren. Nach der im bisherigen Jahresverlauf noch recht lebhaften Importentwicklung schwächt sich damit die Entwicklung der Einfuhren tendenziell ebenfalls ab. Im Zweimonatsvergleich gingen die Einfuhren zuletzt um 5,9 % und im Dreimonatsvergleich um 3,0 % zurück. Die Entwicklung ist neben der gedämpften Binnennachfrage und der rückläufigen Nachfrage nach Vorleistungen für Exportgüter auch auf den zuletzt starken Rückgang der Einfuhrpreise zurückzuführen, die im Oktober um 3,6 % und im November um 3,4 % gegenüber dem Vormonat abnahmen. Die um einen Monat verzögert vorliegenden preisbereinigten Importe gingen daher von September auf Oktober saisonbereinigt lediglich um 0,4 % zurück. Ihren Vorjahresstand überschritten die Einfuhren – gemessen an den Ursprungswerten – im Oktober/November nur noch um 2,2 %.

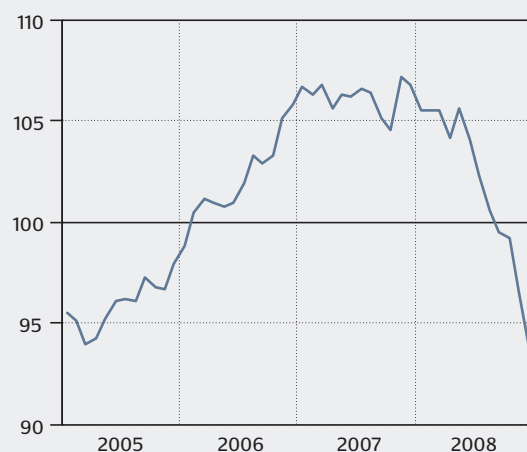
Der Überschuss in der Handelsbilanz betrug im November 9,7 Mrd. Euro. Er lag damit um 9,7 Mrd. Euro niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Kumuliert bis November 2008 wies die Handelsbilanz einen Überschuss von 169 Mrd. Euro aus. Gegenüber

dem Vorjahr war dies eine Abnahme um 16 Mrd. Euro. Der Leistungsbilanzüberschuss ist in der Tendenz ebenfalls rückläufig. Die Leistungsbilanz verzeichnete im November 2008 einen Überschuss von 8,6 Mrd. Euro, dies waren 11,1 Mrd. Euro weniger als im November 2007. Der kumulierte Leistungsbilanzüberschuss – Januar bis November – betrug 148 Mrd. Euro und damit 16 Mrd. Euro weniger als im Vorjahreszeitraum.

5. Arbeitsmarkt

Der konjunkturelle Abschwung macht sich zunehmend am Arbeitsmarkt bemerkbar. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich zwar bis im November noch fort, schwächte sich aber deutlich ab. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Zahl der Kurzarbeiter erheblich zunimmt. Auch die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen lässt weiter spürbar nach. Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist im Dezember die negative Trendwende bereits eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich erstmals in saisonbereinigter Rechnung wieder. Dabei haben eine Reihe von Sondereinflüssen wie die Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes und der anhaltende Rückgang des Arbeitskräfteangebots entlastend gewirkt. Zudem federn viele Unternehmen die derzeitige Auftragsflaute durch Sonderurlaub oder im Rahmen von Arbeitszeitkonten ab. Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt bleiben angesichts der sich fortsetzenden konjunkturellen Schwäche erheblich eingetrübt.

ifo-Beschäftigungsbarometer
(Index 2000 = 100, saisonbereinigt)

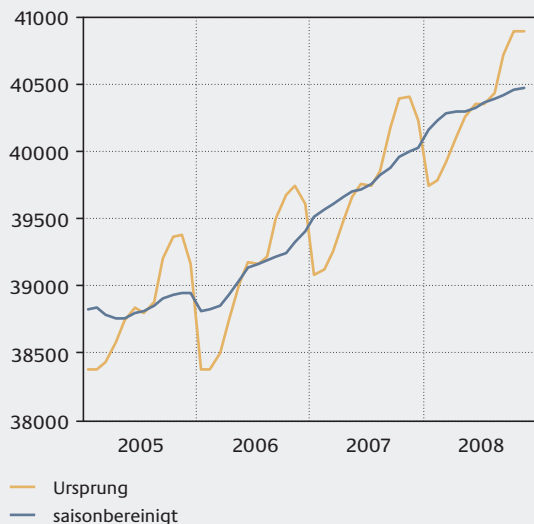


Im Gesamtjahr 2008 lag die Zahl der Erwerbstätigen mit 40,35 Mio. um 582.000 über dem Vorjahresstand. Dies war der höchste Stand der Beschäftigung seit der Wiedervereinigung. Der im Verlauf des Jahres erfolgte Beschäftigungsaufbau klingt allerdings aus. Die Erwerbstätigkeit nahm im November saisonbereinigt zwar noch zu, mit einem Zuwachs von 23.000 Personen gegenüber dem Vormonat war der Beschäftigungsaufbau aber schwächer als im Durchschnitt der vergangenen sechs Monate (+27.000). Nach den Ursprungszahlen (Inlandskonzept) ging die Erwerbstätigkeit jahreszeitlich bedingt geringfügig um 4.000 auf zuletzt 40,89 Mio. Personen zurück. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat erhöhte sie sich um 483.000 (Oktober: +503.000). Der Rückgang der Vorjahresabstände setzt sich damit fort. Dabei hat die Entlastung durch Kurzarbeit im November erheblich zugenommen. Dies signalisieren die Anträge auf Kurzarbeit, die als potenzielle Zugänge zu interpretieren sind. Im November lagen insgesamt 164.000 Anzeigen für Kurzarbeiter vor, 107.000 mehr als im Vormonat. Die Bestandszahlen zur Kurzarbeit, die aktuell nur bis zum Berichtsmonat September vorliegen, weisen 50.000 Kurzarbeiter aus, 11.000 mehr als im Vormonat.

Andere Formen der Erwerbstätigkeit haben sich im Vorjahresvergleich nur wenig verändert. Die Zahl der Selbstständigen – einschließlich mithelfender Fa-

Erwerbstätige (Inlandskonzept)

(in 1000)

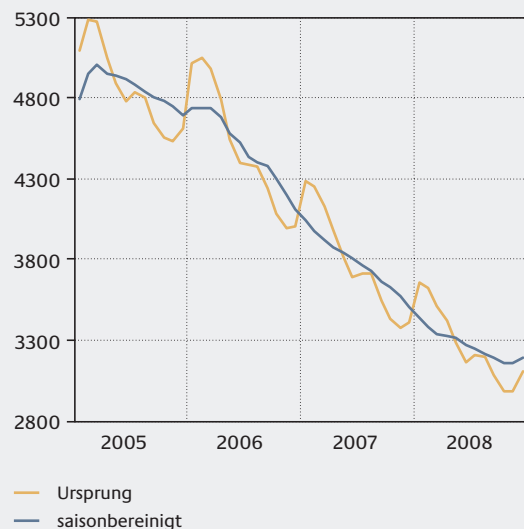


milienangehöriger – nahm im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 8.000 auf 4,47 Mio. zu. Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren zuletzt im Oktober 4,86 Mio. Personen, 23.000 weniger als im Vorjahr. In Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1-Euro-Jobs) waren nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Oktober 300.000 Empfänger von Arbeitslosengeld II beschäftigt, 2.000 weniger als ein Jahr zuvor.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wurde damit weiterhin vor allem durch die Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gestützt. Diese hat sich nach ersten Schätzungen der BA im Oktober im Vorjahresvergleich um 511.000 auf 28,02 Mio. Personen erhöht. Im saisonbereinigten Verlauf stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Oktober allerdings deutlich weniger stark an (+17.000) als in den vergangenen sechs Monaten (+30.000).

Arbeitslose

(in 1000)



Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde im Vorjahresvergleich in den meisten Branchen erhöht. Kräftige Beschäftigungszuwächse verzeichneten zum Stand Oktober vor allem die unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen auch die Arbeitnehmerüberlassungen zählen (+148.000). Darüber hinaus trug auch noch das Verarbeitende

Gewerbe deutlich zum Beschäftigungsaufbau bei (+99.000). Im Gesundheits- und Sozialwesen gab es 93.000 mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im Bereich Erziehung und Unterricht ein Plus von 36.000 und bei den sonstigen Dienstleistungen +34.000. Leichte Beschäftigungsverluste gab es unter anderem in der Bauwirtschaft (-6.000).

Die Nachfrage nach Arbeitskräften geht zurück. Das gemeldete offene Stellenangebot nahm von November auf Dezember saisonbereinigt um 9.000 ab. Die Zahl der ungeforderten „normalen“ sozialversicherungspflichtigen Stellen, die die Marktentwicklung besser widerspiegeln, verringerte sich um 11.000. Der Bestand an offenen Stellen ging im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 42.000 auf 503.000 zurück. Der Stellenindex BA-X der BA⁶, der alle der BA bekannten Informationen zur Stellennachfrage zusammenfasst, nahm von November auf Dezember weiter um 5 Punkte auf 154 Punkte ab (2004=100). Er lag um 21 Punkte unter der Kräfteachfrage im Vorjahr. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot entsprechend den vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) durchgeführten repräsentativen Betriebsbefragungen lag im dritten Quartal 2008 bei 998.000 Stellen. 829.000 Stellenangebote richteten sich auf den ersten Arbeitsmarkt, 22% weniger als im Vorjahr. Die Meldequote dieser Stellen bei der BA lag bei 50%. Auch der anhaltende Rückgang des ifo-Beschäftigungsbarometers deutet auf eine deutlich nachlassende Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hin.

Der kräftige Beschäftigungsaufbau im Jahr 2008 und ein sinkendes Arbeitskräfteangebot haben die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr unter den letzten Tiefstand im Jahr 2001 sinken lassen. Mit 3,268 Personen im Jahresdurchschnitt 2008 waren 508.000 Arbeitslose weniger registriert als im Vorjahr. Nach deutlich rückläufiger Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres ist im Dezember nun die Wende erfolgt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist von November auf Dezember saisonbereinigt erstmals wieder um 18.000 angestiegen, nachdem sie im November noch

um 4.000 abgenommen hatte. In den letzten sechs Monaten war die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit um durchschnittlich 24.000 zurückgegangen. Insgesamt lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen zuletzt bei 3,102 Mio. Gegenüber November war dies ein auch für die Jahreszeit außerordentlich starker Anstieg um 114.000 Personen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat lag die Arbeitslosigkeit im Dezember um 304.000 Personen niedriger. Auch bei der Arbeitslosigkeit haben sich die Vorjahresabstände damit weiter verringert. Wie die Anzeigen zur Kurzarbeit signalisieren, hat am aktuellen Rand der deutliche Anstieg der Kurzarbeit die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen beeinflusst. Darüber hinaus hat das rückläufige Arbeitskräfteangebot entlastend gewirkt. Nach Schätzungen des IAB hat das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2008 um durchschnittlich 76.000 Personen abgenommen. Dies wird allerdings dadurch kompensiert, dass das Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Sonderregelungen für Ältere Ende 2007⁷ die Arbeitslosigkeit im bisherigen Jahresverlauf um durchschnittlich ca. 10.000 Personen pro Monat erhöht haben dürfte. Auch der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wirkte – ohne Berücksichtigung der Kurzarbeit – zuletzt per saldo weniger entlastend.

Die Zahl der Erwerbslosen (Inländerkonzept) in der Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) lag im November bei 3,08 Mio. Personen. Sie hat sich gegenüber dem Vormonat nicht nennenswert verändert. Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote blieb bei 7,1%.

6. Preise

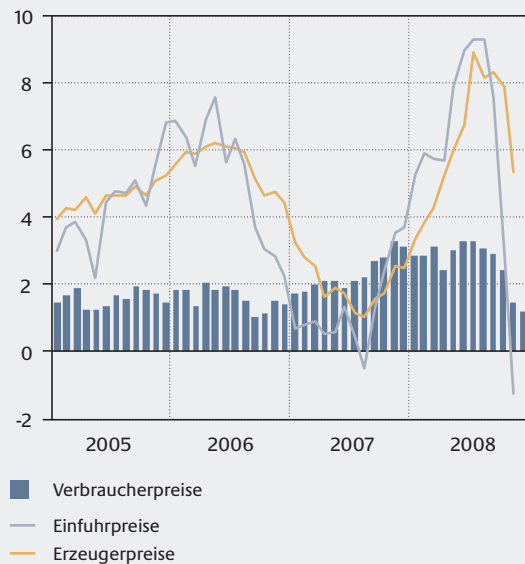
Das Preisklima in Deutschland hat sich weiter beruhigt. Die Verbraucherpreise lagen im Dezember nur noch 1,1% über ihrem Vorjahresniveau. Auch auf den vorgelagerten Stufen der Einfuhrpreise, der Erzeugerpreise und der Großhandelspreise bildete sich die Preisdynamik – gemessen an den Jahresraten – weiter zurück. Ursache sind weiterhin in erster Linie die Entwicklungen bei den Energiepreisen. Der Rohölpreis für ein Barrel der Sorte Brent, der bis Anfang Juli die-

6 Der Stellenindex wurde im November auf eine neue Berechnungsbasis gestellt. Grundlage für die Berechnung bilden die gemeldeten Stellen für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die der BA aus der privaten Arbeitsvermittlung gemeldeten Stellen sowie die Stellen für Freiberufler und Selbständige.

7 Personen über 58 Jahre, die Lohnersatzleistungen beziehen, werden nun zunächst als Arbeitslose registriert.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



ses Jahres auf eine neue Höchstmarke von rund 145 US-Dollar angestiegen war und im Zuge der globalen konjunkturellen Abschwächung bis Weihnachten 2008 auf rund 32 US-Dollar gefallen war, notiert Mitte Januar bei rund 43 US-Dollar. Die Preiserwartungen haben sich sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Verbrauchern merklich beruhigt. Dämpfende Basiseffekte werden dazu beitragen, dass es aus heutiger Sicht bis einschließlich Juli dieses Jahres in der Tendenz zu einer weiteren Abnahme der Jahresraten der Verbraucherpreise kommt.

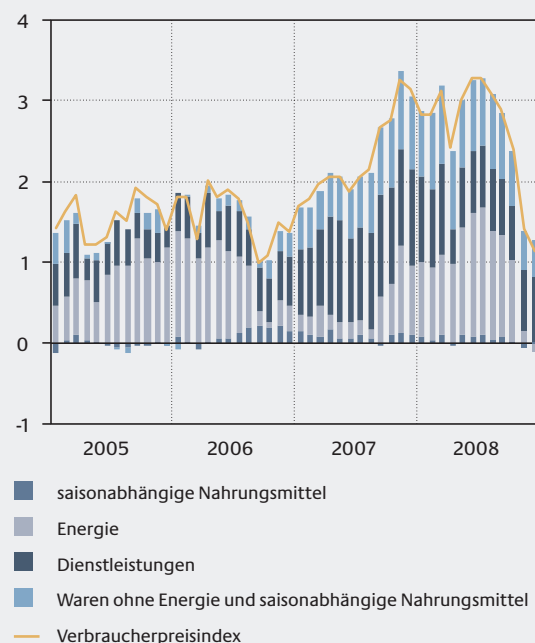
Die Einfuhrpreise gehen seit September 2008 zurück. Im November lagen sie gegenüber dem Vormonat noch einmal deutlich um 3,4% niedriger, nach -3,6% im Oktober. Die Einfuhrpreise, deren Jahressteuerungsraten mit +9,3% jeweils im Juli und August ihr Maximum erreicht hatten, unterschritten damit im November erstmals wieder ihr Vorjahresniveau um 1,3%. Ausschlaggebend war vor allem die Entwicklung bei den Energieträgern, deren Preise gegenüber dem Vorjahr um 10,6% zurückgingen. Ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse lagen die Einfuhrpreise im November um 3,2% über dem Vorjahresstand. Die Ausfuhrpreise erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr zuletzt um 1,0%.

Der Preisauftrieb bei den Erzeugerpreisen für gewerbliche Produkte hat seinen Höhepunkt ebenfalls im vergangenen Sommer überschritten. Im November nahmen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vormonat sogar um 1,5% ab. Gegenüber dem Vorjahr lagen sie damit nur noch um 5,3% höher, nach einer Jahresrate von noch 8,9% im Juli 2008. Ausschlaggebend für die Preisberuhigung ist ebenfalls die Entwicklung im Bereich Energie. Die Energiepreise sind auch auf der Erzeugerstufe seit Juli 2008 tendenziell rückläufig und gingen im November nochmals gegenüber dem Vormonat um 3,3% zurück. Ohne Energie lagen die Erzeugerpreise im November um 2,1% höher als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise hat sich in der Grundtendenz weiter beruhigt. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Preisindex zwar um 0,3%, dies war aber saisonbedingten Preissteigerungen insbesondere bei Pauschalreisen und Ferienunterkünften sowie bei Nahrungsmitteln geschuldet. Saisonbereinigt nahmen die Verbraucherpreise dagegen weiter um 0,3% ab. Die Jahresteuerrate bil-

Verbraucherpreise – Beiträge der Komponenten

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten)

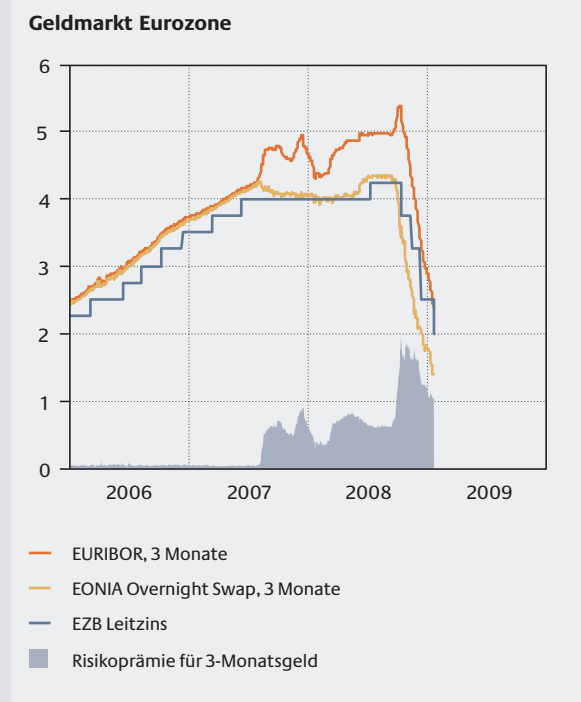


dete sich von 1,4% im November auf 1,1% im Dezember weiter zurück. Die Kerninflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel, sank im Dezember auf +1,3%. Die Jahresrate der Verbraucherpreise hat sich seit ihrem Höhepunkt im Juni und Juli mit jeweils +3,3% erheblich zurückgebildet. Der Rückgang dürfte sich in der Tendenz weiter fortsetzen, da bis Juli 2009 trendbereinigt noch negative Basiseffekte von kumuliert gut einem Prozentpunkt entlastend wirken.

Ausschlaggebend für die Preisentwicklung sind weiterhin die Energiepreise. Neben einer spürbaren Abnahme der Preise für Kraftstoffe um 7,3% gegenüber dem Vormonat sorgte auch der Rückgang der Heizölpreise um 20,4% für Entspannung. Erhöhend wirkten aktuell vor allem die stark saisonabhängigen Preise für Pauschalreisen (+19,8%) und Beherbergungsdienstleistungen (+22,1%) sowie saisonabhängige Nahrungsmittel (+4,2%). Von den Nahrungsmitteln insgesamt geht dagegen kein übermäßiger Preisdruck mehr aus. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich zuletzt um 1,9%. Die Energiepreise lagen im Dezember erstmals unterhalb ihres Vorjahresniveaus (-0,9%). Während Gas gegenüber dem Stand vor einem Jahr um 22,5%, Fernwärme um 16,2% und Strom um 6,1% teurer waren, verbilligten sich leichtes Heizöl um 21,4% und Kraftstoffe um 14,9%.

7. Monetäre Entwicklung

Die globalen Finanzmärkte sind nach wie vor einem erheblichen Belastungstest ausgesetzt. Die weltweit aufgelegten staatlichen Rettungsmaßnahmen und die umfangreichen Liquiditätsspritzen der Zentralbanken tragen zur Stabilisierung bei. Auch bilden sich die Liquiditäts- und Risikoaufschläge am Interbankenmarkt im Berichtszeitraum (Mitte Dezember bis Mitte Januar) weiter leicht zurück. Die Anspannung an den Märkten ist aber nach wie vor beträchtlich. Das Übergreifen der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft und die daraus resultierenden Rückkoppelungsprozesse kommen zu dem weiterhin bestehenden Wertberichtigungsbedarf im Finanzsektor selbst hinzu. Die Geldpolitik ist weltweit auf einen stark expansiven Kurs eingeschwenkt. In wichtigen Wirtschaftsräumen (USA, Vereinigtes Königreich, Japan) befinden sich die Leitzinsen nahe dem oder



auf dem historischen Tiefstand. Die EZB hat ihren Referenzzinssatz am 15. Januar 2009 um weitere 50 Basispunkte auf 2,0% gesenkt. Am Anleihenmarkt hielt die Flucht in sichere Anlagen, insbesondere in sichere Staatspapiere, vor dem Hintergrund deutlich schlechterer Wirtschaftsaussichten weiter an. Die Renditen bildeten sich noch einmal zurück. Derzeit rentieren Staatspapiere in der Eurozone nur bei knapp drei und in den USA bei deutlich unter drei Prozent. Die internationalen Aktienmärkte gaben, nach zwischenzeitlichen Kursgewinnen zum Jahresende 2008, zuletzt ebenfalls wieder deutlicher nach.

Die Lage auf dem europäischen Geldmarkt hat sich weiter leicht stabilisiert. Vor dem Hintergrund gesunkener Leitzinsen gab der Zinssatz für Dreimonatsgeld (Dreimonats-EURIBOR) im Berichtszeitraum um 73 Basispunkte auf 2,5% zur Monatsmitte im Januar nach. Der Abstand des Dreimonats-EURIBOR zum EONIA-Swapsatz mit derselben Laufzeit, der die Liquiditäts- und Risikoprämie abbildet, blieb zwar mit 105 Basispunkten zum 15. Januar beträchtlich, nahm aber im Vergleich zum Vormonat ab. Auch der TED-Spread, die Differenz zwischen dem Dreimonats-EURIBOR und gleichlaufenden Staatspapieren, bildete sich merklich zurück. Am US-Geld-

markt gingen die dreimonatigen Interbankenzinsen (Dreimonats-BBA LIBOR) ebenfalls deutlich um 79 Basispunkte auf 1,1% zurück. Die amerikanische Notenbank FED hatte bereits am 16. Dezember ihren Leit-zins auf eine Spanne von 0% bis 0,25% abgesenkt. Der Aufschlag für unbesichertes Dreimonatsgeld zum besicherten Dreimonats-Overnight-Swapsatz gab um 65 Basispunkte auf 90 Basispunkte nach. Der Abstand der Kurzfristzinsen zwischen der Eurozone und den USA erhöhte sich von Mitte Dezember bis Mitte Januar leicht und liegt aktuell bei 142 Basispunkten zugunsten des Euroraums.

Angesichts schlechter Konjunkturaussichten und einer anhaltenden Flucht in Anlagen mit geringerem Risiko gaben die Renditen von Staatspapieren im Berichtszeitraum bis zum Jahresende 2008 weiter kräftig nach. Im Euroraum rentierten 10-jährige Staatspapiere zum Jahresschluss mit 2,9% erstmals unter 3 Prozent. Sie notierten – nach einer zwischenzeitlichen Erholung zu Jahresbeginn – auch zur Monatsmitte im Januar auf diesem Niveau. Das sind noch einmal 30 Basispunkte weniger als vor einem Monat. Auch in den USA setzte sich der Renditerückgang bei Staatspapieren bis zum Jahresende nahezu umgebremst fort. 10-jährige US-Treasuries erzielten am 30. Dezember 2008 noch eine Rendite von 2,1%, ebenfalls 30 Basispunkte weniger als im Vormonat. Seitdem erholten sie sich jedoch wieder geringfügig auf 2,2% zum 15. Januar 2009. Die Renditedifferenz zwischen dem Euroraum und den USA liegt aktuell bei 67 Basispunkten und damit leicht über dem Stand von vor einem Monat.

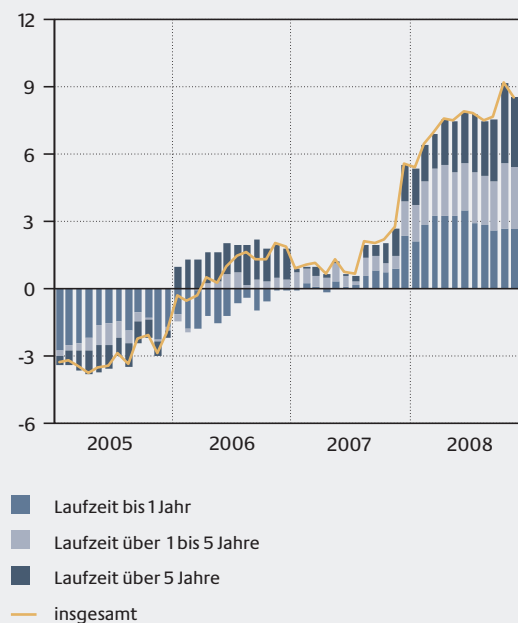
Am Markt für Unternehmensanleihen zeichnete sich im Berichtszeitraum eine Entspannung ab. Die Renditen für Anleihen mittlerer Bonität (so genannte BBB-Anleihen) gingen von Mitte Dezember auf Mitte Januar im Euroraum deutlich um 66 Basispunkte auf 6,7% zurück. Der Renditespread zu sicheren Staatsanleihen hat sich damit tendenziell verringert und liegt aktuell noch bei 383 Basispunkten. Dies ist zwar deutlich weniger als vor einem Monat und deutlich weniger als der bisherige Höchststand von 462 Basispunkten zum Jahresende 2008, die Risikobereitschaft der Marktteilnehmer bleibt allerdings begrenzt. Am

US-Markt für Unternehmensanleihen entwickelten sich die Renditen äußerst volatil. Nachdem sie Mitte Dezember zunächst auf 5,3% abgestürzt waren, legten sie nunmehr wieder auf 7,7% zu. Der Renditespread zu Staatsanleihen stieg entsprechend wieder deutlicher an. Eine gewisse Entspannung zeichnet sich hingegen auf dem Markt für Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) ab. Ausgehend von den Höchstständen von vor einem Monat gaben der iTraxx Crossover Index für Europa und der CDX High Yield Index für die USA bis Mitte Januar etwas nach. Aktuell liegt die Prämie für eine 5-jährige Kreditabsicherung in der Eurozone aber immer noch bei 10,13% und in den USA bei 13,01%. Demgegenüber stiegen die CDS für Staatsanleihen in einigen Ländern der Eurozone, so in Griechenland, Italien und Spanien, spürbar an.

Die Fremdfinanzierungskosten der Unternehmen in Deutschland (für Neuausleihungen über 1 Mio. Euro ohne Zinsbindung oder mit Zinsbindung bis zu einem Jahr) haben von Oktober auf November⁸, im Zuge der

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Ursprungszahlen, Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten)



im Oktober eingeleiteten Zinssenkungspolitik der EZB, deutlich von 5,7% auf 4,9% nachgegeben, nachdem sie sich zuvor im Rahmen der Verspannungen an den Finanzmärkten tendenziell kräftig erhöht hatten. Trotz rückläufiger Kreditzinsen sahen sich die Unternehmen im dritten Quartal, nach den Ergebnissen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) in Deutschland zu urteilen, deutlich restriktiveren Vergabebedingungen gegenüber. Auch für das vierte Quartal wurden noch einmal restriktivere Vergabebedingungen erwartet. Trotz allem verläuft das Kreditgeschäft mit dem Unternehmenssektor insgesamt weiterhin rege. Im November nahmen die deutschen Unternehmen 8,5% mehr Buchkredite auf als vor einem Jahr. Damit schwächte sich die jährliche Wachstumsrate im Vergleich zum Oktober (+9,1%) zwar ab, dabei spielt allerdings auch ein erheblicher Basiseffekt eine Rolle. Im November des Vorjahres wurde die Kreditnachfrage kräftig ausgeweitet. Im Euroraum insgesamt lag die Wachstumsrate für Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen im November bei 11,1%, nach 11,9% im Oktober. Ausgehend von dem ausgesprochen hohen Niveau ging die Zuwachsrate hier bereits seit März 2008 tendenziell zurück. Im Unterschied zum Kreditgeschäft mit den Unternehmen läuft die Kreditvergabe an private Haushalte deutlich weniger expansiv. In Deutschland verblieb die Jahreszuwachsrate auch im November im negativen Bereich bei -0,8% (Oktober: -0,7%). Im

Euroraum setzte sich der bereits seit Monaten anhaltende Rückgang des Expansionsprozesses fort. Die Jahreswachstumsrate der Kreditvergabe an private Haushalte bildete sich von 3,3% im Oktober auf 2,5% im November weiter zurück. Neben der schwächeren Dynamik bei den Wohnungsbaukrediten verlief auch die Konsumentenkreditvergabe spürbar gedämpft.

Die jährliche Zuwachsrate der Geldmenge M3 ging im November auf 7,8% zurück, nach +8,7% im Oktober. Gleichwohl ist die Grunddynamik der Geldmengenexpansion immer noch recht kräftig. In den starken Zuwachsraten dürfte auch zum Ausdruck kommen, dass im Zuge der Finanzmarkturbulenzen längerfristige Anlagen, welche nicht in M3 enthalten sind, in monetäre Anlageformen umgeschichtet wurden und so Aufwärtsdruck auf die Geldmenge ausübten. Dies wird auch in der unterschiedlichen Dynamik der einzelnen Komponenten von M3 deutlich. Die auf Jahressicht betrachtete Expansion der liquiden Komponente M1 (Bargeld und täglich fällige Einlagen) betrug im November 2,3%, nach +3,7% im Oktober. Kurzfristige Termineinlagen, die eine relativ günstige Verzinsung aufwiesen, wurden hingegen auf Jahressicht kräftig um 16,0% ausgeweitet (Oktober: +15,5%). Der Rückgang der Wachstumsrate der marktfähigen Finanzinstrumente setzte sich im November weiter von 5,3% auf 2,3% fort.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²							
	2006		2007			2008		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,4	- 0,4	- 0,5
Inländische Verwendung	- 0,9	+ 1,4	- 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 1,6	- 1,0	+ 1,3
Private Konsumausgaben ³	+ 1,4	- 2,1	+ 0,7	+ 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,6	+ 0,3
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	+ 1,5	0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 0,4	- 0,8	+ 1,1	+ 2,0	+ 3,4	- 1,4	+ 0,1
Ausrüstungen	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 3,8	+ 1,6	+ 0,5	- 0,5
Bauten	+ 2,0	- 0,2	- 3,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 5,5	- 3,4	+ 0,3
Sonstige Anlagen	+ 2,1	- 0,9	+ 5,8	+ 2,3	+ 1,8	- 1,6	+ 3,5	+ 2,6
Exporte	+ 6,3	- 1,3	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,4
Importe	+ 2,3	+ 0,8	- 0,5	+ 2,7	- 0,3	+ 3,1	- 1,4	+ 3,8
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴								
Inländische Verwendung	+ 1,3	- 0,5	+ 0,9	- 0,4	+ 1,4	- 0,9	+ 1,2	+ 1,2
Private Konsumausgaben ³	+ 0,8	- 1,2	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,3	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	- 0,3	0,0
Ausrüstungen	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	0,0	0,0
Bauten	+ 0,2	0,0	- 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,5	- 0,3	0,0
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 2,2	+ 2,2	- 0,8	+ 0,4	- 0,7	+ 0,8	- 0,4	+ 0,9
Außenbeitrag	+ 1,9	- 0,9	+ 0,9	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,5	- 1,7
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶							
	2006	2007	2008	2007		2008		
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,9
Private Konsumausgaben ³	+ 1,0	- 0,4	0,0	0,0	- 1,0	0,0	+ 0,1	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,7	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 4,1	+ 8,3	+ 5,3
Ausrüstungen	+11,1	+ 6,9	+ 5,3	+ 6,5	+ 7,5	+ 6,2	+11,2	+ 6,9
Bauten	+ 5,0	+ 1,8	+ 2,7	- 1,0	- 2,8	+ 1,8	+ 6,3	+ 3,7
Sonstige Anlagen	+ 8,0	+ 8,0	+ 6,6	+ 9,6	+ 8,8	+ 8,4	+ 6,2	+ 6,5
Exporte	+12,7	+ 7,5	+ 3,9	+ 8,3	+ 2,8	+ 5,8	+ 7,3	+ 3,9
Importe	+11,9	+ 5,0	+ 5,2	+ 5,5	+ 2,2	+ 4,1	+ 5,6	+ 5,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000=100;

2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

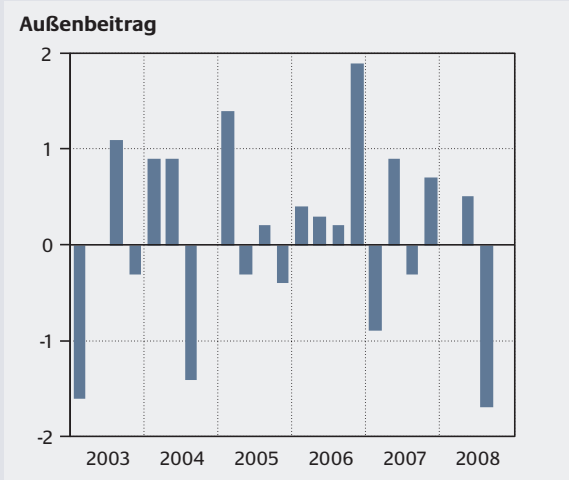
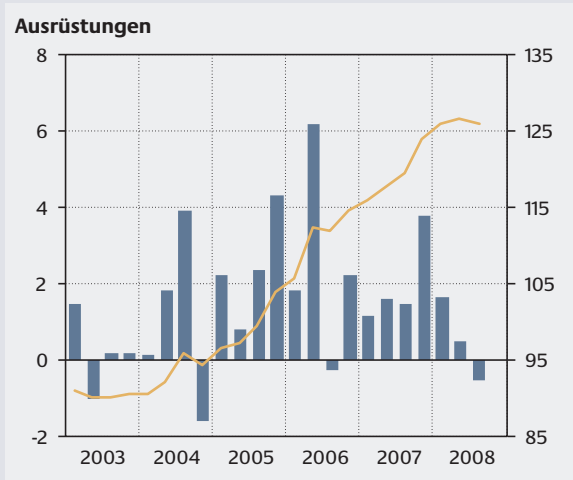
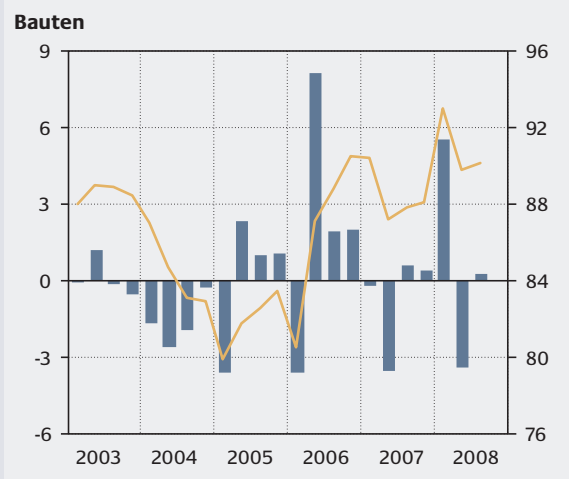
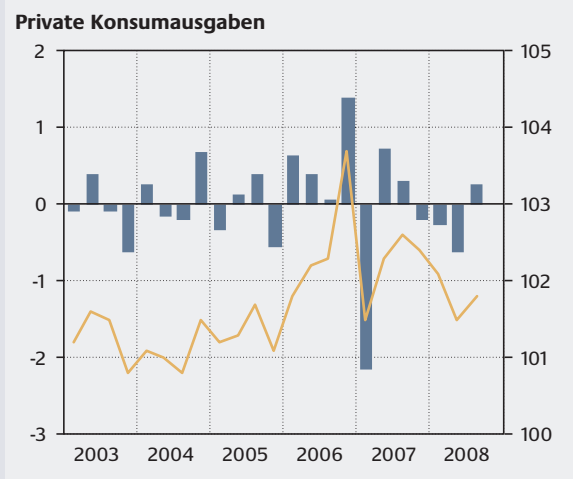
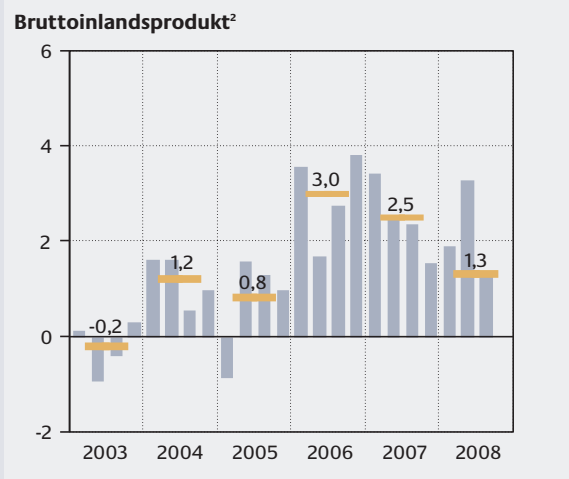
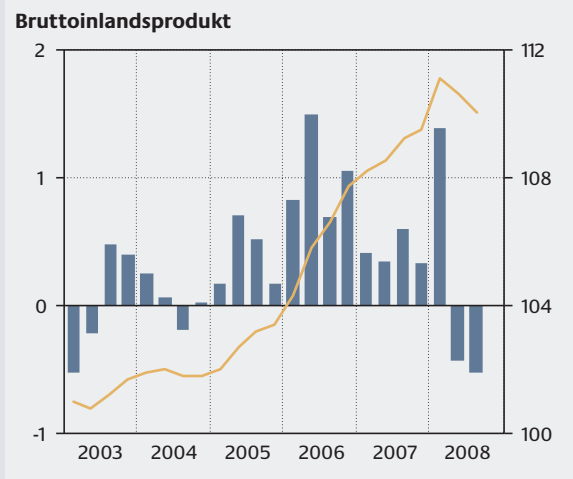
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;

4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;

5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;

6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



— Kettenindex (rechte Skala)

■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)

■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹								
	2006		2007			2008		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²								
Bruttowertschöpfung ³	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,9	- 0,2	- 1,9
Baugewerbe	+ 2,6	+ 1,5	- 4,3	- 1,1	+ 2,4	+ 6,6	- 4,1	- 1,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,2	- 3,0	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,4	- 0,4	- 0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2
Öffentliche und private Dienstleister	0,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 1,4	+ 3,9	- 0,7	0,0	- 0,1	+ 1,9	- 0,5	0,0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in %								
				2007		2008		
	2005	2006	2007	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4
Inländische Verwendung	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,3
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,6
Kennzahlen								
Erwerbstätige ³	- 0,1	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,6	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,5
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1	+ 0,2	+ 1,8	- 0,1
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	- 0,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
Lohnstückkosten ⁷	- 0,9	- 1,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,4	- 0,2	+ 2,0
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7
Terms of Trade	- 1,4	- 1,3	+ 0,7	+ 1,0	- 0,2	- 1,2	- 1,7	- 2,1
Prognose Bruttoinlandsprodukt⁹								
Institution		Stand	Veränderung in % gegen Vorjahr					
			2009	2010				
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	01/09	- 1,1	+ 1,1				
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/08	- 1,2	-				
ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung	12/08	- 2,2	- 0,2				
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/08	- 2,7	+ 0,3				
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/08	- 1,9	-				
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/08	- 2,0	-				
EU	Europäische Union	11/08	0,0	+ 1,0				
IWF	Internationaler Währungsfonds	11/08	- 0,8	-				
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/08	- 0,9	+ 1,3				
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/08	+ 0,2	-				
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/08	+ 0,2	-				

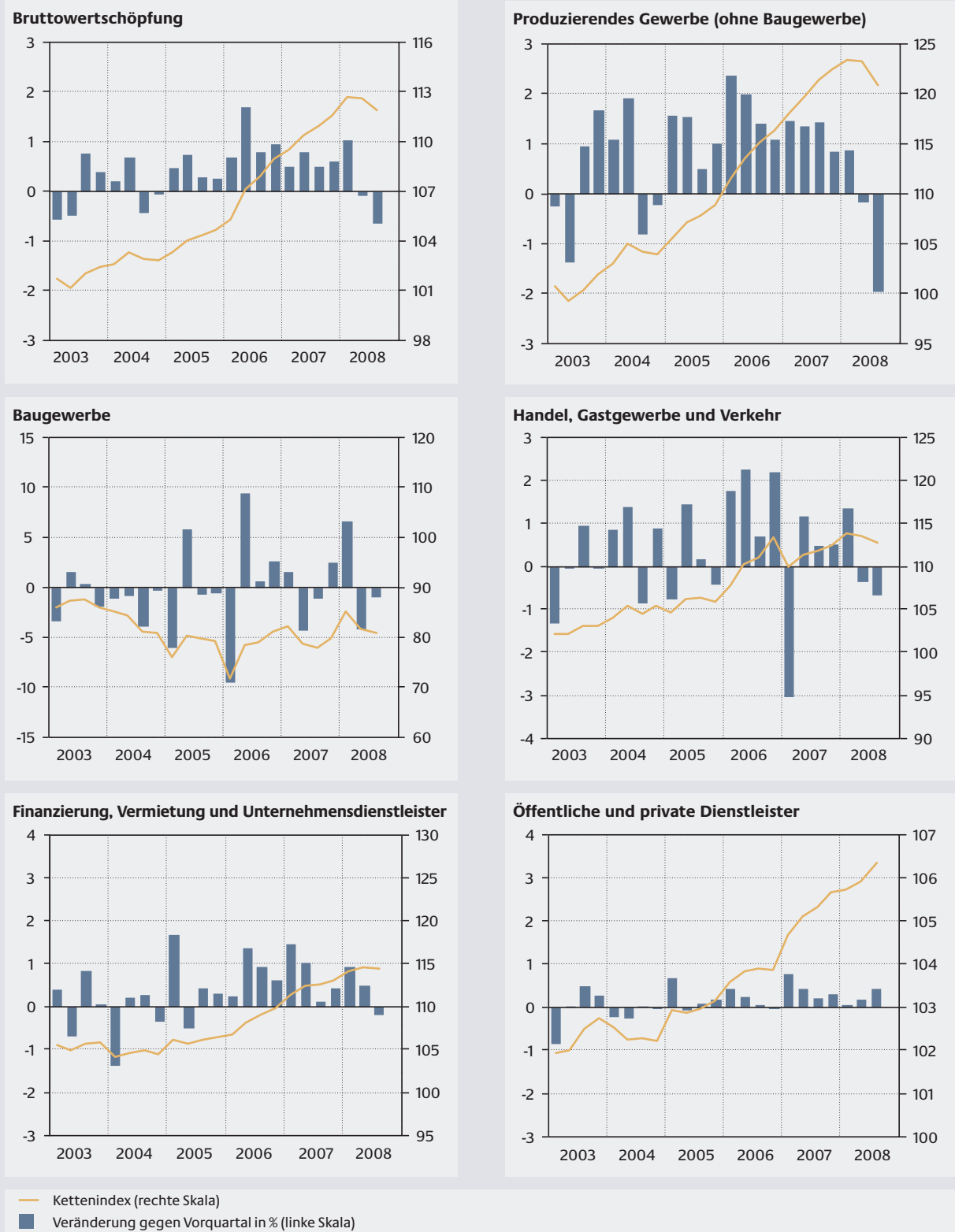
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;

3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;

6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

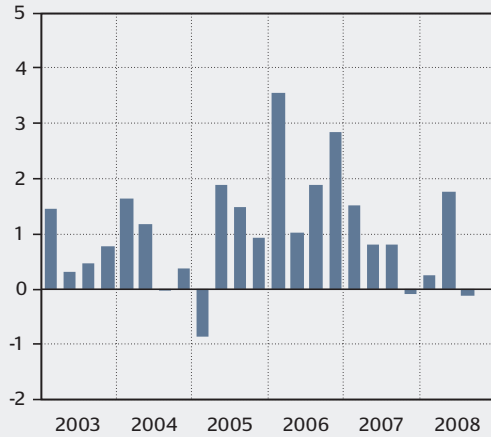


Quelle: Statistisches Bundesamt.

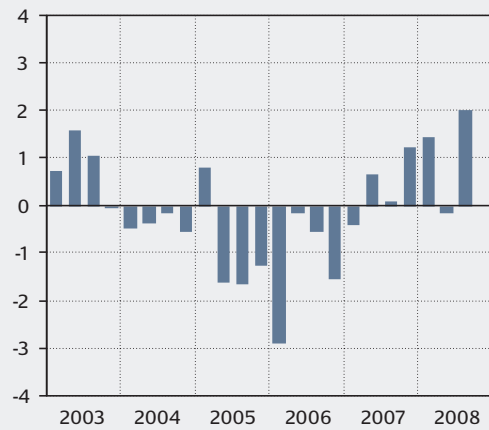
¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000=100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

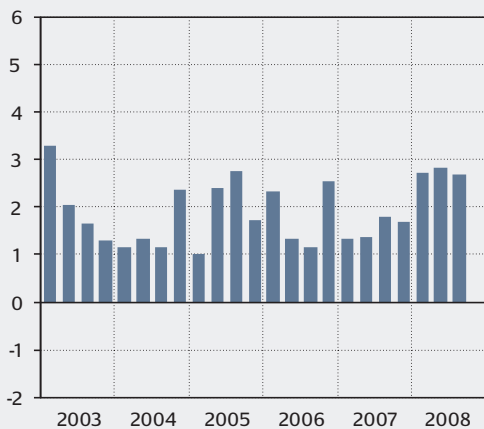
Arbeitsproduktivität²



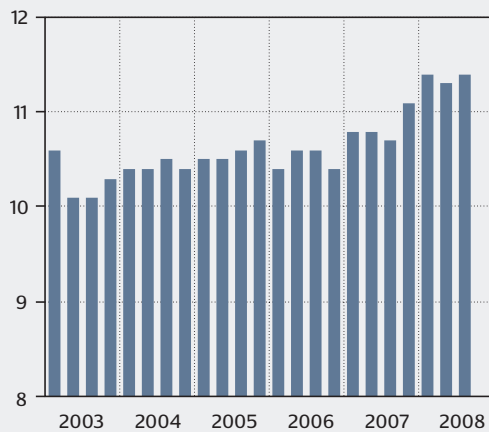
Lohnstückkosten³



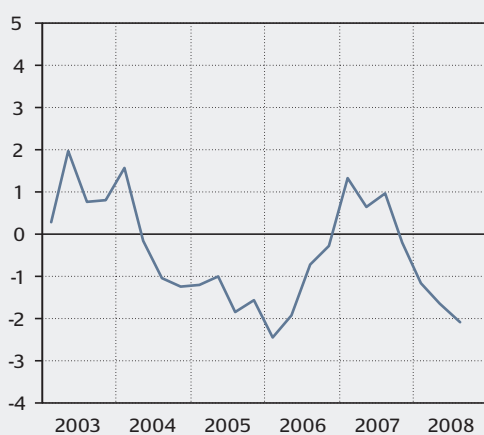
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte⁴



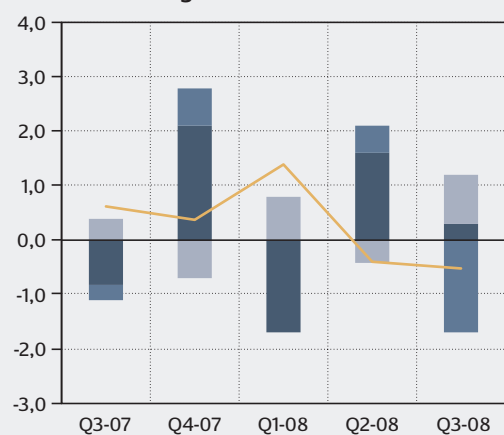
Sparquote⁵



Terms of Trade⁴



Wachstumsbeiträge⁶



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100; ² Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

³ Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; ⁴ Ursprungszahlen; ⁵ Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

⁶ Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

	2005				2006				2007				2008			
	2005	2006	2007	2008	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹																
Deutschland	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,4	- 0,4	- 0,5
Eurozone (EZ 15) ²	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	- 0,2	- 0,2
Europäische Union (EU 27) ³	+ 2,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,0	- 0,2
Japan	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	-	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	- 1,0	- 0,5
USA	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,0	-	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	0,0	+ 1,2	+ 1,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP⁴																
Deutschland	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5	-	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,8
Eurozone (EZ 15) ²	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	-	+ 0,5	- 0,3	- 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,4	0,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,4	- 1,1	- 0,4
Europäische Union (EU 27) ³	- 0,2	- 0,6	- 0,3	-	- 0,3	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,6	- 1,0	- 0,8
Japan	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,8	-	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 4,4	+ 4,6	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,3	+ 3,8	+ 2,7
USA	- 5,9	- 6,0	- 5,3	-	- 6,6	- 6,0	- 6,1	- 6,4	- 5,4	- 5,8	- 5,7	- 5,0	- 4,8	- 5,0	- 5,1	-
Jahresdurchschnitt																
	2007			2008												
	2006	2007	2008	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Arbeitslosenquoten in %⁵																
Deutschland	9,8	8,4	-	7,9	7,7	7,6	7,5	7,4	7,4	7,4	7,3	7,2	7,2	7,1	7,1	-
Eurozone (EZ 15) ²	8,2	7,4	-	7,2	7,2	7,2	7,2	7,3	7,4	7,4	7,4	7,5	7,6	7,7	7,8	-
Europäische Union (EU 27) ³	8,2	7,1	-	6,8	6,8	6,8	6,8	6,8	6,9	6,9	6,9	7,0	7,0	7,1	7,2	-
Japan	4,1	3,9	-	3,8	3,8	3,9	3,8	4,0	4,0	4,1	4,0	4,2	4,0	3,7	-	-
USA	4,6	4,6	-	5,0	4,9	4,8	5,1	5,0	5,5	5,5	5,7	6,0	6,1	6,5	-	-
Verbraucherpreise⁶																
Deutschland	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,1
Eurozone (EZ 15) ²	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,6
Europäische Union (EU 27) ³	+ 2,3	+ 2,4	-	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,2	+ 3,7	+ 2,8	-
Japan	+ 0,1	0,0	-	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,0	-
USA	+ 3,2	+ 2,9	-	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 4,2	+ 5,0	+ 5,6	+ 5,4	+ 4,9	+ 3,7	+ 1,1	-

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungswerten berechnet, Quartalsangaben auf Basis saisonbereinigter Werte berechnet;
- 2 Zur Eurozone gehören folgende 15 Mitgliedstaaten (Stand seit dem 1. Januar 2008): Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland (seit 2001), Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2008), Österreich, Portugal, Slowenien (seit 2007), Spanien, Zypern (seit 2008). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 3 Der Europäischen Union gehören folgende 27 Mitgliedstaaten an (Stand seit dem 1. Januar 2007): Belgien, Bulgarien (seit 2007), Dänemark, Deutschland, Estland (seit 2004), Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland (seit 2004), Litauen (seit 2004), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2004), Österreich, Polen (seit 2004), Portugal, Rumänien (seit 2007), Schweden, Slowenien (seit 2004), die Slowakei (seit 2004), Spanien, Tschechische Republik (seit 2004), Ungarn (seit 2004), das Vereinigte Königreich, Zypern (seit 2004). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 4 Jahresangaben = Veränderung in % gegen Vorjahr, Quartalsangaben = Veränderung in % gegen Vorzeitraum;
- 5 Abgrenzung nach IAO, Berechnung auf Basis saisonbereinigter Größen, für Deutschland, EZ 15 und EU 27 harmonisierte Daten;
- 6 Veränderung in % gegen Vorjahreszeitraum.

1.7 Internationaler Vergleich – Frühindikatoren

	2008											
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
USA												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ¹	50,7	48,3	48,6	48,6	49,6	50,2	50,0	49,9	43,5	38,9	36,2	32,4
Auftragseingänge in der Industrie ²	+ 7,3	+ 5,1	+ 4,2	+ 4,0	+ 5,4	+ 7,5	+ 4,7	+ 3,9	+ 0,9	- 6,3	-12,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,7	3,7	3,5	3,7	3,9	4,1	4,0	3,9	3,7	3,8	3,5	2,4
Konsumentenvertrauen ³	78,4	70,8	69,5	62,6	59,8	56,4	61,2	63,0	70,3	57,6	55,3	59,1
Japan												
All-Industry-Activity-Index ⁴	107,3	105,9	106,2	107,1	107,5	106,4	107,3	105,5	105,5	105,0	-	-
Auftragseingänge in der Industrie ⁵	+12,1	- 1,3	+12,6	+ 2,2	+ 2,2	+17,6	- 2,4	- 9,2	- 4,1	-14,9	-29,5	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,4	1,4	1,3	1,4	1,7	1,8	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,3
Konsumentenvertrauen ⁶	37,9	36,4	37,0	35,4	34,1	32,9	31,6	30,5	31,8	29,8	28,7	-
Eurozone												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁷	52,8	52,3	52,0	50,7	50,6	49,2	47,4	47,6	45,0	41,1	35,6	33,9
Auftragseingänge in der Industrie ⁸	+ 6,1	+ 5,3	+ 1,9	+ 6,1	- 2,0	- 6,5	- 0,3	- 1,5	- 6,6	-14,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	4,0	3,8	4,1	4,2	4,6	4,5	4,2	4,1	3,9	3,6	3,1
Konsumentenvertrauen ⁹	-11,5	-12,0	-12,1	-12,4	-14,6	-16,7	-19,7	-19,2	-18,9	-23,6	-25,1	-

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (<50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

3 University of Michigan, Index (1. Quartal 1996 = 100);

4 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

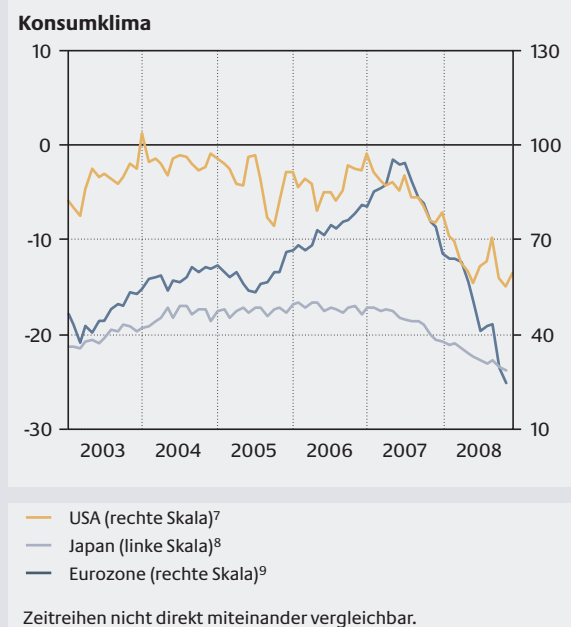
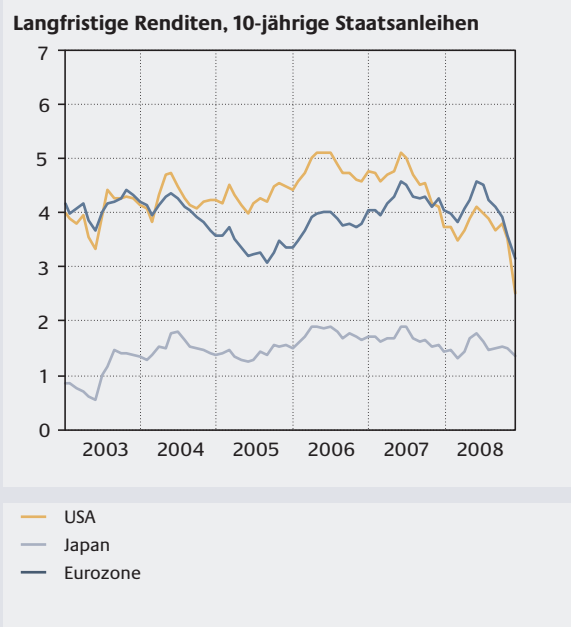
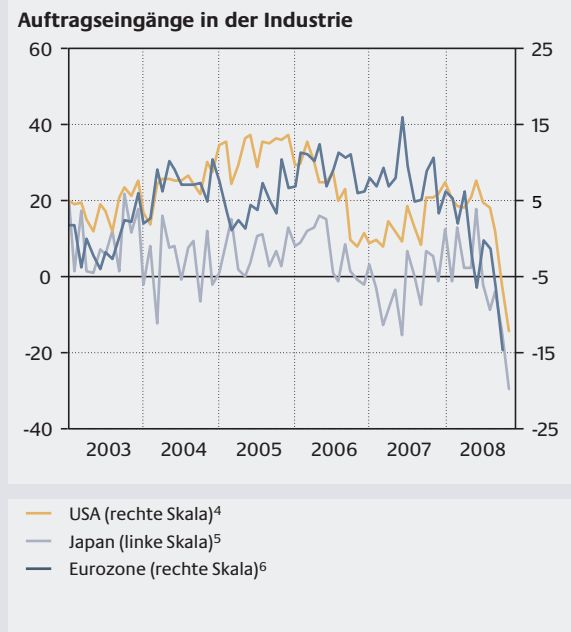
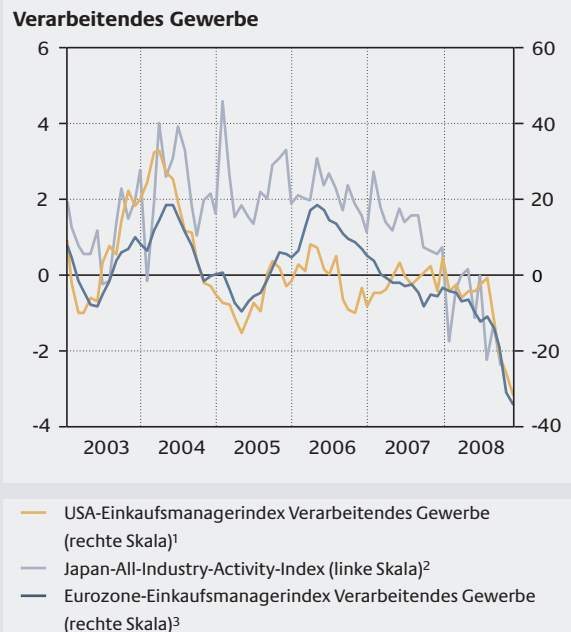
6 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (<50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

7 Reuters, Indexwerte > 50 (<50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

8 Eurostat, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Frühindikatoren



1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

3 Reuters, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

4 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

6 EUROSTAT, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

7 University of Michigan, Index (1. Quartal 1996 = 100);

8 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)					
Produktion ²	2008				
	August	September	Oktober	November ^P	Okt./Nov. ^P
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 3,2	- 3,3	- 1,8	- 3,1	- 4,9
Industrie ³	+ 3,3	- 3,7	- 2,1	- 3,5	- 5,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,9	- 4,7	- 2,3	- 6,0	- 7,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 3,6	- 3,1	- 2,8	- 2,2	- 5,3
Konsumgüterproduzenten	+ 3,5	- 2,4	0,0	- 1,1	- 1,8
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 9,3	- 6,3	- 2,3	- 2,5	- 6,7
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,2	- 1,5	+ 0,4	- 0,8	- 0,8
Energie ⁴	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 6,5	- 3,1	- 0,9	0,0	- 2,4

Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶					
Produktion ²	2008				
	August	September	Oktober	November ^P	Jan.-Nov. ^P
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 1,6	- 1,8	- 3,7	- 6,4	+ 1,1
Industrie ³	+ 2,1	- 1,6	- 3,8	- 7,0	+ 1,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,1	- 2,0	- 3,5	- 9,0	+ 1,4
Investitionsgüterproduzenten	+ 3,2	+ 0,1	- 4,2	- 6,7	+ 2,9
Konsumgüterproduzenten	- 1,7	- 4,2	- 3,1	- 3,3	- 1,6
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,8	- 5,9	- 6,5	- 8,2	- 2,8
Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,6	- 3,8	- 2,4	- 2,2	- 1,4
Energie ⁴	- 4,7	- 4,5	- 3,4	- 2,7	- 0,9
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 1,1	- 1,9	- 2,2	- 1,9	- 0,6

In % der betriebsüblichen Vollausslastung (saisonbereinigt ⁷)					
Kapazitäts- und Geräteauslastung	2007	2008			
	Dezember	März	Juni	September	Dezember
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe⁸	87,1	86,9	87,0	86,1	84,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2000 = 100;

3 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden;

4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung;

5 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau;

6 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt;

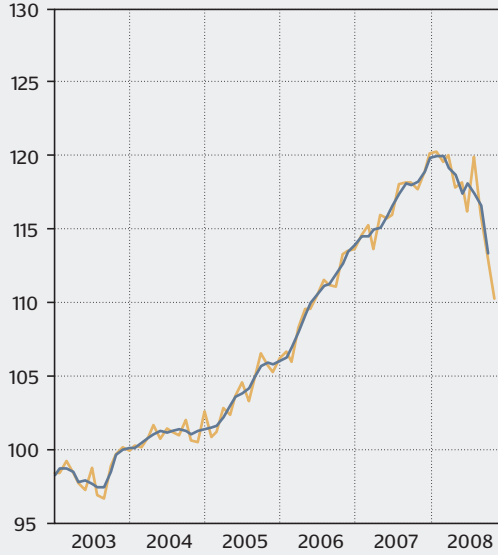
7 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

8 Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie;

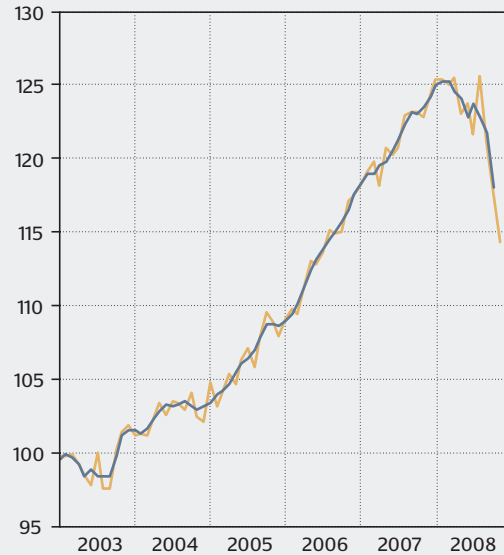
p Vorläufiges Ergebnis.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

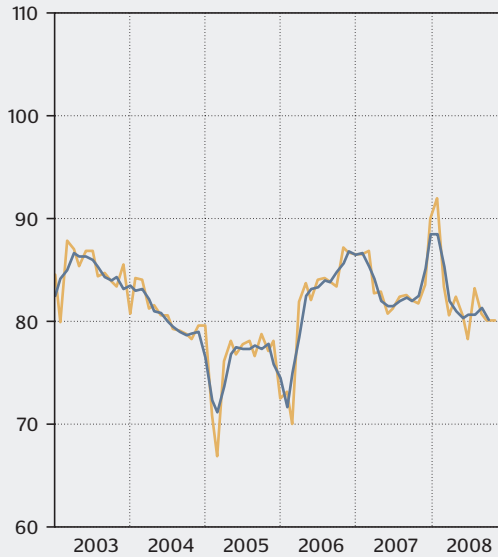
Produzierendes Gewerbe insgesamt



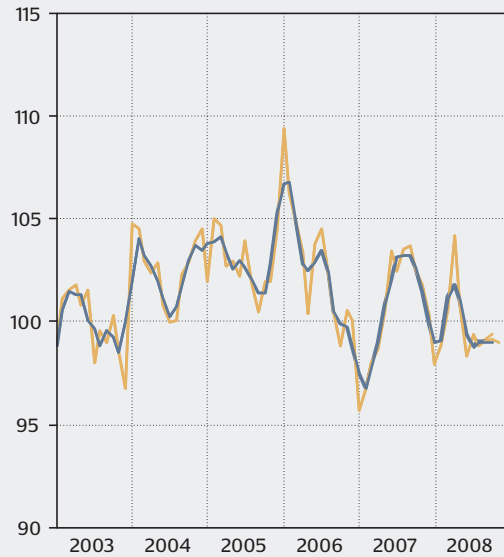
Industrie²



Bauhauptgewerbe



Energie



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2000 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang der Industrie/ Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)						
Auftragseingang ²	2008					
	August	September ^p	Oktober ^p	November	Okt./Nov. ^p	
Industrie insgesamt ³	+ 3,5	- 8,3	- 6,3	- 6,0	- 13,1	
Inland	+ 2,8	- 4,7	- 6,4	- 7,6	- 12,2	
Ausland	+ 4,3	- 11,6	- 6,3	- 4,4	- 14,0	
Eurozone	- 6,6	- 8,8	- 7,4	- 4,3	- 13,6	
Nicht-Eurozone	+ 13,8	- 13,6	- 5,4	- 4,6	- 14,3	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,6	- 6,1	- 4,9	- 9,5	- 12,3	
Inland	- 0,2	- 3,4	- 7,5	- 9,6	- 13,4	
Ausland	+ 3,7	- 9,2	- 1,7	- 9,4	- 10,8	
Investitionsgüterproduzenten	+ 5,5	- 11,1	- 8,4	- 4,2	- 15,6	
Inland	+ 6,1	- 6,6	- 6,7	- 7,5	- 13,2	
Ausland	+ 5,2	- 14,3	- 9,8	- 1,6	- 17,4	
Konsumgüterproduzenten	+ 1,6	- 2,0	- 1,7	- 1,3	- 3,3	
Inland	+ 2,5	- 2,4	- 1,8	- 1,3	- 3,7	
Ausland	+ 0,4	- 1,3	- 1,7	- 1,2	- 2,9	

Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴					
Auftragseingang ²	2008				
	August ^p	September	Oktober	November	Jan.-Nov.
Industrie insgesamt ³	- 7,4	- 3,0	- 17,5	- 27,2	- 4,0
Inland	- 6,3	+ 2,5	- 11,5	- 24,1	- 2,3
Ausland	- 8,4	- 8,0	- 22,8	- 30,0	- 5,5
Eurozone	- 13,6	- 10,1	- 27,3	- 35,7	- 8,5
Nicht-Eurozone	- 4,8	- 6,4	- 18,9	- 24,8	- 3,0
Vorleistungsgüterproduzenten	- 6,1	0,0	- 10,2	- 24,4	- 2,1
Inland	- 7,4	+ 3,4	- 10,7	- 26,6	- 1,8
Ausland	- 4,1	- 3,8	- 9,4	- 21,5	- 2,3
Investitionsgüterproduzenten	- 7,9	- 5,9	- 23,8	- 31,9	- 5,5
Inland	- 4,8	+ 1,5	- 14,4	- 25,5	- 2,8
Ausland	- 10,2	- 11,2	- 30,2	- 36,2	- 7,2
Konsumgüterproduzenten	- 9,6	+ 0,5	- 10,8	- 11,0	- 3,3
Inland	- 7,4	+ 2,4	- 4,5	- 10,2	- 1,7
Ausland	- 12,7	- 2,4	- 19,7	- 12,0	- 5,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,3	+ 1,3	- 19,2	- 15,5	- 3,8
Verbrauchsgüterproduzenten	- 9,7	+ 0,2	- 5,5	- 8,4	- 2,9

Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵)								
Auftragsbestand	2006		2007		2008			
	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März	Juni	September
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0	3,0	3,1	3,0
Vorleistungsgüterproduzenten	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3
Investitionsgüterproduzenten	4,1	4,2	4,3	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0
Konsumgüterproduzenten	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0	2,2	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2000 = 100;

3 Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen;

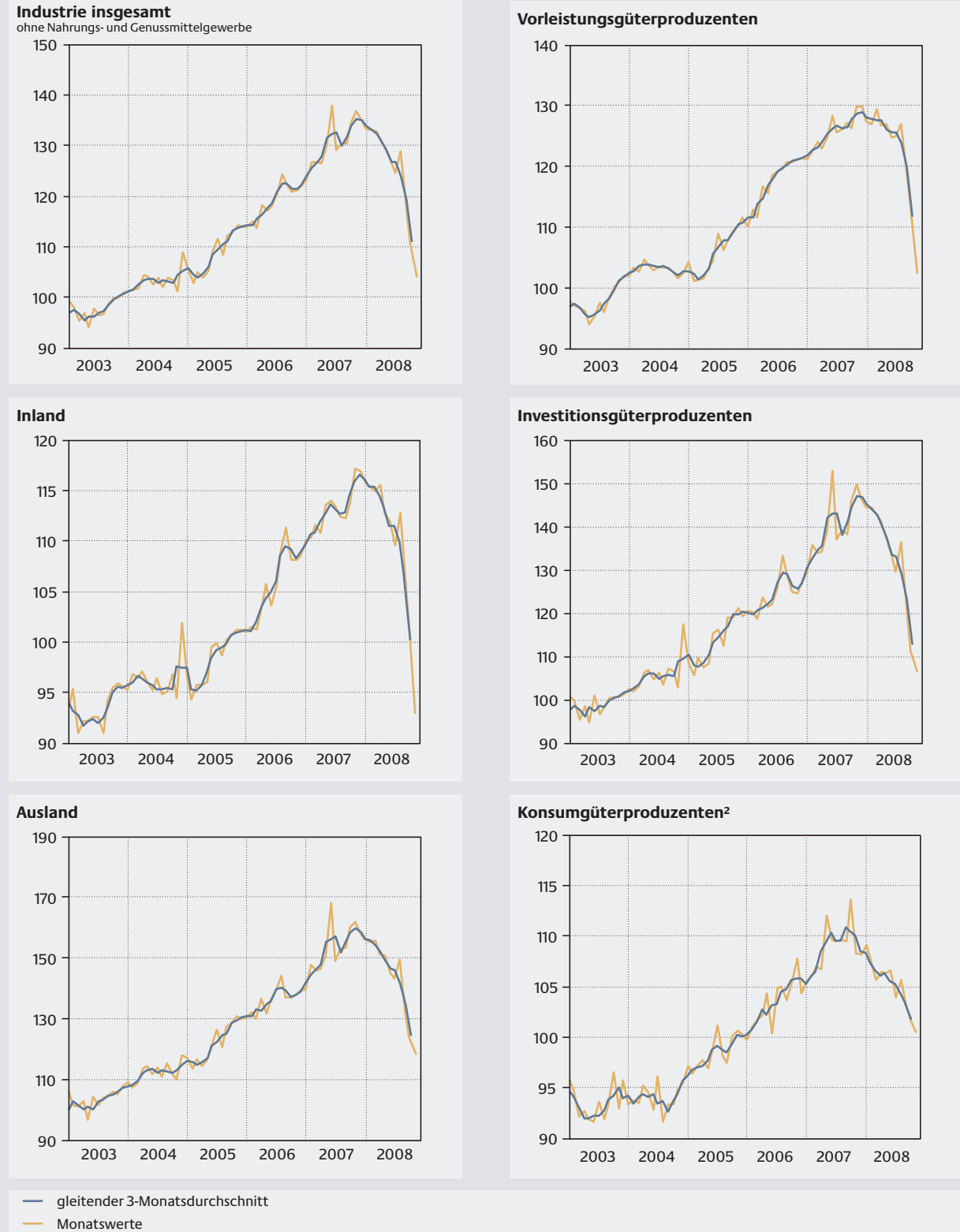
4 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt;

5 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

p Vorläufiges Ergebnis.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2000 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)					
Auftragseingang ²	2008				
	Juli	August	September	Oktober	Sept./Okt.
Deutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 6,6	- 9,8	+ 3,1	- 3,0	- 3,6
Hochbau	- 3,4	- 3,1	+ 9,5	- 8,0	+ 3,6
Wohnungsbau	+ 2,0	- 5,6	+ 7,6	- 5,9	+ 1,4
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 5,7	- 1,9	+ 10,2	- 8,8	+ 4,5
Tiefbau	+ 18,3	- 16,0	- 3,9	+ 3,0	- 10,8
Straßenbau	+ 37,4	- 31,3	+ 0,8	0,0	- 17,9
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 6,1	- 3,5	- 6,6	+ 4,8	- 5,9
Westdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 12,3	- 12,5	+ 6,5	- 2,9	- 2,0
Hochbau	+ 1,1	- 5,8	+ 13,9	- 8,4	+ 5,9
Tiefbau	+ 26,8	- 19,3	- 2,6	+ 4,9	- 10,8
Ostdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 10,5	+ 0,8	- 8,0	- 3,9	- 9,4
Hochbau	- 20,5	+ 10,7	- 8,7	- 5,3	- 6,6
Tiefbau	- 2,4	- 5,7	- 7,4	- 2,7	- 11,2
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³					
Auftragseingang ²	2008				
	Juli	August	September	Oktober	Jan.-Okt.
Deutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 3,0	- 7,3	+ 2,2	- 20,5	- 2,5
Hochbau	- 9,9	- 3,7	+ 14,1	- 15,2	- 1,2
Wohnungsbau	- 3,7	- 14,3	+ 1,0	- 9,2	- 7,6
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 12,2	+ 1,7	+ 20,5	- 17,5	+ 1,8
Tiefbau	+ 17,4	- 10,6	- 8,6	- 25,4	- 4,1
Straßenbau	+ 40,6	- 20,3	- 8,1	- 27,9	- 1,1
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 1,7	- 2,9	- 8,9	- 23,7	- 6,0
Westdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 3,0	- 10,9	+ 5,0	- 20,1	- 2,4
Hochbau	- 11,4	- 6,9	+ 16,7	- 10,3	- 0,8
Tiefbau	+ 21,3	- 15,2	- 7,0	- 29,3	- 4,2
Ostdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 4,4	+ 5,7	- 6,8	- 21,6	- 3,2
Hochbau	+ 0,2	+ 11,8	+ 3,0	- 33,6	- 2,9
Tiefbau	+ 7,1	+ 2,0	- 12,7	- 10,1	- 3,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

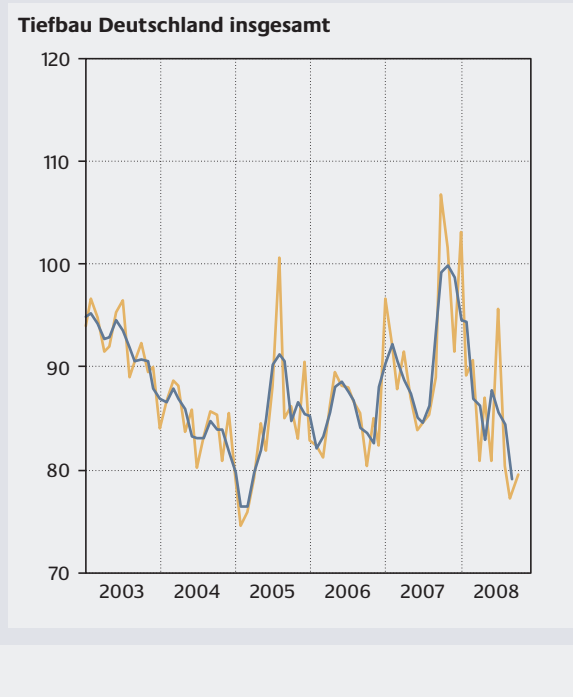
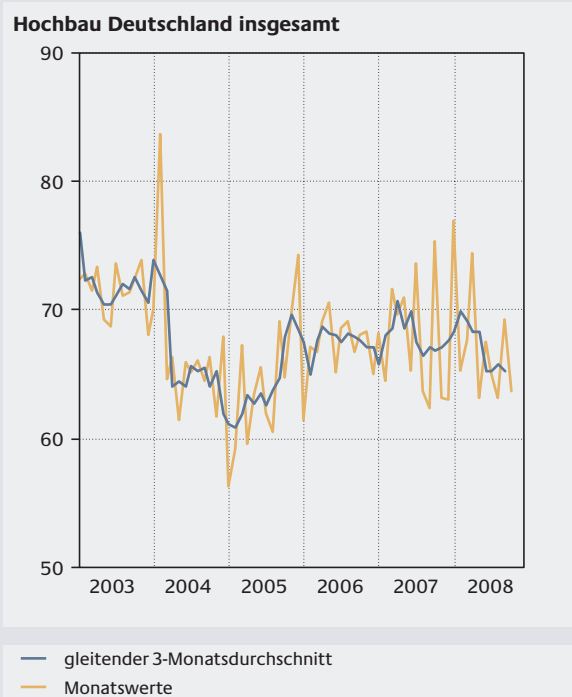
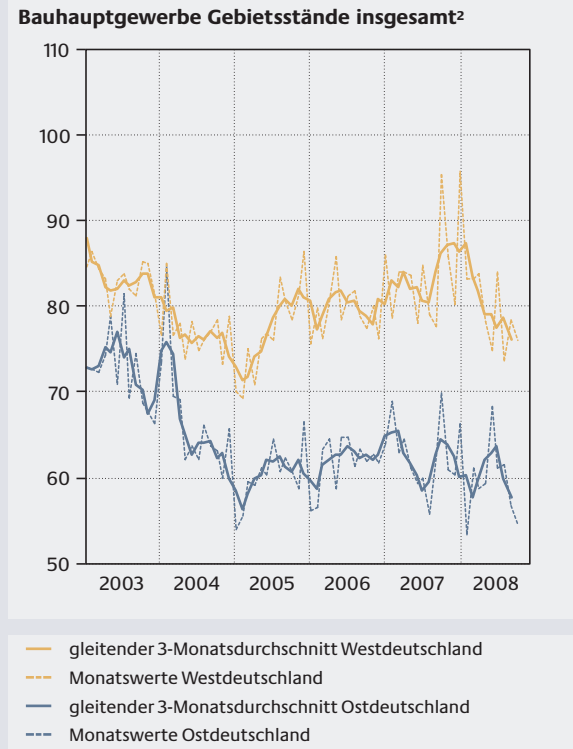
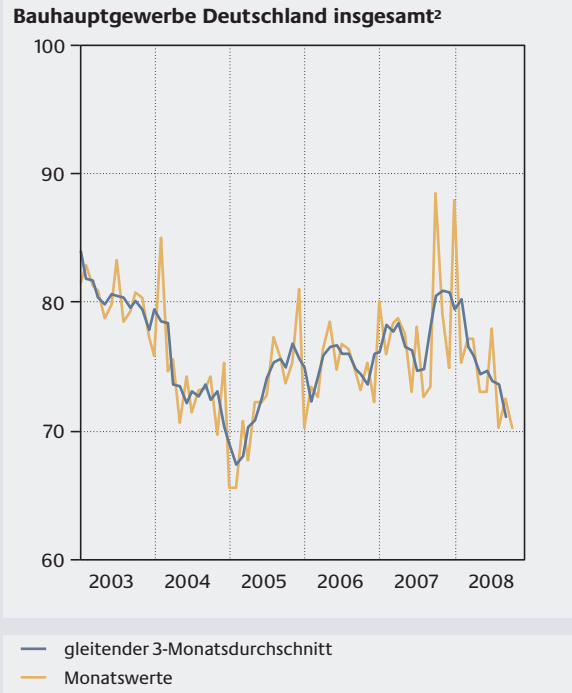
1 Verfahren Census X-12-ARIMA, preisbereinigt, Index 2000 = 100;

2 Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten; preisbereinigt, Index 2000 = 100;

3 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe¹

Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Index 2000 = 100, saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten.

2.7 ifo – Geschäftsklima

Bundesrepublik Deutschland

Salden saisonbereinigt ¹						
	2008					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Gewerbliche Wirtschaft						
Geschäftsklima	- 6,1	- 11,3	- 15,0	- 20,3	- 28,9	- 35,4
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 6,9	+ 2,3	- 4,3	- 4,1	- 13,9	- 25,8
Geschäftslage (Erwartungen)	- 18,3	- 24,1	- 25,2	- 35,2	- 42,8	- 44,5
Verarbeitendes Gewerbe						
Geschäftsklima	+ 1,5	- 7,1	- 11,9	- 19,1	- 29,5	- 40,2
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 23,1	+ 15,5	+ 6,8	+ 4,0	- 9,2	- 27,7
Geschäftslage (Erwartungen)	- 17,9	- 27,4	- 28,9	- 39,5	- 47,6	- 51,7
Vorleistungsgüterproduzenten						
Geschäftsklima	+ 2,4	- 7,4	- 13,2	- 23,5	- 33,8	- 40,9
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 22,9	+ 14,4	+ 4,2	+ 1,1	- 17,5	- 34,7
Geschäftslage (Erwartungen)	- 16,2	- 27,1	- 29,1	- 45,1	- 48,5	- 46,8
Investitionsgüterproduzenten						
Geschäftsklima	+ 4,1	- 3,8	- 10,1	- 17,1	- 34,9	- 49,7
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 35,4	+ 27,8	+ 19,4	+ 9,0	- 7,8	- 30,8
Geschäftslage (Erwartungen)	- 23,0	- 30,9	- 35,6	- 39,9	- 58,1	- 66,6
Konsumgüterproduzenten						
Geschäftsklima	- 5,6	- 11,1	- 12,3	- 15,3	- 15,7	- 24,8
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 2,9	- 1,3	- 7,5	- 0,7	- 1,8	- 11,4
Geschäftslage (Erwartungen)	- 13,8	- 20,5	- 17,0	- 28,9	- 28,7	- 37,2
Bauhauptgewerbe						
Geschäftsklima	- 23,4	- 26,4	- 25,2	- 27,7	- 30,2	- 30,5
Geschäftslage (Beurteilung)	- 29,6	- 31,9	- 30,5	- 30,1	- 31,5	- 32,3
Geschäftslage (Erwartungen)	- 17,0	- 20,8	- 19,8	- 25,3	- 29,0	- 28,6

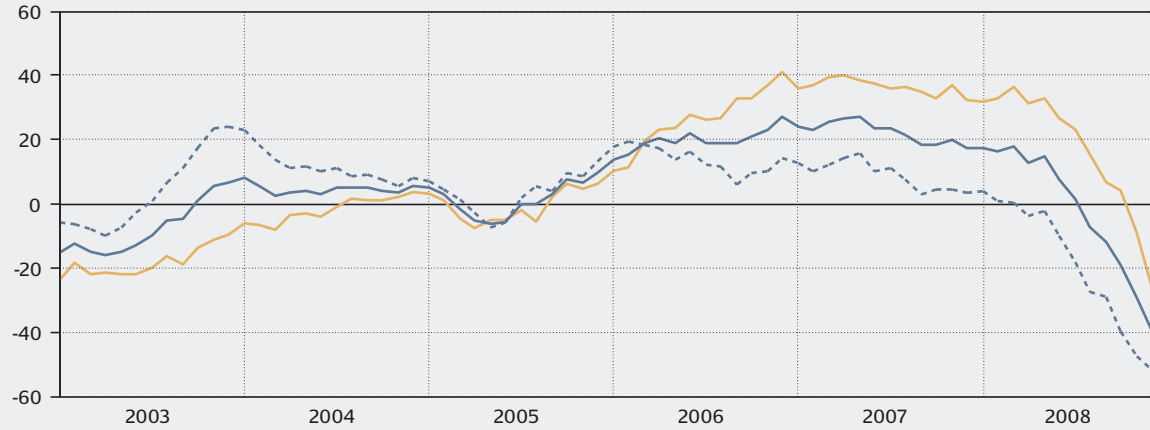
Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

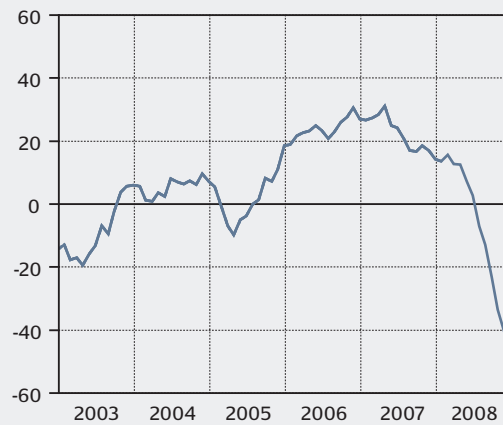
2.8 Entwicklung des ifo-Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland

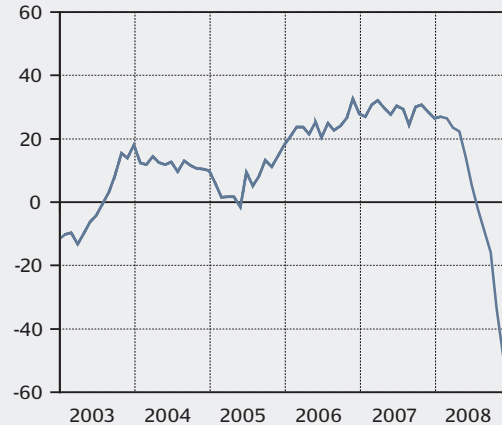
Verarbeitendes Gewerbe¹



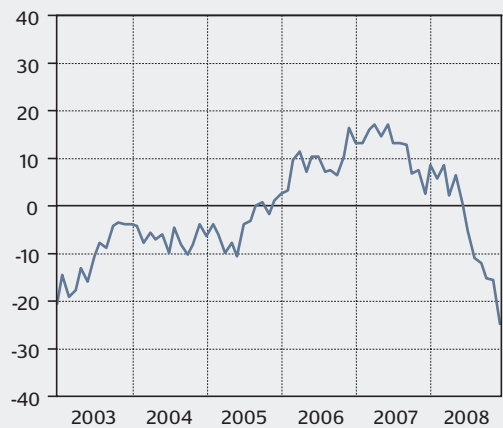
Vorleistungsgüterproduzenten



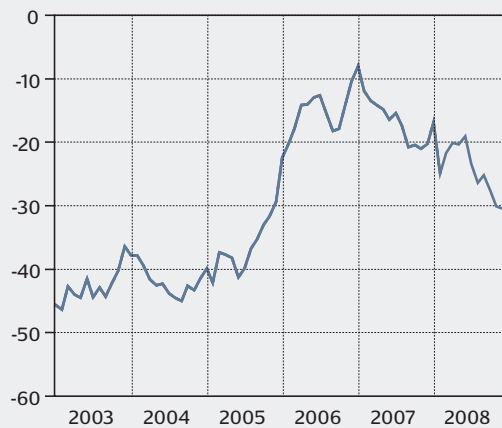
Investitionsgüterproduzenten



Konsumgüterproduzenten



Bauhauptgewerbe



— Geschäftsklima — Geschäftslage - - - Geschäftserwartungen

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Einzelhandelsumsatz, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹									
	Werte				Volumen				
	2008								
	September	Oktober	November	Okt./Nov.	September	Oktober	November	Okt./Nov.	
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)²	+ 0,3	- 1,5	- 1,1	- 2,0	+ 0,3	- 1,3	- 0,4	- 1,3	
darunter: Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 0,5	- 2,6	- 0,8	+ 0,4	+ 0,3	- 2,0	- 0,5	
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	+ 4,4	- 4,7	+ 0,9	- 2,3	+ 4,1	- 4,8	+ 0,8	- 2,4	
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf	+ 0,1	- 2,4	+ 0,4	- 2,2	+ 0,4	- 2,4	+ 1,0	- 1,7	
Einzelhandelsumsatz zzgl. Einzelhandelsumsatz mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen²	- 0,6	- 1,2	- 1,7	- 2,3	- 0,6	- 1,1	- 1,0	- 1,9	
darunter: Kraftwagen, -teile und Zubehör	- 1,5	- 1,3	- 2,0	- 3,0	- 1,9	- 1,3	- 1,7	- 3,1	
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³									
	2008								
	September	Oktober	November	Jan.-Nov.	September	Oktober	November	Jan.-Nov.	
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)²	+ 6,8	+ 2,6	- 2,0	+ 2,2	+ 3,7	+ 0,1	- 3,2	- 0,4	
darunter: Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 5,7	+ 3,4	- 3,7	+ 1,4	+ 1,2	- 0,2	- 5,8	- 3,0	
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	+ 4,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 3,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf	+ 3,8	- 0,3	- 3,5	+ 0,7	+ 3,3	- 0,9	- 3,9	+ 0,1	
Einzelhandelsumsatz zzgl. Einzelhandelsumsatz mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen²	+ 5,4	+ 0,3	- 4,6	+ 1,6	+ 2,6	- 2,0	- 5,4	- 1,0	
darunter: Kraftwagen, -teile und Zubehör	- 6,3	- 7,9	- 9,2	- 1,8	- 8,1	- 9,3	- 10,3	- 3,5	
Salden saisonbereinigt									
	2008							2009	
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
ifo – Konjunkturtest Einzelhandel⁴									
Geschäftsklima	- 6,9	- 20,7	- 21,6	- 24,2	- 25,2	- 33,5	- 30,9	-	
Geschäftslage (Beurteilung)	- 3,5	- 18,6	- 17,8	- 27,4	- 18,4	- 21,8	- 24,1	-	
Geschäftslage (Erwartungen)	- 10,3	- 22,8	- 25,4	- 20,9	- 31,7	- 44,5	- 37,4	-	
GfK – Konsumklima⁵	+ 4,3	+ 3,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	
darunter: Anschaffungsneigung	- 22,3	- 23,0	- 23,5	- 21,8	- 17,6	- 12,2	- 11,8	-	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Saison- und preisbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gewichte berechnet ohne Niedersachsen;

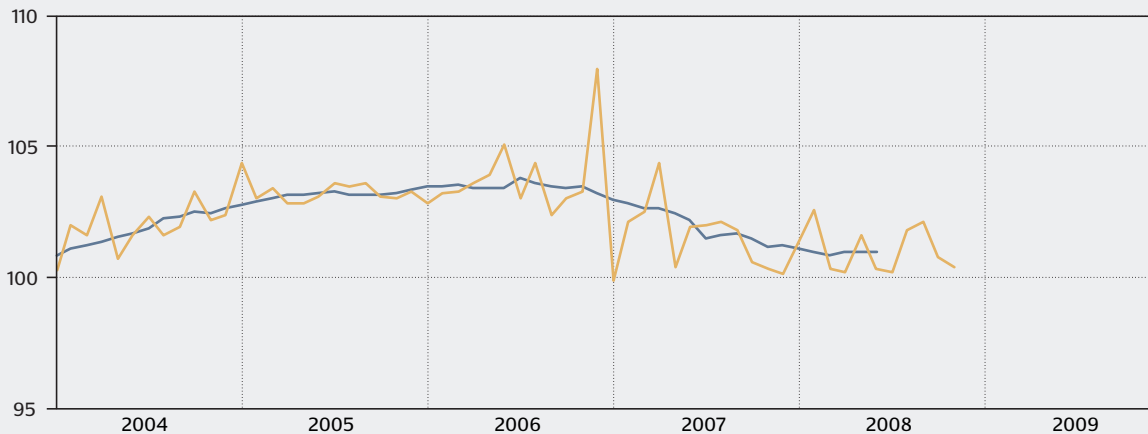
3 Index 2003 = 100, Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 2003;

4 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

5 Saisonbereinigung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

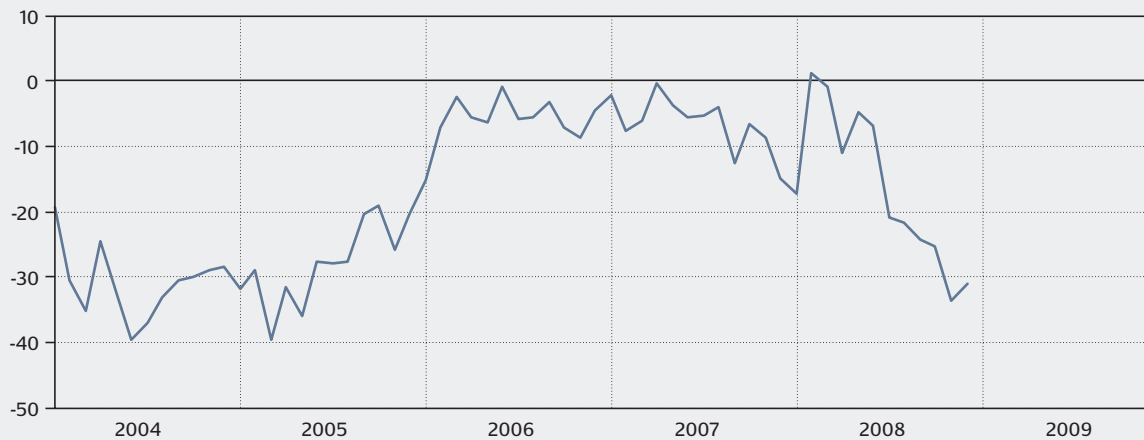
3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)¹

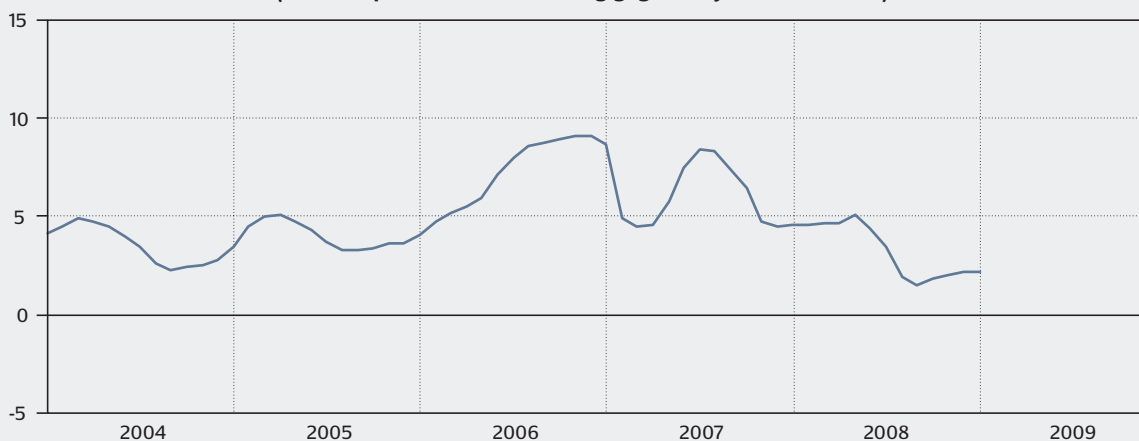


— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo-Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Index 2003 = 100, preis- und saisonbereingt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Einfuhr, Ausfuhr, Leistungsbilanz

Werte in Mrd. Euro						
	2007			2008		
	Oktober	November	Jan.-Nov.	Oktober	November	Jan.-Nov.
Einfuhr (Waren)	69,6	68,0	707,4	73,2	67,4	758,8
Ausfuhr (Waren)	88,5	87,4	892,2	89,7	77,1	927,8
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 18,9	+ 19,4	+184,9	+ 16,4	+ 9,7	+169,0
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,8	- 0,7	- 8,8	- 1,0	- 1,2	- 9,7
Dienstleistungen	- 2,4	- 0,3	- 16,9	- 1,9	- 0,4	- 15,3
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 4,6	+ 4,6	+ 36,7	+ 4,5	+ 4,2	+ 35,1
laufenden Übertragungen	- 3,5	- 3,3	- 31,6	- 3,7	- 3,7	- 31,2
Leistungsbilanz	+ 16,8	+ 19,7	+164,2	+ 14,3	+ 8,6	+148,0
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2008						
	2.Vj.	3.Vj.	September	Oktober	November	Jan.-Nov.
in Mrd. Euro						
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 4,8	- 10,9	- 3,2	- 2,4	- 9,7	- 15,9
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,6	- 0,9
Dienstleistungen	- 1,8	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,5	0,0	+ 1,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1,7	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,4	- 1,6
laufenden Übertragungen	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,4	+ 0,4
Leistungsbilanz	+ 1,4	- 7,0	- 1,6	- 2,5	- 11,1	- 16,2
in %						
Einfuhr (Waren)	+ 8,1	+ 10,9	+ 14,2	+ 5,2	- 0,9	+ 7,3
Ausfuhr (Waren)	+ 8,5	+ 4,1	+ 7,0	+ 1,3	- 11,8	+ 4,0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
	2008			2008		
	Werte			Volumen ³		
	Oktober	November	Okt./Nov.	September	Oktober	Sept./Okt.
Einfuhr (Waren)	- 3,7	- 5,6	- 5,9	+ 1,9	- 0,4	- 0,2
Ausfuhr (Waren)	- 0,6	- 10,6	- 5,5	- 0,4	- 0,8	- 0,6

Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

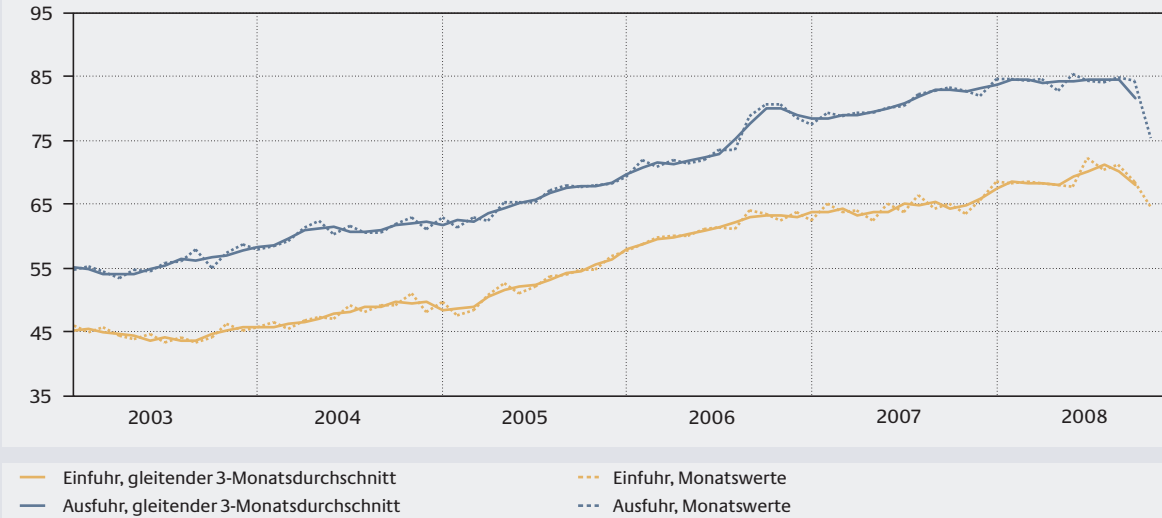
1 Ursprungszahlen;

2 Verfahren Census X-12-ARIMA;

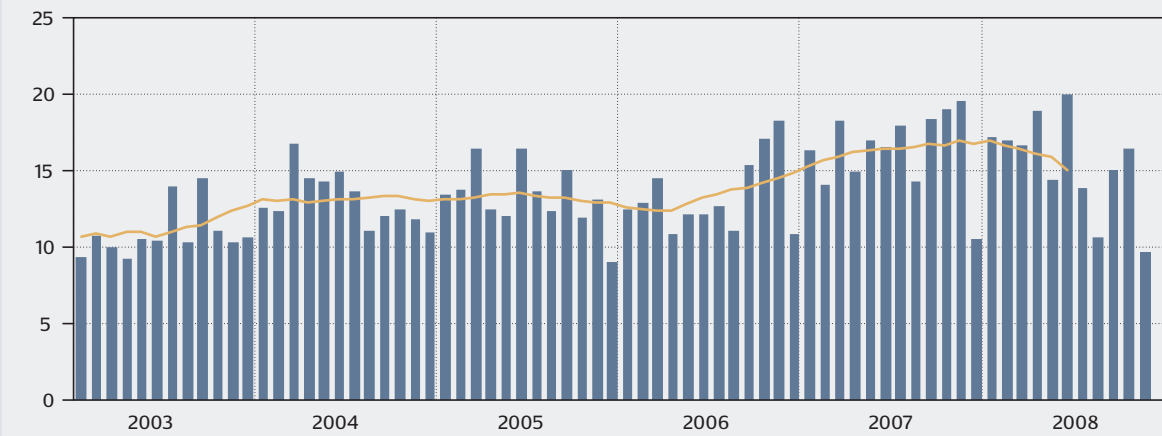
3 Preisbasis 2005.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

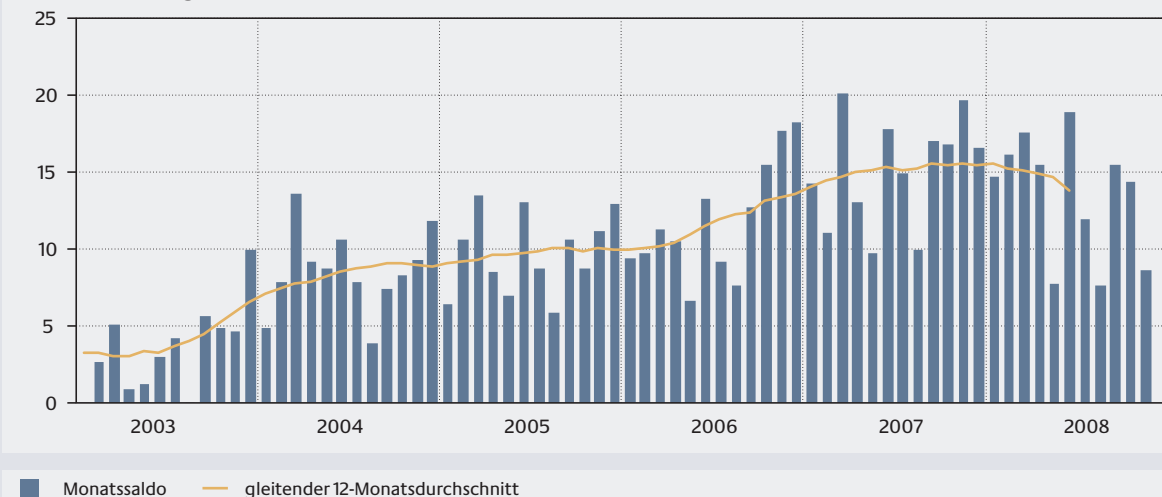
Ausfuhr/Einfuhr, saisonbereinigt¹, Werte in Mrd. Euro



Saldo der Handelsbilanz in Mrd. Euro



Saldo der Leistungsbilanz in Mrd. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen

Bundesrepublik Deutschland

Ursprungszahlen ⁶						
	2007			2008		
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Erwerbstätige ¹	40 394	40 410	40 230	40 897	40 893	-
Erwerbslose ²	3 310	3 450	3 500	2 690	-	-
Erwerbslosenquote in % ^{2,3}	7,6	7,9	8,0	6,2	-	-
Arbeitslose ⁴	3 434	3 379	3 406	2 997	2 988	3 102
Arbeitslosenquote in % ^{3,4}	8,2	8,1	8,1	7,2	7,1	7,4
Zugänge an Arbeitslosen ⁴	701	678	672	744	707	770
Abgänge an Arbeitslosen ⁴	812	733	642	826	712	653
Kurzarbeiter ^{4,7}	36	37	78	-	-	-
Offene Stellen ⁴	609	577	546	571	539	503

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2008					
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Erwerbstätige ¹	+ 178	- 4	-	+ 503	+ 483	-
Erwerbslose ²	0	-	-	- 620	-	-
Arbeitslose ⁴	- 84	- 8	+ 114	- 437	- 390	- 304
Kurzarbeiter ^{4,7}	-	-	-	-	-	-
Offene Stellen ⁴	- 14	- 32	- 36	- 38	- 38	- 42

Saisonbereinigte Zahlen ^{5,6}						
	2008					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Erwerbstätige ¹	40 363	40 393	40 422	40 453	40 476	-
Erwerbslose ²	3 150	3 100	3 060	3 080	3 080	-
Erwerbslosenquote in % ^{2,3}	7,3	7,2	7,1	7,1	7,1	-
Arbeitslose ⁴	3 247	3 210	3 187	3 167	3 163	3 181
Arbeitslosenquote in % ^{3,4}	7,8	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6
Offene Stellen ⁴	564	563	567	564	558	549

	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
Erwerbstätige ¹	+ 47	+ 30	+ 29	+ 31	+ 23	-
Erwerbslose ²	- 30	- 50	- 40	+ 20	0	-
Arbeitslose ⁴	- 16	- 37	- 23	- 20	- 4	+ 18

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Berechnung nach dem Inlandskonzept im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung des StBA;

2 Abgrenzung nach IAO. Die Angaben werden seit September 2007 im Rahmen der Arbeitskräftestichprobe des Mikrozensus erhoben. Sie weichen aus methodischen Gründen deutlich von den bislang durch eine Telefonstichprobe ermittelten Ergebnissen ab;

3 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

4 Nationale Abgrenzung;

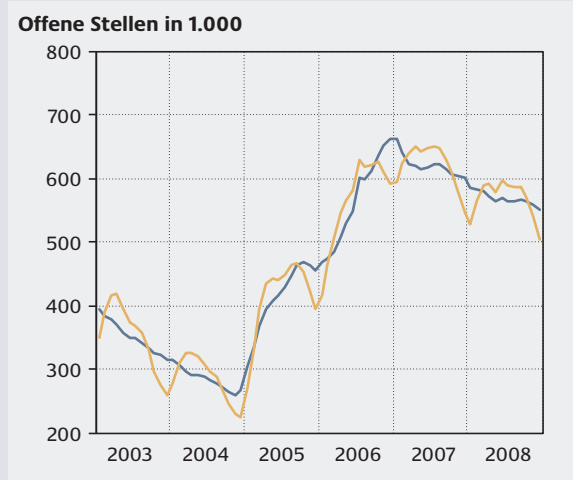
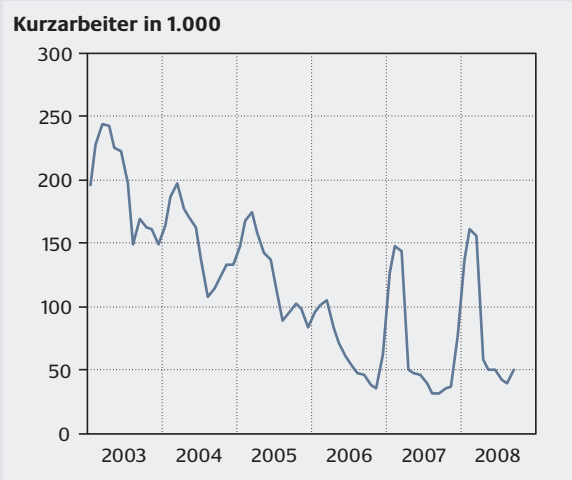
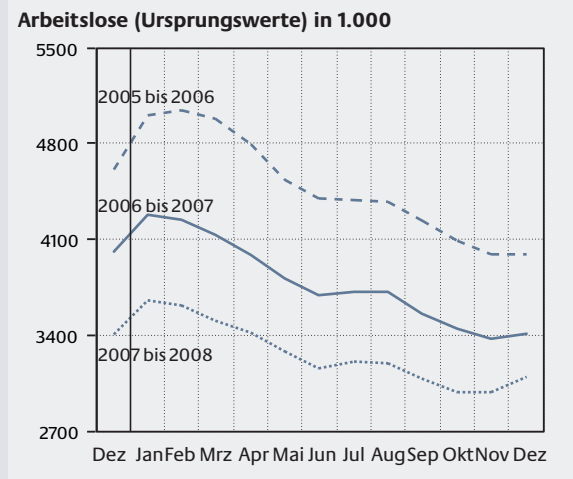
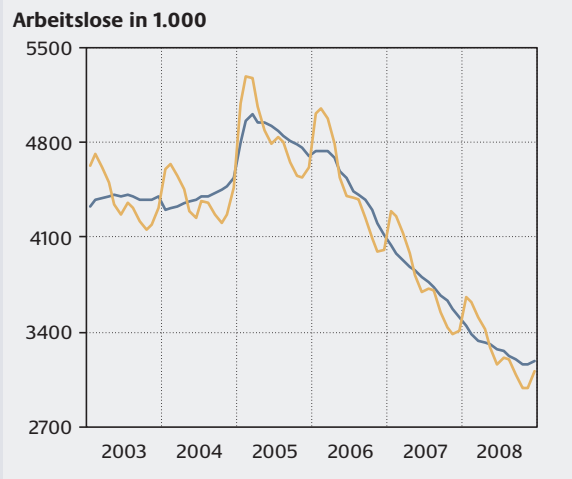
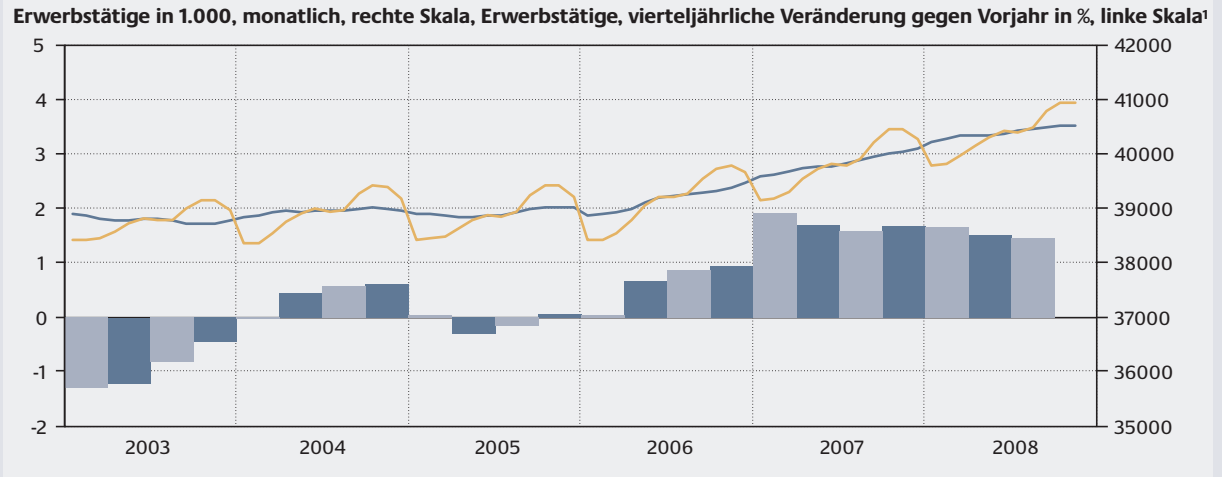
5 Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 In 1.000 Personen, Quoten in %;

7 Durch Umstellung bei der Bundesagentur für Arbeit liegen Daten derzeit nicht vor.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – Veränderung in % — Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.
 1 Erwerbstätige nach Inlandskonzept.

5.3 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Westdeutschland

Ursprungszahlen ⁵						
	2007			2008		
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Erwerbslosenquote in % ^{1,2*}	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose ³	2 265	2 225	2 231	1 990	1 985	2 059
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	6,8	6,7	6,7	6,0	6,0	6,2
Zugänge an Arbeitslosen ³	478	461	453	509	484	525
Abgänge an Arbeitslosen ³	548	502	446	560	487	449
Kurzarbeiter ^{3,6}	30	30	58	-	-	-
Offene Stellen ³	485	460	439	460	432	400
	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2008					
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Arbeitslose ³	- 52	- 5	+ 74	- 275	- 239	- 172
Kurzarbeiter ^{3,6}	-	-	-	-	-	-
Offene Stellen ³	- 11	- 28	- 32	- 25	- 28	- 39
	Saisonbereinigte Zahlen ^{4,5}					
	2008					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Arbeitslose ³	2 133	2 107	2 100	2 086	2 087	2 106
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	6,4	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3
Offene Stellen ³	456	455	456	453	445	432
	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
Arbeitslose ³	- 6	- 26	- 7	- 14	+ 1	+ 19
Offene Stellen ³	- 3	- 1	+ 1	- 3	- 8	- 13

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

2 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

3 Nationale Abgrenzung;

4 Verfahren Census X-12-ARIMA;

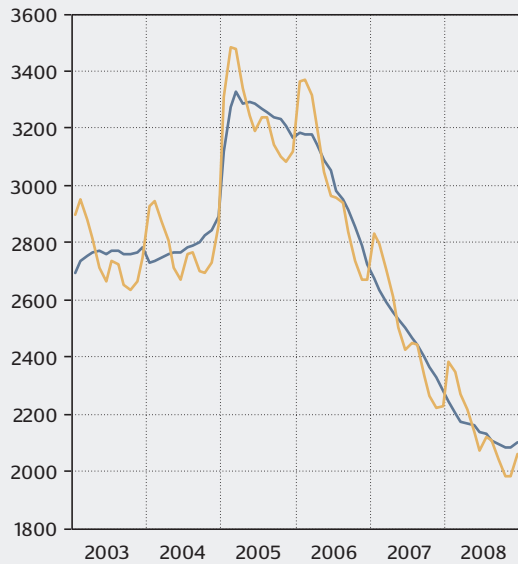
5 In 1.000 Personen, Quoten in %;

6 Durch Umstellung bei der Bundesagentur für Arbeit liegen Daten derzeit nicht vor;

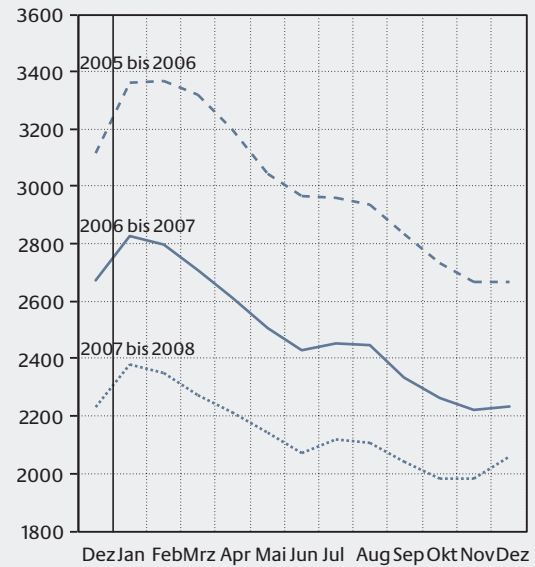
* Vorübergehend keine Zahlen am aktuellen Rand wegen Umstellung der Erhebungsmethode durch das Statistische Bundesamt.

5.4 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Westdeutschland

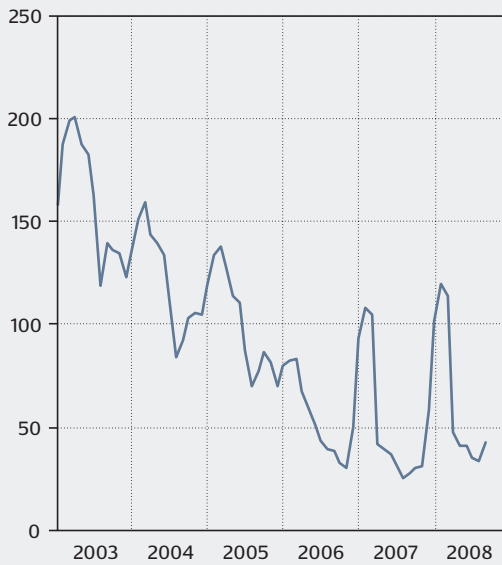
Arbeitslose in 1.000



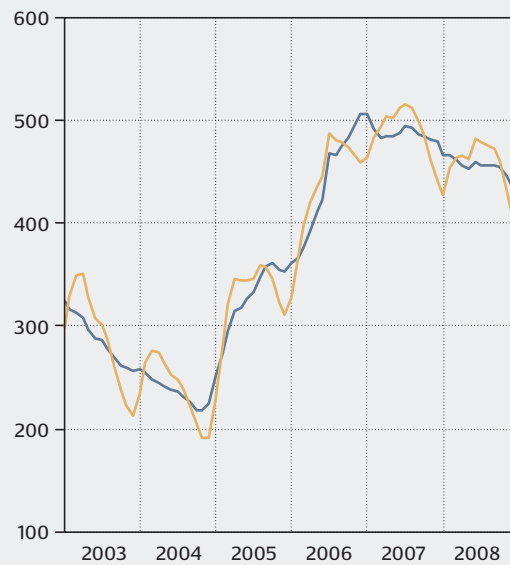
Arbeitslose (Ursprungswerte) in 1.000



Kurzarbeiter in 1.000



Offene Stellen in 1.000



— Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

5.5 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Ostdeutschland

Ursprungszahlen ⁵						
	2007			2008		
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Erwerbslosenquote in % ^{1,2*}	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose ³	1 169	1 154	1 176	1 007	1 003	1 043
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	13,6	13,4	13,7	11,8	11,8	12,2
Zugänge an Arbeitslosen ³	223	217	219	235	223	245
Abgänge an Arbeitslosen ³	264	232	196	266	225	204
Kurzarbeiter ^{3,6}	6	7	20	-	-	-
Offene Stellen ³	124	117	106	111	107	103
	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2008					
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Arbeitslose ³	- 32	- 4	+ 40	- 162	- 151	- 133
Kurzarbeiter ^{3,6}	-	-	-	-	-	-
Offene Stellen ³	- 3	- 4	- 4	- 12	- 10	- 3
Saisonbereinigte Zahlen ^{4,5}						
	2008					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Arbeitslose ³	1 114	1 103	1 087	1 081	1 076	1 075
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	13,1	12,9	12,8	12,7	12,6	12,6
Offene Stellen ³	108	108	111	111	113	117
	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Arbeitslose ³	- 10	- 11	- 16	- 6	- 5	- 1
Offene Stellen ³	- 2	0	+ 3	0	+ 2	+ 4

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

2 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

3 Nationale Abgrenzung;

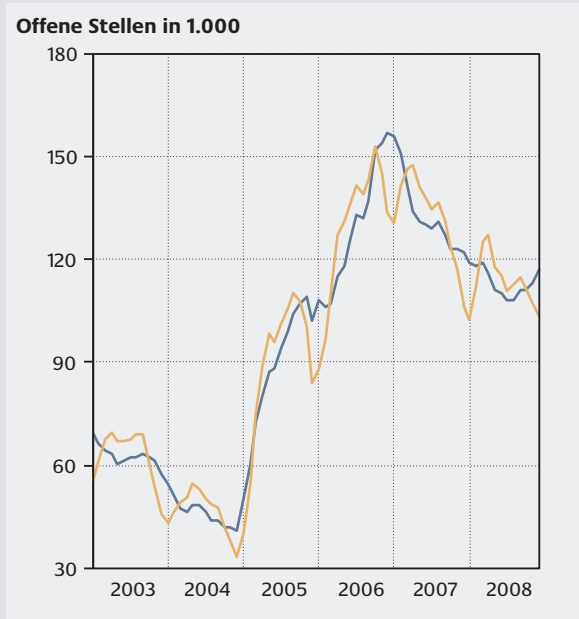
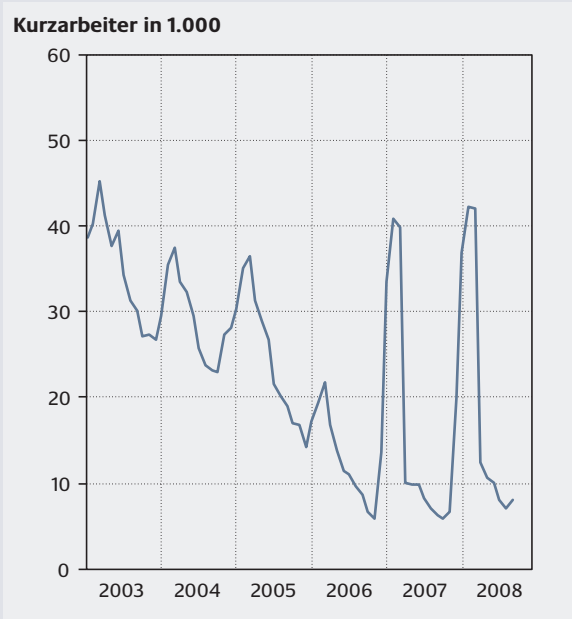
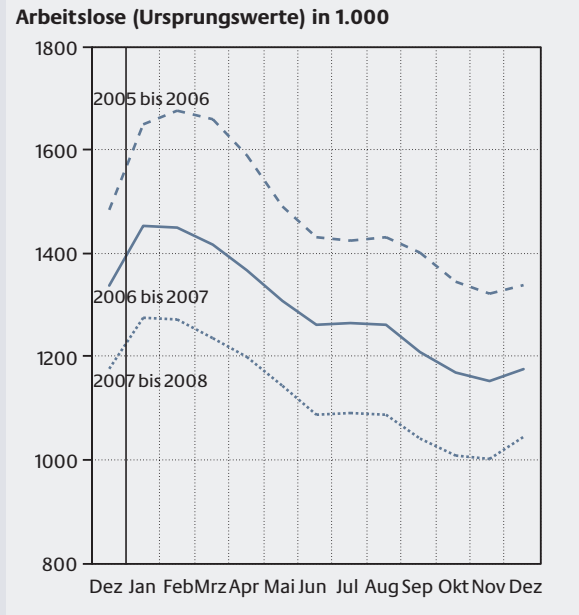
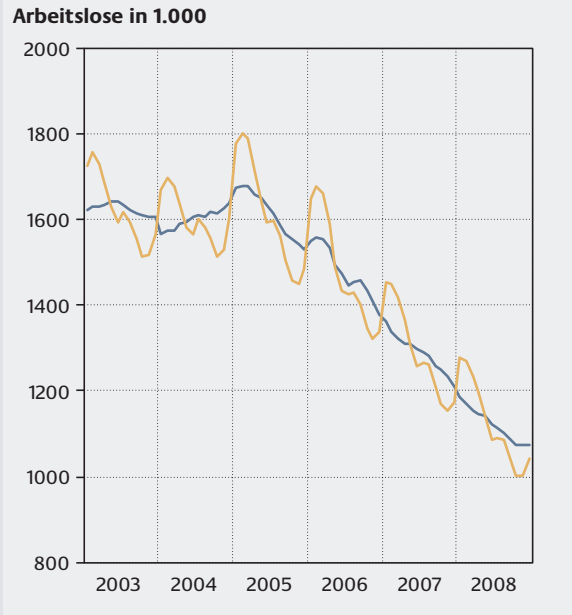
4 Verfahren Census X-12-ARIMA;

5 In 1.000 Personen, Quoten in %;

6 Durch Umstellung bei der Bundesagentur für Arbeit liegen Daten derzeit nicht vor;

* Vorübergehend keine Zahlen am aktuellen Rand wegen Umstellung der Erhebungsmethode durch das Statistische Bundesamt.

5.6 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland



— Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2008					
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Verbraucherpreise¹						
Insgesamt (Ursprungszahlen)	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,1
Waren	- 0,4	- 1,0	- 0,8	+ 3,4	+ 1,1	+ 0,8
Verbrauchsgüter	- 0,6	- 1,6	- 1,2	+ 5,3	+ 1,8	+ 1,0
darunter: Nahrungsmittel	+ 0,2	- 0,7	+ 0,6	+ 4,3	+ 2,1	+ 2,1
darunter: Saisonabhängige Nahrungsmittel ²	- 0,2	- 0,9	+ 4,2	+ 0,9	- 2,7	+ 0,9
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	+ 0,7	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,9
Langlebige Gebrauchsgüter	0,0	0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,6	- 0,5
Dienstleistungen	- 0,1	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6
darunter: Wohnungsmiete	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
nachrichtlich: Kerninflation ³	+ 0,1	- 0,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3
Insgesamt (saisonbereinigt⁴)	- 0,2	- 0,2	- 0,3	-	-	-
Insgesamt ohne Energie (saisonbereinigt⁴)	0,0	0,0	+ 0,1	-	-	-
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
HVPI ⁵	- 0,3	- 0,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁶						
Insgesamt	0,0	- 1,5	-	+ 7,8	+ 5,3	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,8	- 1,6	-	+ 4,0	+ 2,8	-
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,1	-	+ 1,7	+ 1,8	-
Konsumgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,6	-	+ 2,5	+ 1,6	-
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 0,1	-	+ 2,9	+ 2,9	-
Verbrauchsgüterproduzenten	0,0	- 0,7	-	+ 2,5	+ 1,4	-
Energie	+ 0,6	- 3,3	-	+ 22,4	+ 14,6	-
	2008			2008		
	Mai	August	November	Mai	August	November
Baupreise⁷						
Wohngebäude	+ 0,8	+ 1,0	- 0,1	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,7
Straßenbau	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,5	+ 3,5	+ 5,2	+ 4,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisindex 2005 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose);

2 Obst, Gemüse (einschl. Kartoffeln), Fische;

3 Insgesamt ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel;

4 Saisonbereinigungsverfahren Census X-II;

5 Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Ursprungszahlen, Basis 2005 = 100;

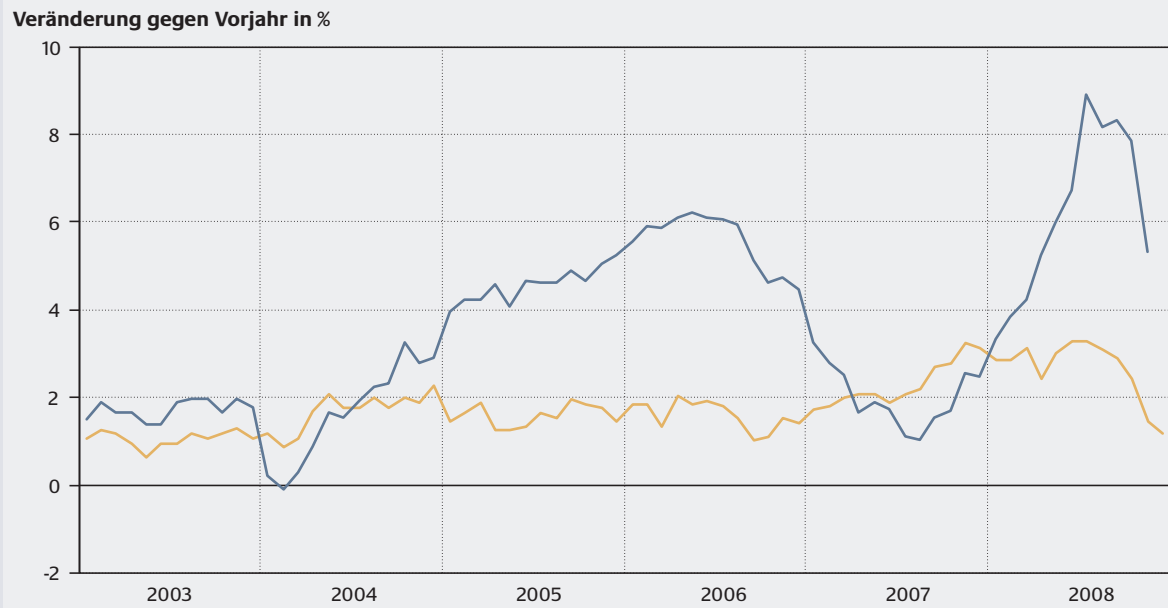
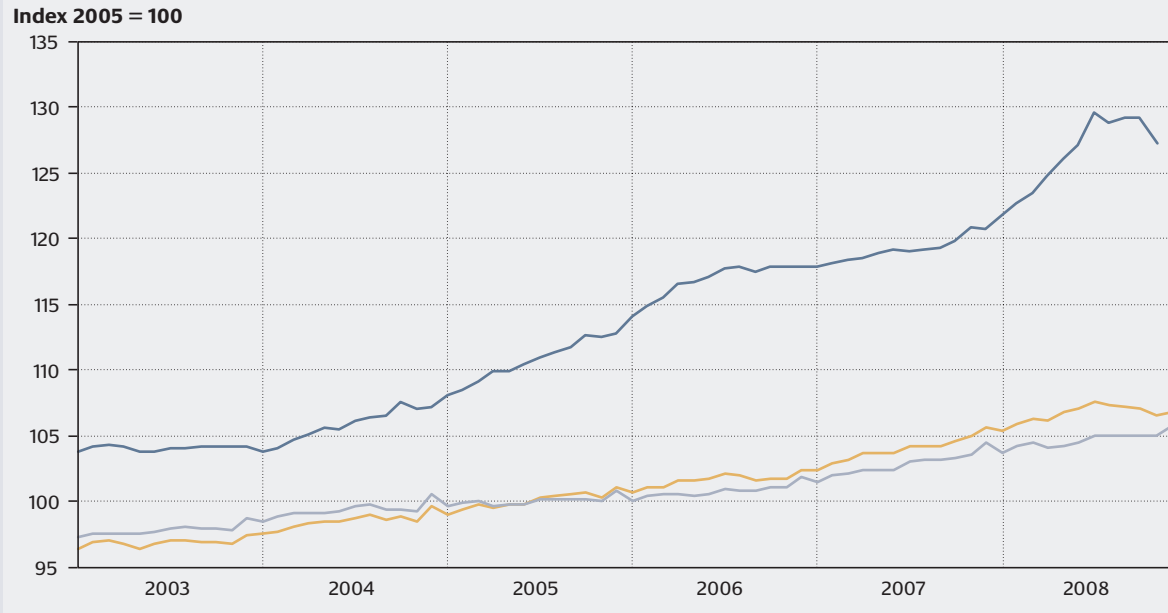
6 Ursprungszahlen, Preisindex 2000 = 100;

7 Dreimonatsvergleich, Ursprungszahlen, Preisindex 2005 = 100;

8 Endmonat des 3-Monatszeitraums;

p Vorläufiges Ergebnis.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Kerninflation



— Verbraucherpreise
 — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
— Kerninflation (Verbraucherpreise ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel)

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2008					
	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹						
Insgesamt	- 25,6	- 20,2	- 16,4	- 9,9	- 33,6	- 43,6
Nahrungs- und Genussmittel	- 18,6	- 4,8	- 1,6	- 1,9	- 9,0	- 17,3
Industrierohstoffe	- 17,0	- 10,7	- 6,7	- 15,5	- 22,4	- 25,1
Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 28,1	- 24,2	- 21,2	- 9,2	- 38,3	- 50,4
Außenhandelspreise²						
Einfuhrpreise insgesamt	- 3,6	- 3,4	-	+ 2,9	- 1,3	-
Güter der Ernährungswirtschaft	- 1,1	- 1,0	-	+ 1,5	+ 0,5	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 3,8	- 3,6	-	+ 3,1	- 1,5	-
Rohstoffe und Halbwaren	- 12,2	- 10,8	-	+ 6,4	- 8,5	-
Fertigwaren	+ 0,4	- 0,3	-	+ 1,6	+ 1,7	-
Ausfuhrpreise insgesamt	- 0,7	- 0,9	-	+ 2,0	+ 1,0	-
Terms of Trade	+ 3,0	+ 2,5	-	- 0,9	+ 2,3	-
Wechselkurs des Euro						
nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ³	- 3,6	- 0,8	+ 4,9	- 1,7	- 3,8	+ 0,7
realer effektiver Wechselkurs des Euro ³	- 3,2	- 0,6	+ 5,0	- 2,3	- 4,3	+ 0,5
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁴	- 2,4	- 0,5	+ 2,0	- 2,1	- 3,6	- 1,5
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁵	- 1,7	- 0,4	+ 2,6	- 2,4	- 4,0	- 1,0
Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte						
	2008					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Wechselkurs 1 Euro / US-Dollar	1,5770	1,4975	1,4370	1,3322	1,2732	1,3449
Wechselkurs 1 Euro / Yen	168,45	163,63	153,20	133,52	123,28	122,51
Wechselkurs 1 Euro / Pfund Sterling	0,7931	0,7928	0,7992	0,7867	0,8306	0,9045

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 2000 = 100;

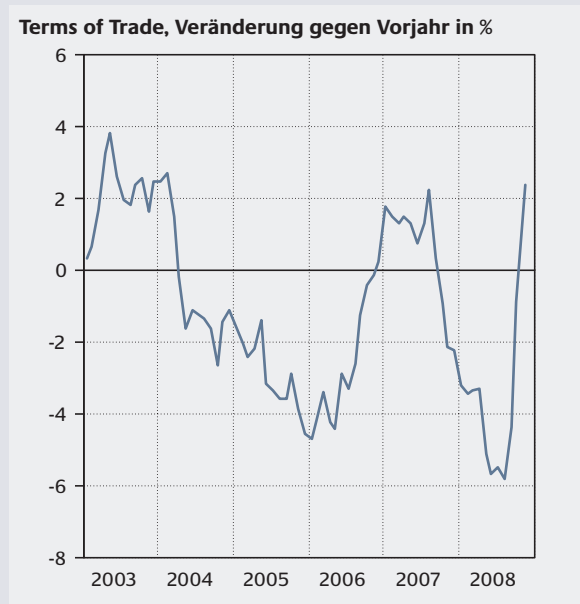
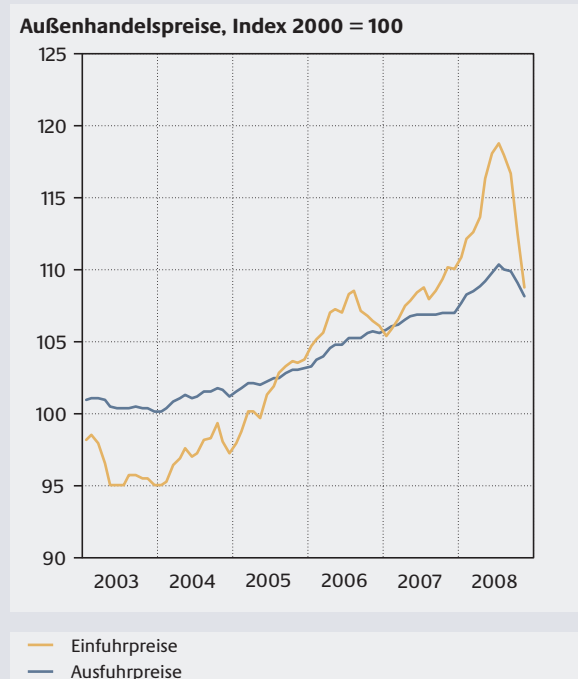
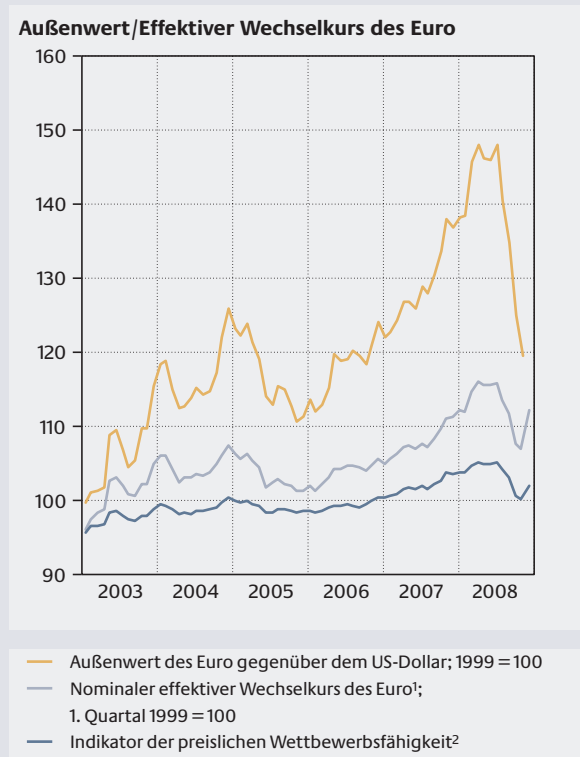
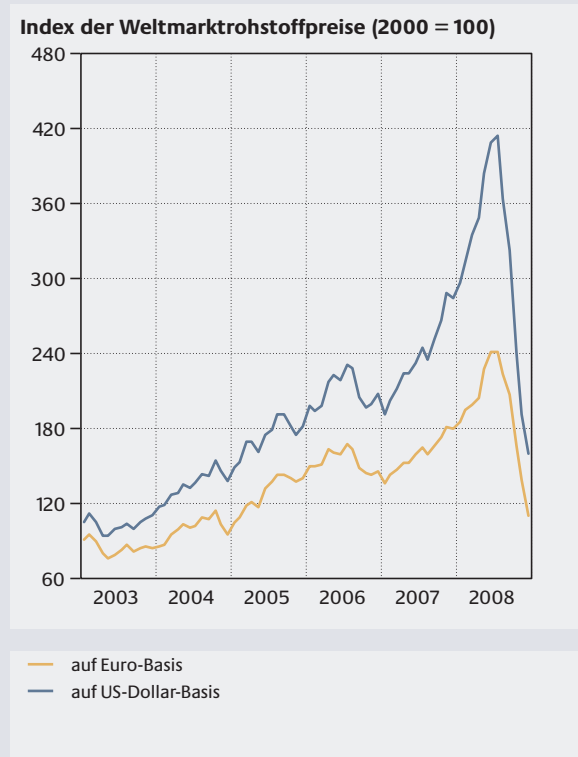
2 Index 2000 = 100;

3 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-22-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

4 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (22 Industrieländer);

5 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (56 Industrieländer).

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWA-Institut, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-22-Gruppe: Durchschnitts der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (22 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

Ursprungszahlen in % p.a., Monatsdurchschnitte						
	2008					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
3-Monats EURIBOR	4,96	4,97	5,02	5,11	4,24	3,29
6-Monats EURIBOR	5,15	5,16	5,22	5,18	4,29	3,37
12-Monats EURIBOR	5,39	5,32	5,38	5,25	4,35	3,45
Umlaufrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	4,51	4,09	3,90	3,38	2,77	2,48
Umlaufrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	4,50	4,11	3,99	3,69	3,17	2,78
Umlaufrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,49	4,20	4,09	3,88	3,56	3,05
Veränderungen zum Vorjahr in %						
Wachstum der Geldmenge M1 ¹	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 3,7	+ 2,3	-
Wachstum der Geldmenge M2 ¹	+ 9,1	+ 8,9	+ 8,9	+ 9,3	+ 8,8	-
Wachstum der Geldmenge M3 ¹	+ 9,2	+ 8,8	+ 8,7	+ 8,7	+ 7,8	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ¹	+ 9,2	+ 8,9	+ 8,7	+ 8,4	-	-
Kredite an den privaten Sektor im Euroraum ¹	+ 11,0	+ 10,8	+ 10,1	+ 8,7	+ 8,2	-
Kredite an den privaten Sektor in Deutschland ¹	+ 3,7	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,5	-
darunter: Buchkredite im Euroraum	+ 9,3	+ 8,9	+ 8,5	+ 7,8	+ 7,1	-
Buchkredite in Deutschland	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,5	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland ²	+ 7,8	+ 7,5	+ 7,6	+ 9,1	+ 8,5	-
darunter: Laufzeit bis 1 Jahr	+ 13,7	+ 13,3	+ 11,9	+ 12,2	+ 12,3	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	+ 19,0	+ 18,2	+ 17,9	+ 24,4	+ 22,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,3	+ 5,3	+ 4,7	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ²	- 1,0	- 0,9	- 0,9	- 0,7	- 0,8	-
darunter: Wohnungsbaukredite	- 0,6	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7	-
Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte						
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³	6341,49	6421,49	6135,59	4946,95	4691,99	4657,88
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴	3298,66	3346,04	3193,72	2627,28	2452,87	2409,82
Standard & Poor's 500 ⁴	1257,57	1281,47	1220,00	968,80	883,27	877,15
Nikkei 225 ⁴	13153,03	12989,35	12126,18	9080,48	8502,69	8492,14

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

1 saisonbereingt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

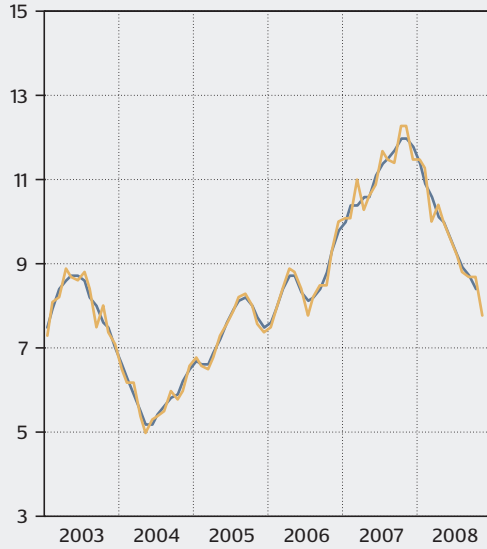
2 Ursprungszahlen;

3 Performanceindex;

4 Kurs- bzw. Preisindex.

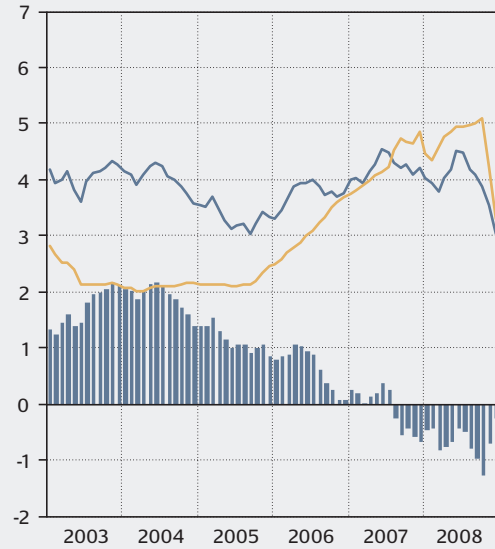
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



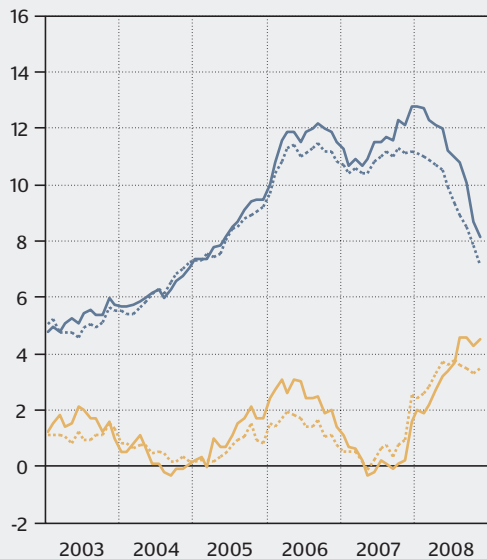
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufrendite, EURIBOR, in % p.a.



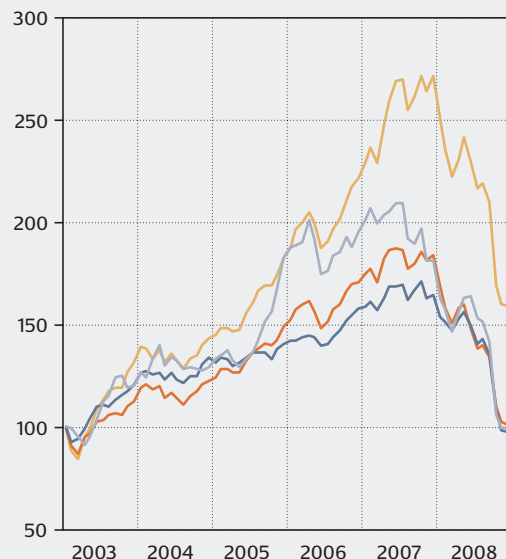
— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones EURO Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Jahresraten;
- 3 Performanceindex;
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftrags-eingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzieren-des Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarrischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u.ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitsmäßig bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d.h. nicht preisbereinigter) und realer (d.h. preisbereinigter) Form zu Grunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo-Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Dr Martin Meurers
(Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung)

Dr. Günther Bäuerlein
(Warum sollte der Ausstieg aus der Kernenergie überdacht werden? – Pro und Contra Kernkraft)

Thorsten Müller
(Energiesparen und Energieeffizienz im Gebäudebereich)

Katja Schmidt, Joachim Kaiser und Mathias Kesting
(Wirtschaftliche Lage)

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Veröffentlichungskalender 2009


Ausgabe	Veröffentlichungszeitpunkt im Internet
März	Fr, 20. Februar 2009
April	Di, 24. März 2009
Mai	Mi, 22. April 2009
Juni	Mi, 20. Mai 2009
Juli	Mo, 22. Juni 2009
August	Mi, 22. Juli 2009
September	Fr, 21. August 2009
Oktober	Di, 22. September 2009
November	Do, 22. Oktober 2009

Verzeichnis der Fachartikel zum Monatsbericht von Januar 2007 bis Januar 2009

Ausgabe	Fachartikel	Seite
März 2007	Schwerpunkte des EU-Frühjahrgipfels	7
	Klimaschutz als wirtschaftspolitische Herausforderung	14
	Pariser Club – Erfahrungen und Perspektiven	23
	Sicherheit in der Wirtschaft als Wettbewerbs- und Standortfaktor	31
April 2007	Technologie- und Innovationspolitik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
	REACH: Das neue Chemikalienrecht der Europäischen Union	16
	Bessere Rechtssetzung in der Europäischen Union	23
	Energieforschung – Das strategische Element der Energiepolitik	28
Mai 2007	Standortmarketing – Made in Germany	7
	Die Unternehmensteuerreform 2008	13
	Wirtschaftspolitische Aspekte des Arbeitsmarktes	19
	Energieeffizienz – Wettbewerbsvorteil in der Welt von morgen	26
Juni 2007	Offshoring deutscher Unternehmen – Ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte	7
	Mitarbeiterbeteiligung	11
	Die Bedeutung der Investitionsgüterindustrie für den Wirtschaftsstandort Deutschland	16
	Forderungssicherheit im Handwerk	23
Juli 2007	Wirtschafts- und finanzpolitische Mittelfriststrategie „Goldener Schnitt 2012“	7
	Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Mehr Wettbewerbsfähigkeit für Europa!	12
	Handelspolitische Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	19
	Wie kräftig kann Deutschlands Wirtschaft dauerhaft wachsen? – Untersuchungen zum Potenzialwachstum	25
	Wachstum und Verantwortung – Der G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 6.–8. Juni 2007 in Heiligendamm	32
August 2007	Rohstoffpolitik	7
	Ergebnisse des dritten Energiegipfels	14
	Russland und seine Nachbarregionen in Osteuropa, Zentralasien und im Kaukasus – mehr als Energie und Rohstoffe	19
	Der Bericht der Bundesregierung zur Modernisierungsstrategie für die deutsche Wasserwirtschaft	28
September 2007	Exportinitiative Energieeffizienz – Wettbewerbsvorteile im Ausland nutzen	7
	Investitionsgarantien des Bundes – erfolgreiche Unterstützung deutscher Unternehmen im Ausland	12
	Die Verwertungsoffensive – ein wichtiger Baustein der Innovationspolitik	16
	Benchmark „Internationale Telekommunikationsmärkte“ – ein Marktvergleich	21
Oktober 2007	Gesamtwirtschaftliche Einordnung der US-Hypothekenkrise	7
	Wirtschaftspolitische Aspekte der Föderalismusreform	15
	Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer	25
	EU-Strukturpolitik	26
	Justitia in Europa: Welche Rolle spielt der Europäische Gerichtshof für Bürger, Unternehmen, Staat?	33

Ausgabe	Fachartikel	Seite
November/Dezember 2007	Moderne Instrumente der Mittelstandsfinanzierung	7
	Zeiten für Gründer – Die GmbH-Reform	11
	Zukunftsweisende Berufsbilder und Qualifikationen	15
	Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Qualifizierung und Zuwanderung	19
Januar 2008	Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung	7
	Zehn Leitlinien für eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik.....	13
	Industriepolitik – in Deutschland und Europa	19
	Wettbewerb im Energiebereich	24
	Wachstum und Demografie – Wie kann Deutschland den demografischen Wandel erfolgreich bewältigen?	30
Februar 2008	Luftfahrtforschung am Standort Deutschland.....	7
	Für die Erde ins All – Satelliten für Erdbeobachtung und Kommunikation in Deutschland	11
	Die Technologieförderung des BMWi für den Mittelstand – von Ideen über Kooperationen zu Innovationen	18
	Von Potsdam nach Hannover – Bilanz und Ausblick des Zweiten Nationalen IT-Gipfels	24
	Wirtschaftspolitische Aspekte des Vertrags von Lissabon.....	25
März 2008	Investitionsfreiheit und Prüfung ausländischer Investitionen – kein Widerspruch!	7
	Produkt- und Markenpiraterie – Handelspolitische Aspekte und internationale Zusammenarbeit.....	11
	Exportkontrolle – Sicherheitspolitische Beschränkungen des Außenhandels	18
	Sicherung der Erdgasversorgung in Deutschland.....	24
	Jahreswirtschaftsbericht 2008: Kurs halten!	30
April 2008	Zum Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) für eine Neufassung der Kreditaufnahmeregel im Grundgesetz	7
	Klimaschutz als wirtschaftspolitische Herausforderung	14
	Chancen für mehr Beschäftigung: Bürgerarbeit im BMWi-Modell für eine existenzsichernde Beschäftigung	30
	Maritime Wirtschaft – eine Zukunftsbranche	35
Mai 2008	Die „Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ der EU – Wie strukturelle Reformen in Europa koordiniert werden	7
	Ergebnisse des Frühjahrsgipfels 2008	14
	Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland – verlässlicher Schutz vor Risiken bei Exportgeschäften	19
	Handelspolitische Schutzinstrumente – Jüngste Entwicklungen in Brüssel und Genf	25
	OECD-Deutschlandexamen 2008	30
Juni 2008	Politik für das Handwerk	7
	Reform der Erbschaftsteuer 2008 – aktueller Stand der Diskussion.....	13
	Bürokratie abbauen – Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern	21
	Öffentliche Auftragsvergabe wird effizienter – Bürokratie wird abgebaut	26

Ausgabe	Fachartikel	Seite
Juli 2008	Haushaltsausgleich im Gesamtstaat	8
	Heute investieren in die Märkte von morgen – Wagniskapital für junge innovative Unternehmen	11
	Europäische Automobilpolitik vor neuen Herausforderungen	18
	Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft	24
August 2008	Arbeitsmarkt am Scheideweg: Sieben Thesen für eine Fortsetzung der beschäftigungspolitischen Reformen	8
	Einkommensentwicklung und -verteilung in Deutschland	12
	Erste Erfahrungen mit der Postmarktliberalisierung	16
	Verbesserte Bedingungen für die Gründung des eigenen Unternehmens	20
September 2008	Von der Gesundheitsversorgung zur Gesundheitswirtschaft – ein Paradigmenwechsel	8
	Markt für Arzneimittel vor einschneidenden Veränderungen?	12
	Kartell- und Wettbewerbsrecht in der Gesundheitswirtschaft	16
Oktober 2008	Zur Anatomie des Aufschwungs	8
	Drohende Stromlücke lässt sich verhindern	15
	Die französische EU-Ratspräsidentschaft aus wirtschaftspolitischer Sicht	21
	Öl-, Gas- und Kohlepreisentwicklung.....	27
	Die neue EU-Verordnung zu Zollpräferenzen (APS) – Kontinuität und behutsame Modernisierung	34
November 2008	Raumfahrtrobotik – der verlängerte Arm ins Weltall.....	8
	Schnelles Internet für jedermann	15
	Digitale Medien	19
Dezember 2008	Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken	8
	Deutschland, USA, Kanada: Abbau von „barriers behind borders“ im transatlantischen Markt	19
	Bessere Bildung durch mehr Effizienz und Wettbewerb bei Schulen und Hochschulen – Ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel	23
	Die neue EU-Berufsanerkennungsrichtlinie – mehr Transparenz oder neue Hürden? ..	27
Januar 2009	Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken	8
	Deutschland, USA, Kanada: Abbau von „barriers behind borders“ im transatlantischen Markt	19
	Bessere Bildung durch mehr Effizienz und Wettbewerb bei Schulen und Hochschulen – Ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel	23
	Die neue EU-Berufsanerkennungsrichtlinie – mehr Transparenz oder neue Hürden? ..	27



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.